Wildcat

Wildcat 56
Juli / August 91
4 Mark

?
1993

Arbeiterkampf in Deutschland

1973

1953

Edi 1

Arbeiterkampf in Deutschland 3

Selbstorganisation, Rädelsführer, Stellvertreter 10

Punx in der DDR 14

Klassenkämpfe in Europa 16
Italien 17
Frankreich 21

Arbeit & Beten 25

Die Öl-ArbeiterInnen streiken im Iran 26

Klassenkampf vs. Ökologie? 28

Chaos statt Wärmetod? 32

Arbeitermacht und bewaffneter Kampf 34

Kritik der »Wilden Vögel« am Papier zu Zwangsarbeit 39

Wir suchen Weiterverkäufer-Innen, bitte wendet Euch an unsere Kontaktadressen:

Sisina, Postfach 360 527,
1000 Berlin 36 – 030/6121848
Sisina, Postfach 301 206,
5000 Köln 30
Wildcat, Postfach 306 325,
2000 Hamburg 36
Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg
Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
6800 Mannheim

Buchbestellungen, Abos usw. an die Berliner Adresse. Überweist den entsprechenden Betrag an:
Sisina, Postgiroamt Berlin
Kto.-Nr. 31502-109
Einzelheft 4 Mark
Abo 6 Hefte 20 Mark

V. i.S.d.P. ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinnes dieses Vorbehaltes.
Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

LeserInnen schreiben:

» Vielen Dank für die [Arbeitsrechts-] Broschüren ... wenn jemand Interesse hat, werde ich sie ihm geben. Könnt ihr mir noch ein paar schicken, sagen wir zehn... Ich bewege mich aber in einem speziellen Umfeld – Gegenkultur, Anarchos etc.: Diese Leute fahren nicht in den Westen zum Arbeiten. Ich gehöre der Anarchistischen Föderation Polen an. Die Bewegung ist bei uns sehr jung - überwiegend Leute um die 20, überwiegend von Mittelschulen und Studenten – Arbeiter und Arbeitslose gibt es kaum unter uns. Es ist nicht verwunderlich, daß Probleme mit der Arbeit, wirtschaftliche und soziale Probleme uns nicht so beschäftigen... Wir haben keine Kontakte mit dem aktiven Arbeitermilieu, keine Kontakte in Fabriken. Eine ganz andere Sache ist das Verhältnis der Arbeiter zu Gruppen wie der unsrigen. Viele von uns gehören zur Gegenkultur, oft mit ausgefallenen Frisuren und untypischem Aussehen u.ä. Auf der Straße passiert es mir oft, daß ich beschimpft und angemacht oder ausgelacht werde – generell eben von seiten der Arbeiter, natürlich nicht nur von diesen. Wie Ihr denken könnt, ermutigt das nicht gerade zu Aktivitäten im Arbeitermilieu. Ich denke, daß alle vor allem in ihrem eigenen Milieu aktiv sein sollen. Deshalb bin ich bspw. aktiv im Mieterrat in meinem Studentenwohnheim, bin Redakteur einer Zeitschrift der Studentenselbstverwaltung in meinem Institut, verbreite anarchistische, pazifistische und ökologische Presse in der Universität. Ich gehöre zum Anarchistischen Kollektiv »Zbite Psy« (Geschlagene Hunde), das fast die Hälfte der Sitze im Studienparlament einnimmt... «

» Irgendwie ist das Interesse an politischer Lektüre in der Rostocker »Szene« echt schwach. Die meisten haben auch nicht die Kohle. Sieht echt nicht gut aus ...Daß sich unser großes Arbeitslosenheer mal zu einer politischen Kraft entwickeln könnte, wage ich zu bezweifeln. Viel zu viele wollen nur noch mit dem Arsch an die Wand, oder verziehen sich in ihre eigenen vier Wände und resignieren. Spätestens seit dem Rohwedder-Attentat ist die Luft hier raus. Und unsere arbeitslose/-arbeitende Jugend entzieht sich nach rechts. Nichts mit Klassenkampf. Volksgemeinschaft.
Außerdem ist mir nicht klar, was Ihr nun mit »Kampf gegen die Arbeit« meint. Wo seht Ihr die Alternative? In selbstverwalteten Betrieben, wo die Menschen freiwillig »arbeiten«? In der totalen Selbstbeschäftigung? Daß diese Form des Arbeitszwangs zerstörerisch auf den Menschen wirkt, ist mir auch klar, und daß er deswegen bekämpfenswert ist. Aber wenn ich jetzt zu meiner Mutter sage, die beuten dich aus, du machst dich total fertig, dein Leben besteht nur noch aus Werte schaffen, die gar nicht für dich gedacht sind; da sagt sie mir, hast ja recht, aber was ist, wenn ich arbeitslos bin, wer schafft dann das Geld ran. Und wenn alle nicht arbeiten, dann gibt es nichts mehr zu essen etc. Und dann steh ich doof da. Ich kann ja auch nicht sagen, organisiert eure Arbeit selber, weil sie ja dann wieder arbeiten. Ich seh die Alternative nicht. Das vermisse ich in der Wildcat. Was die FAU will, steht in jeder direkten aktion (Selbstbestimmung, direkte aktion etc.). Das fehlt mir bei Euch. Das hochgesteckte Ziel »Kampf gegen die Arbeit« erfüllt die Wildcat nicht... «

» Heute wurde mir der Eingang Euerer Zeitung mit der Anhalteverfügung eröffnet. Sie landet also erst mal bei meinen Sachen in der Kammer oder den Akten ... je nachdem! Aufgrund dieser Maßnahme kann ich nur gratulieren!! Das Blatt muß gut sein, wenn es der Knastleitung aufstößt. «

» Meine Beweggründe für die Abbestellung sind folgende: ...
Ich hab meinen Job verloren, nicht unerwartet. Im Osten krieg ich keine Stelle mehr, müßte also umlernen oder in der alten BRD Arbeit suchen, was aber ein totaler Neu-Anfang wäre, vor dem ich noch zurückschrecke. Ist ja auch egal, so geht es ja vielen. Jedenfalls ist es eine ganz schöne Umstellung, plötzlich von 520 Mark leben zu müssen...
Ich vertrete voll und ganz Eure Ziele: Abschaffung von Staat und kapitalistischer Produktionsweise sowie Lohnsklaverei. Errichtung einer auf vernünftiger, freiheitlicher Selbstverwaltung basierenden Gesellschaft (Kommunismus?), ich finde es gut, daß Ihr klar den Gegner ausgemacht habt, ihn kompromißlos bekämpft und Euch keinen parlamentarischen Illusionen hingebt. Okay, daß Ihr keine Arbeitsidealisten seid. Aber ich glaube nicht, daß man durch libertäre Lebensweise die Gesellschaft von unten verändern kann. Niemand kann der ökonomischen und militärischen Gewalt des Staates entfliehen. Dazu ist eine Revolution notwendig und dafür brauchen wir Klarheit über das Funktionieren des Kapitalismus und über die Notwendigkeit und das »Wie« seiner Beseitigung. Man hat ja in diesem Jahrhundert schon einige »sozialistische Revolutionen« hingekriegt. Das heißt, es haben sich Parteien von Weltverbesserern und Möchte-Gern-Politikern vors unzufriedene Volk gestellt und versprochen, daß alles besser wird, wenn nur arbeiterfreundliche Regierungen an die Macht kommen. Die Arbeiter haben dann diesen Parteien die Macht erkämpft und durften weiter nur Arbeiter und folgsames Volk sein. Um das zu erkennen, muß man sich nicht von Marx abwenden. Im Gegenteil, die Realsozialisten hat er bereits im Kapital kritisiert. Nur haben die modernen Staatssozialisten das Buch nicht als Kritik verstanden, sondern als ökonomische Gebrauchsanweisung. Was herauskam, war ein uneffektiver Staatskapitalismus, der weder die Nationalökonomen noch die Arbeiter zufrieden stellte. ...
Was ich noch falsch bei Euch finde, ist, daß Ihr jede soziale Protestbewegung so toll findet. Meistens stecken doch hinter den Protesten nur unterwürfige Bettelei und ohnmächtige Drohungen, kein wirklicher Wille zur Beseitigung der Herrschaft des Kapitals. Auch idealisiert Ihr mir sinnlose autonome Gewalt und Randale zu sehr. Ich habe nichts gegen Gewalt gegen den Staat, nur sie sollte mehr bewirken als pures Ablassen von Frust. ... «

» Zur »Wildcat« 52 – In der Reihe »Wildkatze« ist ein Comic-strip erschienen, den ich Euch vorstellen möchte. Zwar wird es nicht leicht sein, die einfachen Bildchen (mit Sprechblasen) in Worten zu beschreiben, aber da die Geschichte mit ausführlichen – oft recht schwer verständlichen – Texten begleitet wird, sollte mir die Widergabe gelingen.
Es handelt sich bei diesem strip, wie meist in Comics, um den Kampf zwischen Gut und Böse, un unserem Fall um den Kampf zwischen einem ganz scheußlichen Monster, das »das Kapital« heißt, und »der Klasse« als seinem guten Gegenpart. Die Namensgleichheit des Monsters mit einem – heute weitgehend unbekannten – Werk (in drei Bänden) aus dem vorigen Jahrhundert ist rein zufällig ... auch wenn die Comic-Zeichner mal den Autor dieses Buches – Marx – quasi als geistreiche Einlage zitieren. ... [Dann] beginnt der Monster in den 80er Jahren wüst zu hausen (Das Bild müßtet Ihr sehen! Klirr!! Zisch!! Crash!! Wumm!! Doin!!): es zersplittert soziale Strukturen, zerstört die alten Bastionen der ArbeiterInnenmacht (das ist ein anderes Wort für »die Klasse«, manchmal heißt sie auch »Proletariat«) und es zerstört »fast jegliche außerkapitalistische Realität«. Es sondert Wellen von Rassismus und sogar aids-Kampagnen ab, schafft »eine hochmobile, wandernde Arbeitskraft« ... Hingerissen von der Dramatik ihrer eigenen Geschichte identifizieren die Comic-Zeichner sind ganz mit der von ihnen erdachten Klasse: »und schließlich im Angriff auf unsere persönliche Reproduktion: Zerstörung unserer Körper und unserer Umwelt durch unsere eigene Arbeit. Die Vermarktung jeglicher Lebensäußerung beraubte uns zunehmend unserer Kommunikationsmöglichkeiten.« so von dem Monster auseinandergenommen und irgendwie wieder zusammengesetzt (das jedenfalls scheint «Neuzusammensetzung», der Insider-Begriff der Leute von »Wildkatze« zu bedeuten), kehren wir mit dem nächsten Bildchen in die dennoch schöne, heile Welt der Klasse zurück.... Ich bin begeistert! Da lebt eine »Klasse«, die sich aus allen fleißig arbeitenden Menschen der Welt zusammensetzt, und die nichts weiter will, als »einen immer größeren Anteil« vom Produkt der Verwertung ihrer eigenen lebendigen Arbeit, **trotzalledem** auf einem ganz eigenen jenseitigen Terrain und ist der diesseitigen, mittlerweile weltumfassenden Verwertung des Werts einfach – hokupokus – nicht verfügbar!...
Das nächste Bildchen beschreiben die Autoren so: »Schaufeln wir die Trümmer beiseite! Und wir sehen ein Kapital, das sich einer weltweiten und umfassenden Klasse gegenübersieht, die jetzt in der Lage ist, nicht nur überall gleichzeitig zu kämpfen, wogegen sich der Angriff richtete, sondern international kombiniert die Kämpfe neu zu entwickeln.« Das ist wieder ganz toll gezeichnet: Auf der einen Seite das riesige, scheußliche Monster und auf der anderen die umfassende (und schaufelnde) Klasse und wie sie sich gegenseitig ansehen! ... «

THE SUMMER'S HERE

Generalstreik in Albanien, Streikwelle in Polen, massenhaft kleine Streiks in Frankreich...

1990 Poll-Tax-Riots in Großbritannien, seit Ende März fast jedes Wochenende Aufstände in den französischen Vorstädten...

Die Klasse ist von zwei Seiten her in Bewegung gekommen.

Können die Streiks diesmal ihre Grenzen von Beruf und Branche durchbrechen? Hier ist die Situation in Frankreich im Moment am spannendsten, wo zum ersten Mal wieder alle bei der Eisenbahn Beschäftigten streiken (nicht nur die Lokführer), wo zum ersten Mal Krankenschwestern, EisenbahnerInnen, BankarbeiterInnen gleichzeitig und mit den gleichen Motiven im Streik sind.

Können die beiden Linien des Klassenkampfs (Jugendrevolte und Streik) sich verbinden und zu einem neuen revolutionären Aufbruch werden? Hier ist vielleicht die Situation in Südkorea am weitesten, wo StudentInnen und ArbeiterInnen gemeinsam auf die Straße gehen und sich militant gegen Bullen durchsetzen.

Die Reaktionen unserer Feinde sprechen Bände: Die Streiks werden so weit es geht totgeschwiegen, die Kämpfe in Südkorea als Sache einiger extremistischer Studenten dargestellt.

Nirgends geben sich die aktuellen Kämpfe eine politische Repräsentanz; das macht es schwierig, sie zu verstehen und darzustellen, aber darin liegt gerade ihre Chance. Sie haben alle politischen Parteien durchschaut: Vermittler, Möchtegern-Führer, Verräter. Sie sind auf der Suche nach ihrer eigenen Kraft. Mit all ihrer inneren Widersprüchlichkeit haben sie begonnen, alle Autoritäten zu zersetzen. Das macht ihre Sprengkraft aus.

Und was ist mit der BRD? Verschlafen wir einen neuen Kampfzyklus? Oder nehmen sich die Krankenhaus-ArbeiterInnen wie vor zwei, drei Jahren an ihren KollegInnen in Frankreich ein Vorbild? Kommen die ArbeiterInnen auch hier wieder in die Gänge? Wir haben uns schon mal getäuscht: »Wer Bananen sät, wird Zitronen ernten« war das Motto der Wildcat 49 zur Wiedervereinigung. Es gibt aber billigere und effektivere Wurfgeschosse in Südkorea und Halle. Deshalb wollen wir nicht schon wieder Voraussagen machen, sondern sagen nur: Eier wem Eier gebühren. Und vielleicht hat die Rockband ein zweites Mal Recht, die vor 22 Jahren dichtete: Der Sommer ist gekommen, Zeit, um auf der Straße zu kämpfen...

Berlin, 9. Juni 1991

AND THE TIME IS RIGHT

Wir haben 40 Seiten mit gerade noch lesbaren Buchstaben gefüllt — und es fehlen immer noch Sachen...
Der Krieg der USA und UNO gegen das Proletariat im arabischen Raum hat die Kämpfe dort nicht ausgelöscht. Im Süden des Irak gehen die Auseinandersetzungen weiter, die Kurdenführer im Norden sind mit ihrer Verhandlungspolitik unter massiven Beschuß geraten. Wir hatten darüber den Bericht eines Ex-Peschmerga und einige wenige aktuelle Informationen über die Kämpfe im Süden. Wir möchten aber lieber noch genauere Informationen sammeln und dann in der nächsten Nummer wieder etwas darüber schreiben. Diesmal also nur ein kurzer Bericht über den **Streik der iranischen Erdöl-ArbeiterInnen**. Apropos: Kommt auf die Demos gegen den Rafzandjani-Besuch!
Überall wurde der Golfkrieg gegen die ArbeiterInnen und ihre Ansprüche eingesetzt. Trotzdem hatten die Kapitalisten auch in Ländern wie **Südkorea** oder **Türkei** in diesem Frühjahr keine Atempause. Die aktuelle Kampfwelle in Südkorea ist von einem neuen Zusammenschluß zwischen Arbeiterklasse und Unis geprägt. Auslöser waren die Ermordung eines Studenten auf der Straße und der gewaltsame Tod eines Arbeiters im Knast innerhalb kurzer Zeit, die das neue Zusammengehen bewirkten. Dahinter steckt aber die Dynamik des Klassenkampfs in Südkorea, die das Kapital trotz zahlreicher Versuche bis heute nicht ins System integrieren konnte. Im nächsten Heft werden wir ausführlich darüber berichten.
In der BRD versucht das Kapital gerade, einen Stützpfeiler der Arbeiterrigidität anzuknacken: das **Krankfeiern**. Die Titelstory des *Spiegel* war gar nicht so schlecht. Bei aller Hetze gegen das Krankfeiern kam doch unmißverständlich die Message rüber: Krankfeiern tut jedeR, weil sowieso niemand die Arbeit liebt. In den folgenden Wochen wurde das Thema in vielen Betrieben und schließlich auch von den politischen Repräsentanten des Kapitals aufgegriffen, denn der Krankenstand ist dem Kapital momentan wirklich zu hoch. Die leidige Diskussion um die Karenztage war schnell gegessen: Da Kohl keine Lust hat, sich auch von West-ArbeiterInnen mit Eiern bekleckern zu lassen, sprach die Regierung ein Machtwort: Karenztage nicht mit uns. Aber in vielen Betrieben laufen Kampagnen gegen das Krankfeiern. Die (zum Teil sehr hohen) Krankenstände drücken die Wut auf die Arbeit aus, sie bedeuten aber auch, daß die ArbeiterInnen nicht wissen, wie sie kämpfen können. Das spiegeln auch die **Erfahrungsberichte aus Betrieben** wider – viele empfinden ihre Situation als unerträglich, einige nehmen den Kampf auf. Unklar ist, wie daraus der Funke zum Steppenbrand werden kann. Auch deshalb macht die Regierung einen Rückzieher: lieber ein hoher Krankenstand, als daß ihnen die Brocken um die Ohren fliegen.
Bei Opel wurde von der Öffentlichkeit unbeachtet eine Betriebsvereinbarung über Gruppenarbeit abgeschlossen. In vielen Betrieben steht die Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation an. Was Gruppenarbeit bedeutet, wie mit ihr Strukturen von Arbeitermacht zerschlagen und die ArbeiterInnen dazu angehalten werden, sich gegenseitig fertig zu machen, berichten Opel-ArbeiterInnen im nächsten Heft.

Im Frühjahr '88 hatten wir in der Wildcat 44 zwei Erfahrungen von **Flüchtlingsinitiativen** aus Hamburg und Köln sowie einige Thesen zur Migration abgedruckt. Daß danach von uns nichts mehr kam, liegt auch daran, daß die meisten Gruppen, die Aktionen mit und für Flüchtlinge mit einem revolutionären Anspruch verbanden, zerfielen. Das Feld blieb der professionellen Sozialarbeit und reformistischen Initiativen überlassen – oder Aktionen von Flüchtlingen selbst! Die Kampagne gegen das neue Ausländergesetz vom letzten Jahr mobilisierte zwar einiges, blieb aber in den Halbheiten der Zusammenarbeit mit der SPD und der reformistischen Vorstellung eines »besseren« Gesetzes steken. Mittlerweile haben sich wieder Initiativen gebildet, die versuchen, mit den Flüchtlingen zusammen zu kämpfen. Und das ist dringend nötig: Migration wird in nächster Zeit zu einem Hauptschauplatz im Klassenkampf. Gerade deshalb wollten wir nicht schnell ein paar Halbheiten ins Heft packen. Thesen zu Migration und Berichte über die Erfahrungen der Gruppen kommen in der nächsten Nummer.

In Frankreich geht der Bär ab: Seit Ende März kommt es praktisch an jedem Wochenende zu Riots in den Vorstädten von Paris, Lyon usw. Aktuell laufen Streiks bei der Metro, bei den Eisenbahnen, in den Krankenhäusern, bei den Banken .... Die Streiks laufen gleichzeitig, bei der Eisenbahn streiken diesmal alle Berufsgruppen, und die Streiks haben die gleichen Ursachen und Motive. Sie könnten also diesmal den Punkt knacken, an dem sie 1990 stehengeblieben sind. Der Artikel in diesem Heft zu den Kämpfen in Frankreich skizziert noch einmal in groben Zügen diese Kämpfe von 1990. Der zweite Artikel zu Frankreich kritisiert anhand der Revolte in Sartrouville die Rolle des Rassismus in den Riots.

Desweiteren ist im Heft eine Diskussion mit einem Mitbegründer der **Roten Brigaden** in Italien über den bewaffneten Kampf der 70er Jahre, über das Verhältnis der ArbeiterInnen dazu, über Konsequenzen daraus. Wir sehen das als möglichen Anfang einer Diskussion über RAF, Verhältnis zum Sozialismus und Perspektiven für die militante Linke hier.
Die ArbeiterInnen waren die ersten, die **gegen die Zerstörung der »Umwelt«** revoltierten. Heute bewegen sich an diesem Punkt nur die Regierungen und die Mittelschichten. Es wird Zeit, daß sich was tut!
Als weitere Anregung nach den Thesen in der Wildcat 54 diesmal ein Bericht über Kämpfe in Italien.
Schließlich zwei Seiten **»Eingriffe« zur Chaostheorie**. Gegen die Wissenschaftsgläubigkeit der Linksradikalen!

Buchhinweis zum folgenden Artikel

»Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958)« ist das Buch von Benno Sarel mit dem etwas irreführenden deutschen Titel: »Arbeiter gegen den 'Kommunismus'« neu aufgelegt worden. Als es 1958 in Frankreich erschien, hieß es noch »Die Arbeiterklasse in Ostdeutschland«. Von Trikont 1975 übersetzt und mit Material über die 60er Jahre ergänzt, sollte es der Beginn einer Untersuchungsarbeit vom Arbeiterstandpunkt aus sein. Das Projekt wurde damals (wohl wegen der Auflösung der politischen Zusammenhänge) nicht zu Ende geführt. Aber heute ist es viel leichter geworden, diese Geschichte zu rekonstruieren. Das Buch kann dafür ein Anfang sein. Es ist sehr brauchbar für die Nachkriegsgeschichte, auch wenn sich die (damals in linken Kreisen weitverbreitete) Hoffnung des Autors auf eine Allianz zwischen ArbeiterInnen und Intellektuellen auch in der DDR nicht bewahrheitet hat. Die Neuauflage schließt mit einem Diskussionspapier des HerausgeberInnenkreises von Anfang 1990. — Verlag Schwarze Risse, Berlin, DM 15.-

Arbeiterkampf in Deutschland

Wer von der Arbeiterklasse nicht reden will, soll von der Revolution schweigen!

Solange es Fabrikarbeit gibt, solange Menschen gezwungen werden, wie die Tiere zu arbeiten, wird es Rebellion geben. Aber ganze Generationen von »Revolutionären« sind schon mit ihrem Versuch auf die Schnauze geflogen, sich auf die Arbeiterklasse zu beziehen; entweder sie haben sich ihr bis in die Kleider- und Eßgewohnheiten anzupassen versucht, oder sie wollten sie belehren — oder beides gleichzeitig. Dann sind entweder zu den Hunderten Millionen ArbeiterInnen weltweit noch ein paar dazugekommen, oder eine ML-Partei ist mal wieder gescheitert mit ihrem Versuch, die Arbeiter davon zu überzeugen, eine Welt nachzubauen, die sie sich im Kopf zurechtgelegt hatten.

»Die ArbeiterInnen sind vernünftige Menschen«. Sie haben in den Metropolen eine große Macht und nutzen sie bei Bedarf auch aus. Wozu andere blutige Aufstände riskieren müssen, das kriegen sie eventuell schon, wenn sie ihrem Betriebsrat Dampf machen. Und sie kalkulieren ihre Chancen, denn sie haben nun mal keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen — all das macht sie für heißblütige Revolutionäre oft so unsympathisch.

Aber manchmal werden sie ganz unvernünftig heißblütig und der tägliche Kleinkrieg kippt in die Revolte um. Leute, die heute nicht bereit sind, sich für materielle Verbesserungen zu engagieren, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten, schmeißen vielleicht morgen alles hin, weil der Boss ihre Würde verletzt...

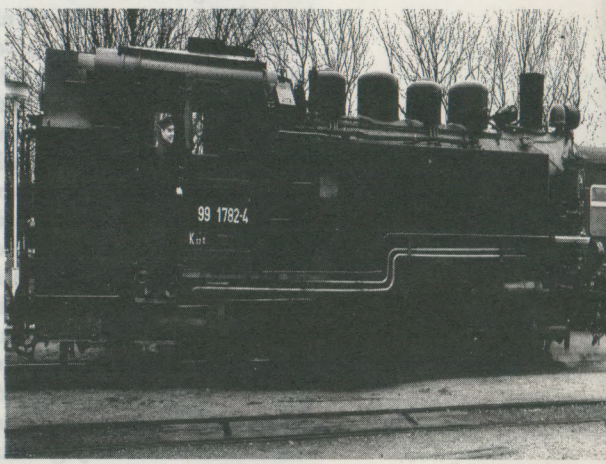
Die Linken, die früher »die Arbeiterklasse« hochleben ließen, haben in den letzten Jahren viel von ihrem Ende geredet. Aber ihre Sichtweise war schon immer Ideologie. Sie verklärte das Produzententum: die Arbeiterklasse werde die Macht übernehmen, weil sie hier den ganzen Reichtum aufgebaut hat — und sollte sich mit dieser Machtübernahme kollektiv verpflichten, auch weiterhin allen Reichtum zu produzieren. Dieses Modell ist mit der DDR zusammengebrochen. Und damit ist der Weg frei für den Arbeiterkampf als Kampf für die Befreiung von der Arbeit!

Arbeiterkampf in Deutschland

Zu Beginn des Jahrhunderts schien es ausgemacht, daß die Arbeiterklasse in Deutschland die weltweite Revolution anführen würde. Dann kam der 1. Weltkrieg, die Revolution 1918 konnte die SPD abwürgen, der Vertrag von Versailles sollte die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse einschnüren. Aber auch das reichte nicht aus, Naziherrschaft und 2. Weltkrieg entfalteten einen ungeheuren Terror: amerikanische und englische Flugzeuge bombardierten systematisch die Arbeiterviertel. Die Siegermächte teilten schließlich 1949 die Arbeiterklasse in Deutschland auf zwei separate Staaten auf; die in der Vergangenheit stärksten Pole — Ruhrgebiet und Mitteldeutschland — wurden voneinander getrennt. Im Westen dämmten Marshallplan-Gelder, im Osten die Rote Armee alle revolutionären Drohungen ein. Nun, 40 Jahre später, da diese »deutsche Arbeiterklasse« wieder in einem Staat vereint ist, die frühere »Kampfstärke« zu glorifizieren, ist nicht unsere Sache. Die Arbeiterklasse hat keinen Paß, sie wird nicht automatisch stärker, wenn die Staaten wachsen, vielleicht eher im Gegenteil. Aber um in den 90er Jahren die Revolution anzupacken, brauchen wir auch die unterschiedlichen Erfahrungen der letzten 40 Jahre: wie wir uns untergründig organisieren, wie wir kämpfen und zur Massenbewegung werden können, »wie man einen Staat stürzt« ...

Wir wollen im folgenden ein paar Schlaglichter werfen auf Kämpfe, in denen sich die ArbeiterInnen selbst organisierten (In Wortzusammensetzungen verzichten wir auf das »Innen«, zur Arbeiterklasse gehören selbstverständlich Frauen und Männer — und zwar auch, wenn sie in diesem Reproduktionszusammenhang leben, aber nicht selbst Lohnarbeit machen, weil sie z.B. Kinder großziehen. Dies wollen wir betonen, weil es im folgenden vor allem um die Auseinandersetzungen im Produktionsbereich geht.). Wir haben versucht, so zu schreiben, daß es ArbeiterInnen im Osten wie im Westen verstehen können; vieles davon wiederholt vielleicht Sachen, die Wildcat-LeserInnen schon lange wissen ...

»Wirtschaftswunder« im Westen —



Arbeiterkampf in Deutschland war immer der Kampf einer multinational zusammengesetzten Arbeiterklasse. Deutschland ist seit über 100 Jahren ein Einwanderungsland, und das Kapital hat immer wieder mittels der einwandernden ProletarierInnen die Klasse neu zusammengesetzt. Bis in die 50er Jahre kamen UmsiedlerInnen und Flüchtlinge über Oder und Neiße in die deutschen Staaten. Von diesen 12 Millionen Menschen waren 7 Millionen ArbeiterInnen: mobiles Proletariat, gerade richtig für die Schwerarbeit in Fabriken und auf Baustellen. Durch die Errichtung des westdeutschen Separatstaates hatten die Unternehmer die Option auf einen jahrzehntelang gespaltenen Arbeitsmarkt. Politisch galten die »Flüchtlinge« als zuverlässig, waren sie doch »freiwillig« gekommen, auf der Flucht vor dem Kommunismus. Der ständige Nachschub an Arbeitskräften ermöglichte eine planstaatliche Expansion des Kapitals, ohne zunächst Zugeständnisse an die ArbeiterInnen machen zu müssen.

Mit einem der modernsten Maschinenparks der Welt begann der Aufbau einer Exportwirtschaft — bei Löhnen weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Die Sektoren traditioneller Arbeitermacht, wie Bergbau und Stahlindustrie, wurden rationalisiert, ihre politische Macht wurde ihnen allerdings teuer abgekauft: Sie bekommen nach wie vor die höchsten Löhne und besten Sozialpläne. Der westdeutsche Staat konnte schon wieder riesige Mengen produktiver Arbeit kommandieren und war in der Lage, diesen politischen Preis zu zahlen.

— »sozialistischer Aufbau« im Osten

In der Ostzone bauten die Kader der alten Arbeiterbewegung unter dem Schutz der Besatzungsmacht einen Staat nach ihren Vorstellungen auf. Dabei ergab sich auch für die »Arbeiterregierung« sofort das Problem, wie aus ArbeiterInnen mehr Mehrwert abgepreßt werden konnte. Sie konnte Produktionssteigerungen nicht über Entlassungen durchsetzen. Eine Unzahl von Kontrollkommissionen und -abteilungen konnte das Grundproblem nicht lösen: daß der VEB eben kein »harmonisches Ganzes« war, daß auch hier sich die ArbeiterInnen der Ausbeutung widersetzten.

Nach Kriegsende hatten die ArbeiterInnen, organisiert über von ihnen gewählte Betriebsräte, die Produktion wieder notdürftig in Gang gebracht, um ihre Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Nachdem neue Betriebsleitungen eingesetzt waren, sich betriebliche Gruppen der Parteien gebildet und die Gewerkschaften mit dem Aufbau einer zentralistischen Organisation begonnen hatten, wurden die Selbstverwaltungsorgane der ArbeiterInnen nach und nach ausgeschaltet und durch Betriebsgewerkschaftsleitungen ersetzt. Diese wurden nach der Vereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 zu Transmissionsriemen der Partei. Sie sollten direkt auf die Organisierung der Produktion Einfluß nehmen, aber als Vertreter eines übergeordneten Interesses. Nach Auflösung der Betriebsräte drückte sich ihr Widerstand vor allem in Disziplinlosigkeit, Blaumachen, Zuspätkommen aus. Gegen dieses traditionelle Arbeiterverhalten setzte die Partei ihr Ideal der »sozialistischen Arbeit«. Gegen die Tendenz der ArbeiterInnen zum Egalitarismus, der sich in gleicher Verteilung der Löhne, der eingetauschten Lebensmittel, ja auch der ersten Prämien für gute Arbeit ausdrückte, setzte sie auf »sozialistischen Wettbewerb«, d.h. Differenzierung. Aus der Aktivistenbewegung (»Adolf-Hennecke-Bewegung«), die in den ersten Aufbaujahren Hunderttausende von Jugendlichen begeisterte, wurde mehr und mehr ein System individueller Belohnungen für »BestarbeiterInnen«, aus denen dann die zukünftigen Brigadiere und Meister als neue »Arbeiteraristokratie« rekrutiert wurden. Sie schürte die Konkurrenz und verhalf Opportunisten zum individuellen Aufstieg in die Bürokratie.

1949 wurden mit Beginn der zentralen Planung im gesamten Staat die Arbeitsnormen erhöht, was zahlreiche Proteste und Arbeitsniederlegungen auslöste. Dabei standen die Betriebsgewerkschaftsgruppen oft auf seiten der ArbeiterInnen. Denn die aufgeblähte Bürokratie, für die Kader ausgebildet werden mußten, Zugeständnisse an die Mittelklassen — all dies ging auf Kosten der ArbeiterInnen, deren Lebensstandard immer mehr gegenüber dem im Westen zurückblieb. Aber der Gewerkschaft war kein Spielraum mehr verblieben wie im Westen, wo Tarifverträge ausgehandelt wurden, wo sich die Streikenden in Tarifrunden unter gewerkschaftlicher Kontrolle austoben konnten. Das System im Osten war wesentlich starrer: Die allgemeine Normenerhöhung Ende Mai brachte sofort die gesamte Arbeiterschaft gegen den Staat auf. Der Protest, der schon das ganze Frühjahr über in den Betrieben am Gären war, explodierte.

Der Aufstand am 17. Juni 1953

Diese Krise des SED-Regimes fiel in die Zeit nach Stalins Tod, Fraktionskämpfe in der Sowjetunion, dortige Überlegungen, ein bürgerlich-demokratisches System in einem vereinigten Deutschland zu akzeptieren. Der DDR-Staat hatte schwere wirtschaftliche Probleme: Die ArbeiterInnen hatten höhere Löhne durchgesetzt, die Güterproduktion blieb dahinter zurück: d.h. für ihre Löhne konnten sie fast nichts kaufen. Die Antwort der Regierung war eine Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Abgaben für Kleinbauern und eine allgemeine Erhöhung der Normen um 10%. Als diese Maßnahmen starke Proteste und Absetzbewegungen auslösten, entschied sich Ulbricht für einen »neuen Kurs«: eine Annäherung an Mittelschichten und Kirche. Die Regierung nahm die Maßnahmen gegen die Mittelschichten zurück, bestand aber auf der Normenerhöhung für die ArbeiterInnen. Von einem Tag auf den anderen wurden rückwirkend die Löhne z.T. um 30% gekürzt.

Schon mehrmals in jenem Jahr hatten Tausende von Bauarbeitern auf der Stalinallee gegen die Einführung höherer Normen erfolgreich die Arbeit niedergelegt. Der eben errungene Erfolg der Bauarbeiter im Westen im Kampf für höhere Löhne, den die Parteipresse ausführlich geschildert hatte, stachelte an, die Konfrontation zu wagen. Die Stalinallee, das Prestigeobjekt des Regimes, stand im Mittelpunkt der Berichterstattung. Die Bauarbeiter waren mobiler als FabrikarbeiterInnen, hielten Versammlungen weithin sichtbar unter freiem Himmel ab. So trugen sie die Auseinandersetzung auf die Straße. Am 16. Juni zogen sie in einem riesigen Protestzug hinter einem Leittransparent mit der Forderung nach Rücknahme der Normenerhöhung zum Regierungsgebäude. Viele Unzufriedene schlossen sich spontan an. Ulbricht und Grotewohl wagten sich nicht ans Fenster, der Industrieminister wurde niedergebrüllt, als er die ArbeiterInnen mit »Kollegen« anredete. Eine Delegation überbrachte die Forderungen dem RIAS, der daraufhin stündlich in der gesamten DDR die Streikmeldungen verbreitete. Generalstreik lag in der Luft. Die Regierung, die den Ernst der Lage noch nicht erkannt hatte, nahm zwar im Laufe des Abends die Normenerhöhung zurück, verließ sich aber ansonsten auf ihre Parteikader. Aber die Streikwelle war nicht mehr aufzuhalten. Am nächsten Morgen zogen ab 5 Uhr ganze Belegschaften aus den Großbetrieben um Berlin in die Innenstadt. Delegationen forderten die ArbeiterInnen der

Nachbarbetriebe zum Mitmachen auf. Die ArbeiterInnen des Stahl- und Walzwerkes Henningsdorf mußten allein 15 km zurücklegen, auch ein Gewitterregen konnte sie nicht abhalten. Gegen Mittag füllte sich der Potsdamer Platz. Hier strömten unterschiedlichste Leute zusammen, auch Jugendliche aus dem Westsektor. Ein paar Männer holten die rote Fahne runter, HO-Läden wurden geplündert, der Columbiabau (Polizei) stand in Flammen. Gegen 13 Uhr verhängte die Sowjetarmee den Ausnahmezustand über den Sektor und begann, die Straßen mit Panzern zu räumen.

Während in Berlin der Aufstand leicht von Kräften von außen (Ostbüro der SPD, westliche Geheimdienste) beeinflußt werden konnte, waren in der übrigen DDR viel deutlicher die ArbeiterInnen handelndes Subjekt. Sie beriefen in den großen Industriebetrieben Streikversammlungen ein und wählten Streikkomitees, es kam zu Demonstrationen und Betriebsbesetzungen. Die Basiskader von Partei und Gewerkschaft schlugen sich häufig auf ihre Seite. In einigen Städten wurden zentrale Streikkomitees gewählt, die eine Reihe von politischen Forderungen aufstellten, die zusammengenommen völlig widersprüchlich sind: von »Arbeiterregierung aus fortschrittlichen Werktätigen« bis hin zu »freie Wahlen« und »Zulassung aller Parteien« — je nach Zusammensetzung der Aufständischen. In den Großstädten mußten die Demonstranten bald Polizei und russischen Panzern weichen, allerdings weigerte sich an einigen Orten die Polizei, auf die ArbeiterInnen zu schießen. Im Kohlenrevier waren über 100 000 ArbeiterInnen im Aufstand. In den Uranminen nahe der tschechoslowakischen Grenze zogen sich die Auseinandersetzungen der Arbeiter mit den russischen Truppen noch mehrere Tage hin.

Nach der Niederschlagung des Aufstands verzichtete die Sowjetunion auf weitere Reparationsleistungen, um das Regime nicht weiter zu schwächen und gab die konfiszierten Betriebe zurück. Die Regierung schlug einen liberalen Kurs ein und hob mit zahlreichen Verordnungen den Lebensstandard an. Sie versuchte nochmals die Zustimmung der Arbeiterschaft zu gewinnen, denn die Streikdrohung hing weiter in der Luft. Aber einen Monat später wurden die Vertreter dieses Kurses aus der Partei ausgeschlossen und den ArbeiterInnen damit Räume innerhalb der Gewerkschaft und Partei geschlossen, die sie für sich benutzt hatten.

Geh doch nach drüben!

Nachdem die Kommunisten an der Macht derart ihr Gesicht verloren hatten, konnte der westdeutsche Staat endgültig die »Staatsfeinde« im eigenen Land abräumen. Nach verlorenen Illusionen und an einem Arbeiterbild orientiert, das schon in den 20er Jahren überholt war, befand sich die KPD eh schon politisch im Abseits. Ihr Verbot war nur noch Mittel zur Zerschlagung oder Illegalisierung von Strukturen in den Betrieben und zur Zähmung der gesellschaftlichen Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atombomben.

1956/7 konnten die MetallarbeiterInnen in Schleswig-Holstein in einem gewerkschaftlich organisierten 16-wöchigen Streik die drei Karenztage bei Krankheit beseitigen und höhere Löhne erreichen. 1959/60 streikten bei VW deutsche Bandarbeiter gegen die Arbeitshetze am Fließband und kündigten danach massenhaft — eine der wenigen *organisierten* Äußerungen von Arbeiterautonomie in diesen Jahren. Es gab allerdings eine Zunahme an »informellen« Kampfformen auf Abteilungsebene.

Der Bau der Mauer 1961 schützte die Ökonomie im Osten vor weiterer Auszehrung. Der Zustrom gut ausgebildeter ArbeiterInnen nach Westdeutschland riß damit ab. Aber die arbeitskraftverzehrende deutsche Industrie hatte bereits Ersatz gefunden: In den südeuropäischen Ländern Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien und Türkei wurden von deutschen Konzernen gezielt ArbeiterInnen für die Fließbänder angeworben. Zunächst erhielten sie nur Zeitverträge und wurden als Alleinstehende hergeholt. Bereits 1961 waren eine Million in der BRD; miserabel bezahlt und eingepfercht in Baracken wurden sie an die Arbeitsplätze gestellt, wo kein Deutscher oder »Flüchtling« mehr hinwollte. Aber die »GastarbeiterInnen« ließen sich nicht alles bieten: 18jährige Frauen aus Griechenland setzten schon 1961 mit Streikaktionen bessere Unterkunft und freie Arbeitssuche durch. 1962 streikten die italienischen Arbeiter bei VW Wolfsburg. Ihre Rädelsführer wurden entlassen und von der Ausländerpolizei abgeschoben. Die Spaltungspolitik zwischen deutschen und ausländischen ArbeiterInnen funktionierte noch. Das Ausländergesetz wurde zum wichtigsten Mittel der politischen Einschüchterung der ArbeitsimmigrantInnen.

In den 60er Jahren entstanden in der BRD neue industrielle Ballungsräume — Zentren der Massenproduktion mit einem hohen Ausländeranteil. Damit gab es im Herzen der Produktion eine neue Schicht von ArbeiterInnen ohne innere Bindung ans Werk, zur Arbeit, ohne Absicht, hier bis zur Rente zu arbeiten.

Die weltweite Revolution 1968 streift Deutschland

Als im Boom der 60er Jahre schließlich bei steigenden Löhnen die Produktivität sank, war im Winter 66/7 für die deutschen Unternehmer Krise angesagt, um mit Entlassungen und Rationalisierungen einen »Gesundschrumpfungsprozeß« einzuleiten. In den meisten Unternehmen wurden Lohnzulagen gestrichen und das Arbeitstempo verschärft. Damit wurde aber auch ein Instrument der Klassenspaltung geopfert: die Höherentlohnung der deutschen und loyalen ArbeiterInnen. Zur gleichen Zeit bildeten SPD und CDU die »Große Koalition« und banden die Gewerkschaften in die »konzertierte Aktion« ein. Die Gewerkschaften orientierten ihre Lohnpolitik fortan an staatlichen Lohnleitlinien. Gegen diese »formierte Gesellschaft« entstand die außerparlamentarische Opposition: als Bewegung der Studenten gegen reaktionäre Lehrinhalte, als breite Bewegung gegen die Notstandsgesetze, als Jugendbewegung gegen den Vietnamkrieg.

1968 war auf der ganzen Welt ein Aufbruchsjahr des Klassenkampfs und Befreiungskampfs. Überall wurde über die Revolution diskutiert, über die Möglichkeiten einer anderen Gesellschaft. Im Mai 68 waren in Frankreich 10 Millionen ArbeiterInnen im Streik, in Paris gab es Barrikadenkämpfe, bei denen mehrere Leute erschossen wurden. Das Militär stand Gewehr bei Fuß, aber schließlich konnte der Aufstand ohne Militärputsch durch die Ausschreibung von Neuwahlen verhindert werden.

In Prag wurde im August 1968 das Militär eingesetzt. Hier hatte sich im Rahmen einer Demokratisierungsbewegung eine Kritik am realen Sozialismus entwickelt — der Einmarsch von sowjetischen und DDR-Truppen verhinderte das Zusammenkommen von westeuropäischer und osteuropäischer Kritik. Aus Angst vor einem Überschwappen der Bewegung aus Westberlin und Prag zog das SED-Regime auch in der DDR eine Säuberung gegen alle Kritiker des Einsatzes durch. Das DDR-Regime rettete sich dadurch vor der 68er Bewegung: einer Kritik von links am Sozialismus, einer radikalen Bewegung, die alle Autoritäten und gesellschaftlichen Werte infragestellte, und sich eine befreite Gesellschaft nur als eine ohne Geld und den ganzen entfremdeten Umgang miteinander vorstellen konnte.

Der »heiße Herbst« in der BRD

Angesichts des raschen wirtschaftlichen Wiederaufschwungs auf der Basis von Arbeitshetze und vielen Überstunden wuchs die Wut der ArbeiterInnen. Im Herbst 1969 fand sie ihren Ausdruck in einer Welle wilder Streiks in der Stahlindustrie, die sich wie ein Flächenbrand auf andere Sektoren ausbreitet und das stabil geglaubte Gefüge des institutionalisierten Klassenkampfs erschütterte. Die Streikenden forderten lineare Lohnerhöhungen von 30, 50, 80 Pfennig mehr die Stunde. Die Gewerkschaft begann sofort nach Ausbruch der Streiks mit vorgezogenen Lohnverhandlungen, aber die ArbeiterInnen hatten gezeigt, daß sie auch ohne Gewerkschaftsführung und Streikkasse kämpfen können. Sie erreichten in diesen Streiks Lohnerhöhungen, die Bezahlung der Streiktage und die Wiedereinstellung der wegen des Streiks Entlassenen.

Die wilden Streiks 1969 waren Vorboten einer neuen Militanz und Autonomie, die sich in der Arbeiterklasse in Westdeutschland entwickelte. Eine politische Folge der Septemberstreiks war der Wahlsieg der SPD, die mit der sozialliberalen Koalition den Druck der ArbeiterInnen in gesellschaftliche Reformprojekte und einen Motor neuer Produktivität zu übersetzen versuchte. Davon ausgeschlossen waren die vorwiegend ausländischen ArbeiterInnen an den Fließbändern der Montagefabriken. Sie spielten eine wichtige Rolle in den wilden Streikbewegungen der Jahre 71, 72 und 73. Im Sommer 1973 wurde in 335 Betrieben wild gestreikt. Die Antwort des Staates war diesmal repressiv: Polizeieinsätze, prügelnde Trupps loyaler Arbeiter und Meister, Massenentlassungen und Ausweisung von Ausländern. Die NATO übte zur gleichen Zeit die Niederschlagung von Arbeiteraufständen.

Übernehmen Gastarbeiter die Macht?
Zum erstenmal wur er Stärke bewußt
Von PETER TELLE
Zum erstenmal wurden den Gastarbeitern bei den Streiks ihre Macht bewußt.

Der Ford-Streik 1973

»In der Woche vor Streikbeginn war an den Bändern, hauptsächlich unter den Türken, eine Saustimmung. 300 — die Leute sprachen von 500 — zu spät aus dem Urlaub Gekommenen war gekündigt worden, die anderen mußten mehr oder weniger deren Arbeit mitmachen, täglich wurde die Stückzahl heraufgesetzt und gleichzeitig rannte ein Trupp von REFA-Leuten durch die Gegend, um noch mehr Leute einsparen zu können. Spätestens ab Mittwoch wurde über Streik geredet. Dazu kam noch die Flugblattpropaganda und ab Donnerstag wurden im Werk Streikaufrufe geklebt.

[Freitag] Vom eigentlichen Beginn des Streiks haben wir folgende Version: Ein Türke, seit Jahren an diesem Bandabschnitt und von seinen Kollegen recht isoliert und als Kommunist verschrien, sollte zu Beginn der Spätschicht eine zusätzliche Operation übernehmen. Er reagierte, wie schon viele Kollegen in dieser Woche reagiert hatten: er motzte und schrie rum. Schließlich hörte er ganz zu arbeiten auf und schrie: »Kollegen, wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen? Wann tun wir endlich was gegen die Schweinerei?« usw. In dem Augenblick, wo einer da war, der ihre Wut verbal ausdrücken konnte, waren die Kollegen zum gemeinsamen Handeln fähig. Das konnte man während des ganzen Streiks beobachten. Es dauerte nur ein paar Minuten, bis die ganze Y-Halle (Endmontage) streikte. Der sich formierende Demonstrationszug streifte schließlich durch das ganze Werk, und die gesamte Produktion stand gegen 19 Uhr. Nachdem der Zug durch die W-Halle gekommen war, suchte sich ein deutscher Kollege ein Stück Pappe und einen Filzstift und begann die Forderung nach 60 Pf. mehr zu malen. (Darauf hatten sich sämtliche linken Gruppen, die bei Ford arbeiten, Wochen vorher geeinigt.) Als die umherstehenden Türken das sahen, protestierten sie und sagten: '60 Pf. zu wenig, muß 1 Mark!' Dies ist die einzig wahre Version über die Entstehung der 1-DM-Forderung. (...)

[Montag] Um halb acht stand praktisch der ganze Laden. Den ganzen Vormittag gab es Versammlungen und Umzüge. Das Streikkomitee wurde gewählt. Zu diesem Zeitpunkt versuchte sich dauernd der Betriebsrat einzumischen, um den Streik in den Griff zu bekommen und abwürgen zu können. Als Betriebsrat Kuckelkorn sich von einem Holztreppchen aus bemerkbar machen wollte, brachten ein paar clevere Türken das Ding zum Einsturz, um den Guten so auf die Ebene der Massen herabzuholen. Dieses Ereignis wurde von donnerndem Applaus begleitet. (...)

Der harte Kern von 600-800 Leuten, die nun auf die Nachtschicht warteten, bestand zum größten Teil aus Türken, ca. 15 Deutschen, einer handvoll Jugoslawen und einem Italiener. Die Solidarität, die hier beim Essen, Tanzen und Singen entstand, war zwar international, doch spezifisch türkisch. Den deutschen Genossen lief ein Schauer über den Rücken, als nach dem Essen die türkischen Hauptagitatoren (größtenteils Kommunisten) einen Hoca (Priester) suchten, dann tatsächlich auch vor den knieenden Streikenden das Abendgebet sangen. Dennoch

war die ganze Zeit über der Streik keine rein türkische Geschichte. Dafür sorgten vor allem jene Deutschen und Jugoslawen, die unheimlich intensiv an dem Streik teilnahmen. Ein Jugoslawe 'erfand' Eimer und Farbe, und begann die ganze Fabrik voll Parolen zu malen. In allen Sprachen. (...)
Die erste Nacht im Werk verbrachten wir im Schaumstofflager nahe der Polsterei in der Y-Halle. Geschlafen wurde zwischen den Bändern, in Regalen auf Schaumstoffmatten. 'Hotel-Y' war entstanden, das ideale Nachtlager für müde Krieger. (...)
Am Donnerstagmorgen, vor der Katastrophe, hatte die Stimmung einen Höhepunkt erreicht. Über tausend Leute hatten die dritte Nacht im 'Hotel-Y' verbracht. Wir hatten reichlich gefrühstückt. Die türkischen Kollegen der Frühschicht schlossen sich massenweise an, und selbst Deutsche und Italiener begannen sich anzuschließen. Aus den Wohnheimen waren Kollegen mit eigenen Transparenten gekommen. Der Demonstrationszug war so stark wie nie zuvor (ca. 6-8000 Leute). Wir fühlten uns zu stark. Die Möglichkeit, daß noch am Morgen der Angriff der Schweine erfolgen würde, war uns unwahrscheinlich. Die Provokationen der Schlägertrupps beantworteten wir passiv. Gewaltlosigkeit war die Parole, Megaphone waren keine mehr vorhanden, die waren im Verlauf der letzten Tage schon zu Bruch gegangen. Den Schweinen gelang es schließlich, den Zug in drei Teile zu spalten, die Streikleitung und ein paar dutzend Kollegen zu verhaften und etliche halb tot zu schlagen. (...)
Es ist klar, daß die Erfahrung dieser fünf Streiktage jetzt nicht weg ist. Zum ersten Mal werden deutsche Genossen in türkischen und jugoslawischen Wohnheimen mit offenen Armen empfangen. Das Bewußtsein von Solidarität und gemeinsamer Stärke überwiegt gegenüber dem Gefühl der erlittenen Niederlage. Gemeinsames Kämpfen, Essen, Tanzen, Singen, die Plünderung des Sektvorrats einer Chefkantine, Verprügeln von Meistern und Streikbrechern, Verbrüderung von Leuten aus vier Nationen, das sind die wesentlichen kollektiven Erinnerungen an den Streik. (...)
Bislang ist ca. 130 Kollegen, z.T. sogar auf Vorschlag des Betriebsrats, gekündigt worden. Viele Kollegen, ca. 500 haben von sich aus gekündigt, die nach diesem furchtbaren Erlebnis der Zerschlagung nicht mehr in diesem Betrieb, unter denselben Meistern usw. arbeiten wollen und können. (...)«

Die Schilderung des Ford-Streiks stammt aus der Zeitschrift »Wir Wollen Alles« vom August/September 1973. Die »WWA« wurde gemeinsam von Gruppen aus verschiedenen Städten herausgegeben, die sich auf die autonomen Kämpfe der ArbeiterInnen bezogen und die sich noch nicht auf dem ML-Trip des damals entstehenden K-Gruppen-Sektenunwesens befanden.

Die 70er Jahre im Westen

Im November 1973 wurde der Anwerbestopp für Gastarbeiter erlassen. Damit ist die Arbeitsaufnahme in der BRD an umständliche Verfahren geknüpft (Scheinehe, Familiennachzug, politisches Asyl).
Einerseits waren die ArbeiterInnen aus Südeuropa resigniert über die Zerschlagung ihrer Kämpfe. Aber als Reaktion darauf versuchten sie sich andererseits das Leben hier so erträglich wie möglich zu machen. Sie holten ihre Familien nach, verließen die Wohnheime, suchten sich Wohnungen in den heruntergekommenen Stadtteilen und versuchten, sich hier ihr eigenes kulturelles Leben aufzubauen. Das Konzept der Rotation brach zusammen. Staat, Parteien und Gewerkschaften antworteten darauf mit einem neuen Konzept der »Integration«. Alle Maßnahmen zusammen trugen dazu bei, daß die Arbeitsimmigranten keine mobile Schicht von alleinstehenden ArbeiterInnen mehr waren, sondern daß sich langfristig Millionen von Einwanderern mit ihren Familien in das deutsche Arbeitsleben integrierten. Zur polizeilichen Kontrolle kommt jetzt der Druck der Familie auf die jungen ArbeiterInnen hinzu.
Anfang der 70er Jahre hatten sich auf der ganzen Welt die Kämpfe der MontagearbeiterInnen angeglichen: in den Autofabriken von Fiat, General Motors, Lada, VW Brazil. Mit der sogenannten Ölkrise setzte ein weltweites Abbremsen der Kapitalverwertung ein. Das über die Ölpreiserhöhung abgeschöpfte Geld wurde zum Kapital für einen neuen technologischen Sprung gegen die Aufstände am Fließband. Doch erst mußte die Klasse weltweit in die Knie gezwungen werden.
1974 stieg in Westdeutschland die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal wieder auf über eine Million. Viele Betriebe machten dicht oder verlagerten Massenproduktion in sogenannte Billiglohnländer. Die von vielen Linken erwartete Zuspitzung der Klassenkämpfe aufgrund der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus blieb jedoch aus. Im Gegenteil entdeckten viele ArbeiterInnen die Vorzüge bezahlter Arbeitslosigkeit, betrach-teten die Sozialleistungen nun als ein Recht, das ihnen zusteht, und nicht als Schande. Immer mehr ArbeiterInnen wollten nicht mehr lebenslang malochen, sondern nutzten alle Möglichkeiten, sich der Arbeit zu entziehen bzw. die Arbeitszeit selbst herunterzusetzen: befristete Verträge, Arbeitslosigkeit, Krankfeiern. Sie suchten befristete Jobs oder Halbtagsstellen, drängten in Berufe, wo eine Stundenreduzierung möglich ist. Sie entwickelten neue Formen gesellschaftlicher Kooperation (eigene Zeitungen, Autofrickeln, Food-Coop) mit fließenden Übergängen zur kapitalistischen Verwertung (Alternativbetriebe, Computerklitschen).
Die ganzen 70er Jahren über konnten die ArbeiterInnen (und damit auch die Arbeitslosen) »das Erreichte halten«. Als Ende der 70er Jahre in den Fabriken ein neuer Lohndruck spürbar wurde und von den ArbeiterInnen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch in Streiks umschlug, verschärfte das Kapital seinen Angriff: Die Arbeitslosigkeit wurde nochmals gesteigert, düstere Prognosen über 8 Millionen Arbeitslose in den 90er Jahren sollten Angst verbreiten. Die Krankenraten sanken auf das niedrigste Niveau seit langem. Gleichzeitig begann ein massiver Umbau des Sozialstaates.

Im Osten:

Das Regime in Ostdeutschland verfügte nicht über diese Mittel, um den Sprung in der Verwertung durchzusetzen. Wo es ein »Recht auf Arbeit« gibt, ist es viel schwieriger, einen von den ArbeiterInnen durchgesetzten Standard anzugreifen, wenn die ökonomischen Druckmittel wegfallen. Die Produkte der DDR waren auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig, sie wurden z.T. unterhalb der Produktionskosten exportiert, um Devisen zu erhalten. Doch die Devisen wurden weniger für Neuinvestitionen in Betrieben benutzt. Das Regime brauchte sie, um Konsumgüter zu importieren und damit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der schlechten Versorgung zu begegnen. Auch Kredite vom internationalen Kapitalmarkt flossen immer häufiger direkt in den Konsum der Bevölkerung. (Eine immer wichtigere Rolle spielte die Bundesregierung als Kreditgeber gegen politische Zugeständnisse. Nur mit ihrer finanziellen Unterstützung konnte das Regime bis Ende der 80er Jahre überleben.)
Statt neue Maschinen und eine neue Arbeitsorganisation durchzusetzen, setzte der Staat in den 70er Jahren nochmals auf einen Zyklus von Massenproduktion. Dafür wurden neue ArbeiterInnen für die Montage- und Textilfabriken aus Vietnam, Angola und Mosambik importiert. Zwischenstaatliche Abkommen stellten über Jahre hinweg eine billige Arbeitskraft für die schlechtesten Arbeiten. Ein staatlich geplanter Rassismus — bei offizieller antirassistischer Propaganda — verhinderte das Zusammenkommen der verschiedenen Arbeiterschichten.

Die 80er Jahre im Westen:

Die in den 70er Jahren entstandenen Massenbewegungen gegen AKWs, gegen den Krieg, gegen technische Großprojekte blieben politisch getrennt von den Bewegungen der Arbeiterklasse. Während es in den Jahren nach 68 eine gewisse Gleichzeitigkeit und wechselseitige Beeinflussung von Bewegungen in den Betrieben und in der Gesellschaft gab, die das Regime unter Druck setzte, wurden die gesellschaftlichen Bewegungen in den 80er Jahren zum Ersatz für die Hoffnung auf Revolution.

Mitte der 80er Jahre setzte in Westdeutschland ein neuer Boom ein: auf dem tiefsten Lohnniveau seit 1979, mit dem »Beschäftigungsförderungsgesetz«, das bisher selbstverständliche Garantien für ArbeiterInnen außer Kraft setzte: Zeitverträge wurden zur Regel zumindest für »ungelernte« ArbeiterInnen und spalten erfolgreich die Belegschaften in den umstrukturierten Fabriken.

Aber der Angriff auf den Soziallohn erfolgte abgestuft: die 80er Jahre brachten keine Proletarisierung in Form von massenhafter Verarmung. (In Ländern, wo das Regime auf massive Verarmung setzte, z.B. Großbritannien, gab es zur selben Zeit die ersten Riots...) Wer nicht arbeiten will, kann Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen und sich mit 800 Mark im Monat durchschlagen. Die tariflich abgesicherte Lohnfortzahlung ermöglicht es, sich immer mal wieder der Arbeit zu entziehen. Das Krankfeiern wurde Ende der 80er Jahre wieder zu meistbenutzten individuellen Widerstandsform für ArbeiterInnen.

Am tiefsten Punkt der Krise nahmen dann die westdeutschen Gewerkschaften die Arbeiterforderung nach Arbeitszeitverkürzung auf und drehten sie um: was in den 70ern zum Punkt hätte werden können, wo »gesellschaftliche Krise der Arbeit« und Arbeiterkämpfe zusammenkommen, setzte nun Flexibilisierung, Spaltung und Lohnstopp durch. Dahinter steckte doch der wirkliche Konsens zwischen Gewerkschaften und Kapital über die Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie zu sichern.

Der Angriff auf die Fabriken erfolgte auf den beiden Linien Technologie und Dezentralisierung: damit wurden die Arbeiten abgeschafft oder in Klitschen ausgelagert, die am meisten verhaßt waren, und mit ihnen die Abteilungen abgeschafft, von denen immer wieder der härteste Arbeiterwiderstand ausging. Deshalb wird die neue Arbeitsorganisation erst auf lange Sicht als Intensivierung der Ausbeutung erkennbar. Die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit beantworten die Unternehmen zum einen mit traditioneller Akkordarbeit: sei die Fluktuation durch Zeitverträge usw. noch so hoch, am Ende kommen doch immer Gebrauchsgüter der gewünschten Stückzahl raus. Aber den Leistungswilligen hat das Kapital heute auch was zu bieten: Ausbildungen, »interessantere« Arbeitsplätze mit mehr Eigenverantwortung und Befugnissen gegenüber Untergebenen.

1986/7 begann in ganz Westeuropa ein Zyklus von Kämpfen: SchülerInnen und StudentInnen streikten, Arbeiterfiguren organisierten sich, die bislang nicht durch Lohnkämpfe aufgefallen waren — und außerdem in der Mehrzahl Frauen sind. All diese Kämpfe gab es auch in der BRD — spezifisch »abgeschwächt«, dabei aber oft mit höheren materiellen Erfolgen. 1989 organisierten sich Beschäftigte in Krankenhäusern unabhängig von der Gewerkschaft, gründeten überregionale Initiativen. In Berlin streikten die KiTa-ErzieherInnen 11 Wochen lang mit ungewohnt vielen Vollversammlungen, Demos usw. Auch in den Betrieben war im Herbst 89 ein Lohndruck spürbar, der zu einigen Sonderzahlungen führte. Aber während diese Spannung beispielsweise 1989 in Frankreich zum Streik der Peugeot-ArbeiterInnen für 1500 Francs mehr führte, blieb der Druck in der BRD im Kessel — denn hier gab es auf einmal nur noch ein Thema: Zusammenbruch der DDR, Wiedervereinigung ....

Zusammenbruch der DDR

Das SED-Regime war in den 80er Jahren immer weniger in der Lage, die Unzufriedenheit mit Ausdehnung des Konsums zu beantworten. Die Ruhe in den Betrieben war teuer erkauft, die Produktivität stieg nicht an. Während die Verschuldung auf den internationalen Finanzmärkten wuchs, wurden Reformkräfte immer noch als Angriff auf die Existenz des Staates gesehen und rein repressiv beantwortet. Die kritische Intelligenz (die Schicht, die im Westen zu den neuen Politikern des »ökologischen Kapitalismus« geworden ist), wurde seit Mitte der 80er Jahre zur Ausreise gedrängt. Daneben hatte sich eine jugendliche Subkultur entwickelt, die die Werte des Arbeitsstaates mißachtete und vom Regime als »asozial« unterdrückt und mit Knast verfolgt wurde.

Der Wunsch nach mehr materiellem Wohlstand und Freizügigkeit löste eine Ausreisebewegung aus, die das Regime politisch in die Defensive drängte. Zum ersten Mal nach 53 kam es ab Sommer 89 wieder zu Massendemonstrationen, denen sich nach und nach viele ArbeiterInnen anschlossen. Formiert als bürgerliche Bewegung waren die Forderungen eher »Arbeiterforderungen«: wer arbeitet, soll auch anständig konsumieren können... Die Oppositionsgruppen, die den Anfang gemacht hatten, wurden aber rasch von der Spitze der Bewegung abgedrängt. Etablierte, von den Westparteien unterstützte Kräfte übernahmen die Führung. Als das SED-Regime abtrat, gab es außer ein paar »Runden Tischen« keine eigenständigen Kräfte, keine Ansätze von Selbstorganisierung der ArbeiterInnen: Ein paar verhaßte Betriebsleiter oder Gewerkschaftsbürokraten wurden verjagt, aber die ArbeiterInnen arbeiteten weiter wie immer. Die Macht lag für eine kurze Zeit auf der Straße, aber die ArbeiterInnen übernahmen sie nicht. Streiks in mehreren Bereichen brachten sehr schnell Lohnerhöhungen. Um Schlimmeres zu verhüten, trat nun der westdeutsche Staat in dieses Machtvakuum und »übernahm« die Initiative. Die ArbeiterInnen sahen mehrheitlich in der CDU (»Wohlstand statt Sozialismus«) die beste Vertreterin ihrer Interessen.

Nach diesem politischen Sieg ging der vereinte deutsche Staat zum Frontalangriff auf die ostdeutsche Arbeiterklasse über. Betriebsschließungen und Entlassungen in Millionenhöhe löschen die alte Produktionsstruktur aus, reißen Belegschaften auseinander, die jahrzehntelang zusammengearbeitet haben. Ein großer Teil dieser Arbeiterklasse ist nach Unternehmergesichtspunkten sowieso zu alt oder leistungsunfähig und wird der Frühverrentung übergeben.

Ein Comeback der Arbeiterklasse?

Wenn sich Kapital und BRD-Staat durchsetzen wollen, müssen sie den Anschluß der DDR als gigantisches Projekt von Neuzusammensetzung durchziehen, das die alten Verhältnisse — hier wie dort — rigoros angreift. Gerade für ausländische ArbeiterInnen in der BRD wurde der Fall der Mauer zum Problem: Aufgrund des Arbeitskräftemangels und ihrer langjährigen Beschäftigung hatten sie ihre Position für relativ sicher gehalten, waren nicht mehr bereit, schlechte Bedingungen zu akzeptieren. Jetzt fürchteten sie, durch einen »Ossi« ersetzt zu werden, weil es dem Unternehmer gelegen kommt, eine Abteilung zu zersetzen, deren türkischsprachige Subkultur er nicht durchschaut...
Die jungen ostdeutschen ArbeiterInnen nutzen vorläufig ihre Möglichkeiten und suchen sich Jobs im Westen, bilden ein neues mobiles qualifiziertes Proletariat. Ihre sofortige Integration in einen Betrieb im Westen ist hingegen nicht so einfach. Daß ihnen im Westen oft nur Zeitverträge und Tariflöhne geboten werden und dafür gerade von ihnen sehr viel Maloche erwartet wird, durchschauen sie schnell.
Die DDR soll keine Region von Massenarbeitslosigkeit und kein Billiglohnland werden. Die Investitionsströme fließen schon. In ein paar Jahren soll nach Plänen des Kapitals dort die modernste Produktion Europas stehen — mit einer Arbeiterklasse, die gegen die »Vorteile« eines modernen Kapitalismus noch nicht immun ist.
Ob das aber klappt, Ob das Regime in der Lage ist, all die sich entwikelnden Dynamiken in einen neuen Zyklus von Verwertung überzuführen, ist nicht ausgemacht. Die DDR-Bürger haben die CDU-Parole vom Wohlstand beim Wort genommen, jetzt lernen sie schnell. Im Westen ist der Lohndruck wieder da, die Krankenraten so hoch wie 1979...

Im »Sozialismus« hat eine eher traditionelle, sehr homogene Arbeiterklasse überlebt, eine Klasse, die »vollbeschäftigt« war, wo praktisch alle Frauen Hausarbeit und Lohnarbeit gemacht haben. Eine Arbeiterklasse, die ein bestimmtes System von Leistungszurückhaltung gewohnt war, die bestimmte Ansprüche stellt. Sie hat im neuen System die Basis ihrer Macht — die Betriebe — schnell verloren, aber nicht ihre Ansprüche! Ihre ersten selbständig organisierten Streiks konnten die Westgewerkschaften durch das Aushandeln von massiven Lohnerhöhungen abbiegen. Aber ihr Versuch, sich an die Spitze einer Protestbewegung »für Arbeit« zu setzen, scheiterte kläglich, weil die Leute solche Veranstaltungen satt haben. Die Mobilisierung der IG Metall zum Brandenburger Tor im Frühjahr 91 wurde zum größten Flop in ihrer Geschichte.
Erst jetzt beginnen die ArbeiterInnen im Osten zu kapieren, daß *sie* ein Regime gestürzt haben; von November 89 bis Oktober 90 waren sie besoffen und gelähmt gleichzeitig, erschrocken vor den Konsequenzen ihres eigenen Handelns. Sich selber als Subjekt zu erkennen, könnte schnell aus dem aktuellen Gejammer herausführen.
Auch in Westdeutschland gab (und gibt) es im Vergleich zu anderen Ländern einen sehr hohen Anteil an IndustriearbeiterInnen. An den härtesten Arbeitsplätzen mit dem größten Verschleiß stehen immer noch ImmigrantInnen. Die meisten von ihnen denken immer noch: lieber zehn Jahre reinhauen und dann einen Laden aufmachen, ein Taxiunternehmen in der Türkei... Obwohl das meist Träume bleiben, gibt es diese reale Spaltung der Interessen, die sich erst jetzt, mit der 3. und 4. Generation der ImmigrantInnen aufhebt...
Das Bild der Klasse der 90er Jahre ist keineswegs homogen: der Dienstleistungsarbeiter mit zwei abgebrochenen Hochschulstudien, Umschulung und Fabrikerfahrung, die Erzieherin, die demnächst das Abi nachmacht, der Metallfacharbeiter, der nach acht Jahren Schicht jetzt mal ein Jahr arbeitslos machen will. Teile der Klasse haben eine unglaubliche Mobilität entwickelt — weil für sie ein ganzes Leben im selben Betrieb oder im selben Beruf unvorstellbar geworden ist. Die ArbeiterInnen sammeln Qualifikationen an und entwikeln Bedürfnisse, die durch einen neuen Job nicht befriedigt werden können. Aus diesen überschüssigen Qualifikationen kann sich die Macht zum Umsturz aller Verhältnisse entwickeln — sie können aber auch zur Triebkraft für die neue Stufe von Verwertung werden, das Kapital ist auf solche neuen schöpferischen und gesellschaftlichen Fähigkeiten angewiesen. Die Organisation der Produktion im heutigen Kapitalismus hat ein Niveau erreicht, das über die traditionellen beruflichen Qualifikationen hinaus ein ganz anderes Maß an Verständnis für den gesamten Prozeß, an Flexibilität und Partizipation erfordern: Qualifikationen, die die ArbeiterInnen sich außerhalb der Arbeit angeeignet haben...

Leute, die ihre Arbeit weitgehend selbst organisieren müssen, die mit einer Menge Maschinen und Kommunikationsmitteln umgehen können, organisieren auch ihre Kämpfe anders. Es ist nicht so, daß wir heute keine Chance zur Revolution haben, weil es die alte Arbeiterklasse im Blaumann immer weniger gibt. Es ist umgekehrt: weil es sie nicht mehr gibt, deshalb haben wir Chancen.
Gegenwärtig erschüttern Massenstreikbewegungen die verbliebenen realsozialistischen Länder: Sowjetunion, Albanien... Am Werk sind dort Arbeitergruppen, die im Westen längst von der Rationalisierung zersetzt sind. Aber der Peugeotstreik in Frankreich kam aus einer umstrukturierten Fabrik.... Gibt es also ein politisches »Comeback der Arbeiterklasse« ... ist die Arbeiterklasse, die am meisten entfremdete Schicht, wieder Schrittmacher für umfassende gesellschaftliche Veränderung? In Frankreich haben sich seither breite Streikbewegungen entwickelt, gegen die Umstrukturierung, gegen die Krise. In Deutschland kann das Kapital im Moment nicht in die Krise gehen: die ArbeiterInnen erlauben es nicht, eine Rezession würde sofort die Möglichkeiten zur Spaltung der Klasse und Erneuerung der Ausbeutungsbedingungen beseitigen.
Und diese Erneuerung ist dringend nötig. Seit Mitte der 70er Jahre ist das Kapital einmal um den Erdball gejagt auf der Suche nach Arbeitskraft, die sich noch nach seinen Bedingungen verwerten läßt. Heute kommt es wieder in die Metropolen zurück: ermattet.

Postgiroamt Berlin: Eene-meene-muhh raus bist du!

Im November und Dezember 90 stellte die Postbank in Berlin auf ein halbes Jahr befristet Leute von »der Straße weg« ein. Anlaß war einerseits Mehrarbeit durch den Mauerfall, die mit Überstunden nicht aufholbar war, weil die Angestellten und BeamtInnen nicht mitspielten. Zum anderen hatte es immer wieder Probleme mit der Einführung von Schichtarbeit gegeben, so daß die Spätschicht nur sehr schwach besetzt war. Dazu kam (und kommt) ein Krankenstand von durchschnittlich 60 Tagen jährlich.

Wir wurden also mit 30 Stundenverträgen in die Spätschicht gepackt, um das Loch zu stopfen. Nach einer Woche Tipp-Ausbildung werden wir (27 Befristete) in ein Großraumbüro verfrachtet und dort in die Codier- und Prüftätigkeit eingewiesen. »Wir«, das ist eine bunte Mischung von 17 bis Mitte 40, von Ex-Hausfrauen über zukünftige Azubis und Studentinnen bis zu JobberInnen, die keine Lust mehr auf Fabrikmaloche bis zur Rente haben oder noch nie hatten. Die einzigen Festangestellten, mit denen wir in Berührung kommen, sind unsere Gruppenführerinnen, die uns unterweisen und kontrollieren. Dementsprechend ist das Verhältnis zu ihnen – distanziert und zum Teil feindselig.

Unter uns Befristeten gibt es grundverschiedene Verhaltensweisen der Arbeit gegenüber: Die einen klotzen ran, weil sie auf eine Festeinstellung hoffen. Die anderen versuchen, das halbe Jahr mit möglichst wenig Arbeit und viel Spaß miteinander locker abzureißen. Schnell haben wir im Amt den Ruf von ArbeitsverweigerInnen und Aufsässigen weg.

Nach ein paar Wochen entwickelt sich spontan eine gemeinsame Aktion, in die wir alle einbeziehen können – eine kleine Gruppe von Aufmüpfigen wird dabei zur treibenden Kraft. Befristete bekommen bei der Postbank ihren Lohn Mitte des Monats bar ausbezahlt. Am Zahltag im Januar sind angeblich die Auszahlungsscheine auf dem Postweg verschütt gegangen – es gibt kein Geld. Bei Arbeitsbeginn ist der Brast groß, und nachdem uns Personalrat und Sachbearbeiter mit Vertröstungen auf den nächsten Tag abgespeist haben, entscheiden wir uns für gemeinsames Bummeln und überlegen Aktionen für den nächsten Tag. Als dann immer noch kein Geld da ist, versammeln wir uns zu zwanzig im Büro vom Stellenvorsteher. Der erscheint schließlich mit hochrotem Kopf, will sich auf keine Diskussion einlassen, drängelt uns vor die Tür und schließt eilig hinter uns ab. Darauf lassen wir uns in der Kasse nieder und teilen mit, daß wir erst gehen, wenn das Geld da ist. Eineinhalb Stunden nach Arbeitsbeginn wird uns schließlich mitgeteilt, daß wir unseren Lohn bekommen und selbstverständlich darauf warten können. Zweieinhalb Stunden nach Arbeitsbeginn haben alle ihr Geld und darüberhinaus eineinhalb Überstunden gutgeschrieben bekommen.

Daraus haben sich dann viele Gespräche und auch ein paar Treffen nach Feierabend entwikkelt, wo wir viel rumüberlegt haben, wie wir die Verhältnisse in der Post zum Tanzen bringen könnten. Wir machten Aufkleber gegen den Krieg und welche gegen den öden Arbeitsalltag und verklebten sie im ganzen Postgiroamt (22 Stockwerke). Im Arbeitsalltag haben wir gemeinsam mit ein paar Gleichgesinnten die Pausen verlängert und die Arbeitszeiten verkürzt. Ein beliebtes Spiel während der Arbeit war das Erfinden von Geschichten, wo man beim Zuhören und Mitdenken unmöglich arbeiten kann. Eine andere beliebte Version, sich vor der Arbeit zu drücken, war der ständige Gang zum Personalrat. Die Dreitageregelung wurde dankend in Anspruch genommen und die Arztpraxen hatten zudem Hochsaison.

In unseren Gruppentreffen haben wir diesen Verhaltensweisen ein Symbol verpaßt: Blindenbinde mit drei Posthörnern. Aber bevor wir die Armbinden genäht haben, kippt die Stimmung im Büro. Von oben kommen immer penetrantere Übernahmegerüchte, das Verhalten der Zeitverträgler differenziert sich noch weiter.

Auf unseren Treffen nach Feierabend diskutieren wir nun vor allem diese Spaltung: Wir überlegen uns, an den Hoffnungen der anderen auf Festeinstellung anzusetzen und gegen die individuelle Kriecherei mit Vorschlägen für kollektive Aktionen anzugehn - die Forderung nach Festeinstellung für alle ist der Ansatzpunkt.

In den nächsten Wochen laufen wir vom Personalrat zu Vorgesetzten und zurück, um rauszukriegen, was nun wirklich geplant ist. Es gibt ne Menge Wirbel, und schließlich werden die Übernahmegerüchte zurückgenommen. Aber das ändert nichts daran, daß einige weiter reinklotzen und auch noch versuchen, ihre Leistungsvorstellungen anderen aufzudrücken. An der Frage der Festeinstellung hat sich die Gruppe gelähmt. In der Diskussion gehts jetzt um die Verhandlungsfähigkeit der Forderung - sie steht jetzt provokativen Aktionen entgegen. Wir legen die Armbinden erstmal auf Eis und verabreden uns zum Blaumachen, um den ganzen Kram mal genau zu besprechen.

Gleichzeitig gibt es ständig Verwarnungen für Aufsässigkeit und mangelndem Arbeitseifer: »Wir beschäftigen eine ganze Etage, um euch unter Kontrolle zu halten«. Aber das turnt kaum noch, der Dampf ist bei den meisten raus. Neue Gerüchte werden ausgestreut, der Druck von oben nimmt zu und schließlich flüchten sich die »Aufmüpfigen« in individuelle Lösungen. Der Krankenstand steigt bis Vertragsende auf 60%. Nach vier Monaten sind fast nur noch die Arbeitsamen da, die nach Ende des Vertrags dann auch alle mit einer Festanstellung belohnt werden. Aber den Versuch, ihre Lücken mit Zeitverträgen zu stopfen, hat die Postbank inzwischen anscheinend für gescheitert erklärt.

Wir sind nicht eure Kofferträger!

Irgendwo in einem dieser typischen neuen Gewerbegebiete am Stadtrand. Eine Unzahl von Auslieferungslagern und kleinen Fabriken. Darunter eine Kofferfabrik, renommierte Markenfirma mit Qualitätsruf. Sie sucht dringend Arbeitskräfte.

Der Lohn: In den ersten sechs Wochen Probezeit mit täglicher Kündigungsfrist 11,50 Mark brutto. Danach, so erzählen sie dir, werde der Lohn natürlich steigen.

Die Belegschaft: überwiegend Frauen, insgesamt etwa 100 Leute. Betriebsrat oder Gewerkschaft gibt es nicht, darum kümmert sich der Fabrikbesitzer persönlich, der jeden Morgen durch sein Werk geht und die Arbeit begutachtet. Die Versprechungen auf mehr Lohn entpuppen sich schnell als Schwindel: kaum eineR hat mehr als 13 Mark.

Am Abend des ersten Tages ist klar, warum sie jedeN nehmen, und warum soviele nach ein paar Tagen wieder abhauen. Wie die überwiegend jungen Arbeiterinnen hier behandelt werden, erinnert an Beschreibungen aus Südkorea. Das schlimmste ist nicht einmal der Terror der Meister, sondern daß die meisten Stammleute – Leute, die es länger als ein Jahr dort ausgehalten haben – diesen Terror mittragen. Der ganze Tag besteht aus Erniedrigungen: Wegen des kleinsten Fehlers scheißen sich die KollegInnen gegenseitig an, es wird penibel auf die Einhaltung der Arbeits- und Pausenzeiten geachtet. Wer 30 Sekunden (!) vor dem Klingelzeichen die Maschine verläßt, bekommt einen Anschiß – nicht nur vom Meister, sondern auch von KollegInnen.

Der Arbeitsprozeß selbst ist fließbandmäßig zerstückelt. Wochenlang machst du eine bestimmte Arbeit, an Maschinen, die meistens mit Fuß- oder Handkraft funktionieren und deinen Körper ruinieren. Eine türkische Kollegin fand die richtigen Worte: »Sie behandeln uns hier wie Tiere!«
Viel schneller als in mancher Großfabrik kommen wir in einen engen und vertrauensvollen Kontakt mit Leuten, die auch erst ein paar Tage da sind. Die Arroganz und das Klima der Konkurrenz und gegenseitigen Bespitzelung, das von den Stammleuten ausgeht, bringen die Neuen zusammen. Trotzdem versuchen wir, auch mit einigen der Stammleute in Kontakt zu kommen, mit ihnen über ihre Bedingungen zu reden, ihnen zu sagen, daß der hiesige Terror keineswegs normal ist, daß wir in anderen Fabriken für so eine Arbeit mehr Geld bekommen würden usw.
Der Kontakt mit den Stammleuten ist ein gefährliches Spiel. Nach und nach kriegen wir mit, *wie* verbreitet die Tratscherei unter den Kollegen und auch mit den Chefs ist. Später haben wir uns doch gewundert, wie genau manche unserer Gespräche dem Personalchef übermittelt wurden.

Wir verbreiten die Idee, irgendwas zu machen, z.B. 10 Leute gehen zusammen aufs Büro, oder noch besser, 20 Leute streiken. Viele von den Neuen sind sofort bereit mitzumachen. Spätestens nach der Probezeit hat jedeR kapiert, daß sich das Hoffen auf mehr Lohn oder eine Besserung der Bedingungen nicht lohnt. Trotzdem bleibt es ein Kreis von 5 oder 6 Leuten, hauptsächlich Typen. Bis wieder ein oder zwei dazukommen, haben zwei andere die Arbeit schon hingeschmissen. Die Hoffnung, zu kämpfen und damit seine Würde gegenüber den alltäglichen Demütigungen zurückzugewinnen, reicht nicht, um in dieser Fabrik einen Kreis von Leuten länger zusammenzuhalten. Ein weiteres Problem (für uns Typen) ist, daß in solchen Betrieben mit Frauen zu reden oft bereits als Anmache ausgelegt wird. Und die Spaltung in Frauen- und Männerlöhne wirkt: Viele Frauen sagen erstmal, 11,50 sei für sie doch ein »guter« Lohn, für Männer sei das natürlich zuwenig!

Wir probieren die Agitation der Tat, verhalten uns bewußt anders, überschreiten die vielen kleinen Anordnungen, von der Pausenregelung bis zum Verbot, mehr als drei Zigaretten am Tag zu rauchen. Wir suchen den Streit mit den Meistern, und lassen sie mit ihrer Brüllerei auflaufen. Auch einige Stammleute beginnen, diese Verhaltensweisen zu übernehmen, zunächst mal mit dem defensiven Spruch »Ja, wenn die das dürfen!« Offensichtlich haben wir einen gewissen Spielraum, da die Fluktuation Kosten verursacht, und die Stammleute das ständige Anlernen von Neuen leid sind. Sie können nicht bei der kleinsten Unbotmäßigkeit gleich kündigen.
Weil es uns nicht gelingt, zu einer gemeinsamen größeren Aktion zu kommen, werden wir von einigen als »Anführer« betrachtet. In den Pausengesprächen fragen uns manche: »Wann streiken wir jetzt?«
Hätten wir uns auf eine längerfristige Perspektive in dieser Klitsche eingelassen, hätten uns die KollegInnen sicher gedrängt, Betriebsräte zu werden. (Das Problem von Stellvertreterpolitik fängt nicht erst an, wo wir uns formal wählen lassen – es muß schon früher bekämpft werden!)

Aufkleber und Flugblatt: Wir entscheiden uns schließlich, ein Flugblatt zu den wichtigsten Punkten (Lohn, Prämie, Klima unter den KollegInnen) zu machen, und es von Freunden vor dem Tor verteilen zu lassen. Wir hatten in den Tagen zuvor schon ähnliche Aufkleber zusammen mit einigen KollegInnen im Betrieb verklebt. Daher war allen klar, daß die Flugblätter von Leuten, die dort arbeiten, kamen.
Das Flugblatt schlug wie eine Bombe ein. So was hatte es in diesem Familienbetrieb bisher nicht gegeben. Es herrschte helle Aufregung, allein über die Tatsache, daß da was verteilt wurde, was die Situation im Betrieb kritisierte. Aber selbst diejenigen, die das als anstößig empfanden, meinten nach genauerem Lesen, daß eigentlich alles stimmen würde. Das Flugblatt konnte zwar keine Aktionen auslösen, aber es polarisierte. In der kurzen Zeit danach, die wir noch mitkriegten (wir flogen dann erwartungsgemäß bald raus), wurde deutlicher, wer sich offen auf die Seite des Betriebs und der Chefs schlug, und wer die Kritik aufnahm.
Bei allem Frust darüber, was für Zustände in manchen Fabriken herrschen und wie diese von den ArbeiterInnen selbst mitgetragen und produziert werden, hat diese Erfahrung uns auch gezeigt, wieviel wir bewegen können.

In den folgenden Monaten war auffällig, daß diese Firma überhaupt keine Stellenanzeigen mehr aufgab und auch über das Arbeitsamt nicht suchte. Entweder sie haben ihre Expansion verlangsamt, um die Arbeitsbeziehungen nicht in die Krise zu bringen, oder sie stellen jetzt anders ein, nur noch persönliche Bekannte der Stammleute usw. Unsere Kontakte, die wir noch eine Zeit zu Leuten im Werk hatten, sind dummerweise abgerissen ...

KHD-Motorenwerk Köln
Kolbenfresser?

Auch der Kölner Maschinenbaukonzern KHD schafft Arbeitsplätze: für Privatdetektive!
Ende Februar lagen sie tagelang morgens ab fünf Uhr früh vor den Werkstoren in Deutz auf der Lauer. Objekt ihrer Begierde waren Flugblätter, die seit einiger Zeit regelmäßig vor der Fabrik verteilt werden. Sie rechneten damit, daß wir in diesen Tagen wieder eine dieser Hetzschriften verteilen würden. Als sie am 26. Februar dann endlich zuschlagen konnten, fiel ihnen ein Flugblatt mit dem Titel *»Wir lassen uns nicht einseifen!«* in die Hände. Mit Hilfe der herbeigerufenen Polizei konnten sie zwei der VerteilerInnen dingfest machen – und nervten in der Folgezeit sie und ihren Bekanntenkreis mit Anrufen und Nachforschungen.

Die mächtige Konzernleitung muß schon ganz schön in der Klemme stecken, wenn sie zu solchen Methoden greift. Für den 27. Februar hatte sie eine »Belegschaftsinformation« für die gesamte Deutzer Motorenfabrik angesetzt. Dort sollten die Arbeiter endlich »aus erster Hand« über die Zukunft der Fabrik, die Sicherheit der Arbeitsplätze und ihre Perspektiven informiert werden.

Davor waren die Kollegen nämlich über Flugblätter informiert worden, was ihre Chefs mit ihnen so vorhaben. Es wurden Dinge öffentlich gemacht, die die Konzernleitung lieber für sich behalten hätte:
»Neue Fabrik in Porz - Keine Perspektive für uns! Neukirchen und seine Leute haben beschlossen, ihre neue Motorenfabrik in Porz ohne die Belegschaft von Deutz aufzubauen.« (Dezember 1990) Die Pläne des Konzern zur allmählichen Auslagerung der noch in Deutz verbliebenen Teilefertigung und zur späteren Schließung der ganzen Fabrik wurden im Einzelnen erläutert. [Für Nicht-KölnerInnen: Deutz und Porz sind rechtsrheinische Stadtteile von Köln.]
Das verstärkte die Unruhe im Betrieb. Und die gab es sowieso schon. KHD-Chef Neukirchen, der sich damit brüstet, eine »Meisterleistung in der deutschen Industriegeschichte« vollbracht zu haben, hatte in seiner vierjährigen Amtszeit gnadenlos aufgeräumt: Auslagerung, Entlassungen, Ersatz der Festangestellten durch eine Unmenge von befristet Eingestellten und Leiharbeitern, Steigerung des Bandtempos und des allgemeinen Drucks ...

Streik und Niederlage
1989 hatten die KHD-Arbeiter in allen Betrieben gegen geplante Entlassungen gestreikt. Als 4000 vor dem Verwaltungsgebäude demonstrierten, wurde schließlich verkündet: Es gibt keine weiteren Auslagerungen und Entlassungen. Stolz wedelte Betriebsratsvorsitzender Behrend mit einem Papier, das den Erhalt aller Fertigungsbetriebe versprach. Diese »frohe Botschaft« (Lokalpresse) stellte sich schnell als übler Schwindel heraus. Das Verhandlungsergebnis enthielt keinerlei Zusagen und ermöglichte weitere Auslagerungen. Die Belegschaft resignierte, weil sie sich doppelt betrogen fühlte – von der Konzernleitung *und* vom Betriebsrat. Die Auslagerungen gingen weiter. Heute arbeiten im Motorenwerk noch 1800 Leute. 1980 waren es noch über 3000.

Aber gegen die ganzen alltäglichen Sauereien, die mit der Umstrukturierung verbunden sind, entwickelte sich ein untergründiger Widerstand. Dazu schrieben wir im Flugblatt vom Dezember: *»In der Montage hat Herr N. durch die Verlagerungen ein enormes Chaos angerichtet. Ständig waren Teile nicht angeliefert worden, oder es wurden fehlerhafte Teile eingebaut. Drei Schichten mußten gefahren werden, um trotz Fehlteilen Motoren in der Stückzahl von zwei Schichten zu montieren. In der Montage wurden wir angetrieben und beschimpft wie noch nie. ... Aus allen anderen Betrieben wurden ›Freiwillige‹ ans Band gezwungen. Der Krankenstand schnellte rapide in die Höhe. Die Folgen: überall in der Umgebung standen Revisionsmotoren. Die Reklamationen der Kunden häuften sich immer mehr. ...«* Der Ruf von KHD sackte in den Keller. Auf der Betriebsversammlung Ende 1990 sagte Neukirchen: »Alles hängt nächstes Jahr von der Qualität ab.«

Umstrukturierung
gegen Arbeitermacht

Das Management bei KHD sagt offen, worum es ihnen geht. In einem internen Strategiepapier heißt es, daß die komplette Auslagerung der Teilefertigung (d.h. der Vorprodukte für die Montage) nicht aus Kostengründen erfolgt, sondern um flexibler zu werden. Die Teilefertigung wird zu kleinen Firmen oder ins Ausland verlagert, weil dort je nach Bedarf ArbeiterInnen eingestellt oder entlassen werden können, die Produktion mit Überstunden raufgefahren und wieder runtergeschraubt werden kann. Bei KHD geht das nicht so leicht. Schon ihr Versuch, die Produktion mit dem massiven Einsatz von Leiharbeitern und befristet Beschäftigten zu »flexibilisieren« und die Akkorde zu verschärfen, brachte sie in große Schwierigkeiten: hoher Krankenstand, schlechte Qualität bis hin zur offenen Sabotage.
Umstrukturierung ist kein technischer Vorgang, sondern ein Angriff auf alte Arbeiterstrukturen. Bei KHD wird das ganz deutlich. Die Belegschaft im Deutzer Motorenwerk läßt sich nicht alles gefallen. Mit dem Aufbau des neuen Motorenwerkes in Porz sollen die sozialen Strukturen radikal umgekrempelt werden: eine neue Belegschaft aus jungen, qualifizierten Facharbeitern, eine völlig neue Arbeitsorganisation (Standmontage statt Fließband) und, wenn's nach Neukirchen ginge, eine »ausländerfreie« Fabrik.
In der letzten Zeit wird den Arbeitern immer klarer, was da auf sie zukommt. Den Verlautbarungen der Firma schenken sie kein Vertrauen mehr. Auch bei Leuten, die dort 10, 20 oder 30 Jahre gearbeitet haben, für die KHD »ihre« Firma gewesen war, zerbröckelt die Identifikation. Die meisten wollen jetzt irgendwie raus, sei es mit Frühverrentung oder mit Abfindung. Aber KHD weigert sich, dafür Kohle locker zu machen.
Die Umstrukturierung steht zur Zeit auf wackligen Füßen. Für den Aufbau der neuen Fabrik braucht der Konzern 600 Millionen. Von der Deutschen Bank, dem Hauptaktionär, wird er das Geld nicht bekommen. Also muß es irgendwie aus den Leuten in Deutz herausgepreßt werden, bevor dieser Betrieb dichtgemacht wird. Das ist die Zwickmühle: Wie bring ich die Leute dazu, nochmal mächtig reinzuhauen, damit ihre eigenen Arbeitsplätze durch neue, für ganz andere Leute ersetzt werden können? Der größte Teil der Gewinne, die Neukirchen in letzter Zeit vorweisen konnte, stammen aus dem Verkauf von Betriebsteilen und Grundstücken. Der Terror an den Bändern führte dagegen zu schwerwiegenden Qualitätsverlusten.

Die Arbeiter
melden sich zu Wort ...

Anfang dieses Jahres wurden weitere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität bekannt: für 1991 wurde »ein einfallsreicher Maßnahmenkatalog erstellt, um aus weniger Leuten viel mehr Geld herauszuquetschen.
Folgendes ist geplant:
- Akkordzeiten werden verkürzt.
- Rüstzeiten werden reduziert.
- Zeitlöhner werden auf Akkordarbeitsplätze umgesetzt.
- Die nichtproduktiven Zeiten werden um die Hälfte reduziert.«

Ende Januar legten daraufhin 400

Arbeiter für einige Stunden in den unmittelbar von Schließung betroffenen Betrieben die Arbeit nieder. Nachdem sich der Streik im Betrieb herumgesprochen und die Lokalpresse darüber berichtet hatte, wurde auch in anderen Abteilungen die Produktion durch selbsteinberufene Versammlungen unterbrochen. Jetzt mußte die Konzernleitung handeln. Sie kündigte eine »Belegschaftsinformation« an, um die Stimmung zu beruhigen. Einen Tag vorher verteilten wir das oben erwähnte Flugblatt *»Wir lassen uns nicht einseifen!«* Und ein Versuch zum Einseifen wurde es auch: eine gutgemachte Multimedia-Propagandashow, KHD-Fähnchen »Ja zu Deutz und Porz« und eine erschlagende Fülle von Zahlenspielereien über die zukünftige Entwicklung. Gleichzeitig wurden Versprechungen gemacht: die Mannschaft in Porz werde aus Deutz kommen, jeder, der umgesetzt wird, bekäme einen besseren oder mindestens gleichwertigen Arbeitsplatz, die Arbeitsbedingungen an den Bändern sollten verbessert werden und alle könnten in den Genuß weiterer »Qualifizierung« kommen. Es werde auch keine Entlassungen geben, denn die »natürliche« Fluktuation reiche aus, um bis 1996 nochmals 740 Arbeitsplätze abzubauen.

»Wir werden rausfluktuiert!«

So recht glauben wollte die schönen Worte sowieso niemand mehr. Und schon die Entwicklung in den Wochen danach nahm den Versprechungen jede Glaubwürdigkeit.
»Bis jetzt hat von den Facharbeitern jeder einen schlechteren Arbeitsplatz bekommen. ... Die Umsetzung ans Band wird als reine Schikane benutzt, um uns aus der Firma rauszudrängen. Und wie sieht die versprochene ›Qualifizierung‹ aus? Damit wollen sie uns nur fertigmachen. Innerhalb von ein paar Stunden sollen wir die Takte können... Alle paar Tage kriegen wir neue Takte und dann werden wir angeschnauzt: ›Kannst du das immer noch nicht!‹ Ein Meister hat verlangt, daß wir innerhalb einer Woche einen ganzen Motor alleine zusammenbauen können.« Der Terror geht so weit, daß jetzt schon Leute selber kündigen, weil sie den Druck nicht aushalten. So entsteht also die »natürliche« Fluktuation, die sie brauchen, um Arbeitsplätze ohne die Zahlung von Abfindung oder Frühverrentung abzubauen.
Aber der Widerstand geht weiter. Die Streiks vom Januar sind nicht vergessen, Leute beharren auf ihren Rechten, der Krankenstand an den Bändern ist hoch. Mit dem jetzigen Terror wird es KHD nicht schaffen, die Kollegen gefügig zu machen.

Zunächst hatten die Chefs versucht, Leute aus stillzulegenden Abteilungen der Teilefertigung kurzfristig ans Band oder in andere Abteilungen zu versetzen und so auseinanderzureißen. Das haben sie nicht geschafft. Die Arbeiter bestanden darauf, sich nur gemeinsam und gleichzeitig versetzen zu lassen. Die Chefs mußten nachgeben und sind jetzt auf einmal bereit, auch Abfindungen rauszurücken. Den versetzten Arbeitern will KHD dafür jetzt Drei-Schicht-Betrieb aufzwingen – und holt sich damit neue Konflikte in die Abteilungen!

Die Aufgabe unserer Flugblätter sehen wir darin, diesen Kampf zu unterstützen und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Betrieben und Abteilungen zu verbessern.
Alle Zitate stammen aus Flugblättern, die vor dem Werk verteilt wurden, und deren Aussagen auf den Diskussionen der Arbeiter untereinander beruhen.
Wilde Katze Köln, c/o Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1, Köln 30

Uni-Klinik Freiburg:
Aktionen, Zoff und Umstrukturierung

Seit dem Ende der europaweiten Bewegung der Krankenschwestern 1989 geht bei uns zum ersten Mal ein Konflikt wieder über den alltäglichen Kleinkrieg auf einzelnen Stationen raus. Damals haben wir auf etlichen Versammlungen über unsere Vereinzelung im Betrieb diskutiert, auf Demos massenhaft unseren Frust über die Arbeit in der Klinik rausgelassen.... Obwohl allen klar war, daß es damit nicht beendet war, hat die Gewerkschaft dann mit dem Tarifabschluß den Deckel draufgemacht, die Bewegung wurde offiziell für beendet erklärt. Wir und viele andere haben versucht, uns auf den Stationen zu organisieren, es gärte weiter ... aber diese Konflikte gingen nicht über die Stationen raus.
In einer Klinik der Freiburger Uni-Kliniken haben es PflegerInnen nun wieder hingekriegt, sich gemeinsam zu wehren. Es entwickelte sich ein zäher Machtkampf zwischen PflegerInnen und Hierarchie (Verwaltung und ärztliche Direktoren). Der Konflikt spitzte sich zu und führte zum geschlossenen Versetzungsantrag von 52 Schwestern und Pflegern. Drei Stationen mußten geschlossen werden.
Die Arbeitsbedingungen in diesem Teil der Freiburger Uniklinik waren nicht beschissener als in den anderen Abteilungen. Der Unterschied besteht darin, daß sich 60 PflegerInnen über die Stationsgrenzen hinaus konkrete Schritte gegen den Arbeitsstreß überlegt und auch umgesetzt haben. Den größten Stunk gab es an der Frage der Bettenbelegung. Sind weniger Betten belegt, bedeutet das für die PflegerInnen weniger Arbeit, für die Direktoren weniger Geld. In einer Situation extremer Arbeitsbelastung führen schon kleinste Verschiebungen im Dienstplan zur mittleren Krise. Immer häufiger forderten die Leute deshalb Bettenschließungen; außerdem verfaßten mehrere Stationen ein Papier, mit dem sie den Doc's darlegten, wie sie sich zu verhalten haben (wann Visiten sind, wieviele Aufnahmen pro Tag etc.). Bei Nichtbeachtung gab's dann schon mal Arbeitsverweigerungen.
Die Situation spitzte sich weiter zu, als die ärztlichen Direktoren immer weniger bereit waren, auf die Forderungen der PflegerInnen einzugehn. Ende März kam es zum Eklat. Die Pflegedienstleitung (die sich in den vergangenen Wochen immer häufiger auf die Seite der PflegerInnen gestellt hatte) wurde für die Renitenz auf den Stationen verantwortlich gemacht und aus ihrer Funktion für diesen Bereich entlassen, weitere Umstrukturierungen angekündigt. »Sie haben hier nur Pflichten, keine Rechte«, solche und ähnlich drastische Äußerungen kamen von den Chefs.
Daraufhin beantragten 52 von 60 ArbeiterInnen ihre gemeinsame Versetzung in eine andere Abteilung, und drohten für den Fall der Ablehnung ihrer Anträge mit Kündigung. 62 Betten mußten deshalb geschlossen werden. Die Verlegung der Patienten auf andere Stationen führte dort zu immenser Mehrarbeit und zum Versuch, PflegerInnen von anderen Stationen ins »Krisengebiet« abzuwerben.

Wir haben in unserer Gruppe (siehe Wildcat 55) diskutiert, was wir machen könnten, und entschlossen uns kurzfristig zu einer »Sponti-Aktion«. Wir verteilten vor der Personalversammlung des Personalrats ein kurzes Flugblatt und hielten einen Redebeitrag zu dem Konflikt. Solche Versammlungen sind sonst immer furchtbar langweilig (»Tätigkeitsberichte«), deshalb hatten wir noch ein paar Fähnchen mit kurzen Kommentaren zu den Beiträgen der Chefs gebastelt, z.B. »Mehr Mantawitze«, »Herr schmeiß Hirn vom Himmel«. Insgesamt gelang es uns, auf der Versammlung eine Debatte zum Thema anzuzetteln.
Inzwischen fand der Konflikt auch ein breites Echo in den Medien. Das wirkte in die Klinik zurück: Die Zeitungsartikel wurden rumgereicht, die weiteren Auswirkungen auf die Arbeitssituation klinikweit diskutiert. Denn die Umstrukturierung ist inzwischen in vollem Gang. Es gibt ein internes Papier der Klinikleitung, die kleinen Stationen dichtzumachen, weil es schwer ist, gegen die dortigen Strukturen der ArbeiterInnen mehr Arbeit durchzusetzen.

Auf dem nächsten Treffen beschlossen wir dann, ein ausführlicheres Flugi zu verteilen und zu einer Veranstaltung einzuladen. Daraus haben sich inzwischen wöchentliche Versammlungen von etwa 30 Leuten entwickelt, die immer wieder mit Flugis einzugreifen versuchen. Wir diskutieren bisher viel über die laufenden und anstehenden Umstrukturierungen. Wir müssen jetzt genauer rauskriegen, wie sich die Leute gewehrt haben und warum es letztlich so gelaufen ist. Die 50 »aufmüpfigen« PflegerInnen haben gemeinsam eine gewisse Stärke entwickelt. Scheinbar nicht genug, sonst wäre es der Verwaltung schwerer gefallen, die Oberhand zu gewinnen. Der Konflikt blieb doch begrenzt auf eine Teilklinik. Aber sie haben sich an einem Punkt gewehrt, der alle betrifft – und darin liegt Sprengstoff.
Vor zwei Jahren hing die Bewegung eng an der »Versammlungsstruktur«. Als die sich auflöste, war viel die Rede von Rückzug in individuelle Geschichten wie Kündigung, krank machen etc.. Die jetzigen Konflikte zeigen in eine andere Richtung....

Leo: So 81/82 ging das hier los. Die Wurzeln der Punkbewegung in der DDR sind nicht in Berlin, sondern eher in Erfurt, Thüringen, Weimar, Karl-Marx-Stadt... Im Süden gab es schon viel früher und auch viel mehr Punks als in Berlin, eher noch so ursprüngliche Asselpunks. Die in Berlin waren schon immer anders drauf – da gab es früher oft Kloppe: jetzt kommen die arroganten Berliner und so. Im Süden der Republik haben sie mehr ihre eigene Kultur entwickelt, das war eigenständiger, echter irgendwie.

Ron: Das merkst du auch jetzt noch, im Süden ist immer noch ne andere Szene, Dresden erinnert mich noch heute an die DDR, die Leute hören sich mehr zu, haben mehr Zusammengehörigkeitsgefühl. In Ostberlin hat sich das sehr schnell an eure autonome Szene angeglichen.

L: Punk war am Anfang ne reine Modebewegung, nicht anders als Popper, New Wave oder New Romantics später. Die Punkbewegung wurde eher zu etwas gemacht, was sie anfänglich gar nicht war: der Staat hat sie richtiggehend in die Rolle ner Protestbewegung reingeprügelt – sonst hätte sich das ziemlich schnell wieder verlaufen. Aber so haben Leute ganz gezielt gesagt: »Ich hab keinen Bock mehr und möchte protestieren .. da kann ich ja da hingehen.« Ich hab zum erstenmal Punks gesehen im Kulturpark Berlin, die haben sich nach meinem damaligen Eindruck mächtig frei benommen – ich war zwölf: Die saßen in der S-Bahn auf dem Fußboden, Tür aufgemacht und rausgerotzt, in der S-Bahn geraucht... Und alle Leute in der S-Bahn waren empört.

Mit 14, direkt die Woche nach der Jugendweihe, hab ich mir das erste Mal so Dinger oben von der Gardinenstange ...

R: ... Eumel ...

L: ... Eumel ins Ohr geklemmt, so'n völlig verschissenes Lederjacket von meinem Alten und irgendwelche Stiefel angezogen, bin zu der Friseuse hoch, die hat mir so'n kurzen Streifen in der Mitte hochgemacht... Später kam ich dann nach Potsdam an diese Schule. Da war ne ganz gemischte Szene, das war für mich die eigentliche Punksache, da hat es überhaupt keine Rolle gespielt, was du anhattest, das war einfach Fun, n Haufen Alkohol, n Haufen Spaß...

Die Zeit, wo ich sagen würde, ich war n richtiger Punk, kam dann in der Lehre, wo sie mir dann aber auch wirklich auf die Nerven gegangen sind damit. Meine Eltern haben angefangen, auf mir rumzuhacken, in der Schule wurde ich rausgekantet, war dann nicht mehr sehr gut. Da bin ich dann Maurer geworden. Und auf dem Bau war's echt Stress mit den Kollegen.

Später wurde das breiter und war deshalb auch nicht mehr so 'n Drama für die einzelnen Leute. Auf dem Frühlingsfestival 88 waren 1000 Leute, das war das Punkfest schlechthin in der DDR, danach ging's bergab. Im Jahr danach gab's schon die tierischen Schlägereien.

In einem totalitären Staat ruft so eine Bewegung starke Reaktionen hervor. Aber nicht nur vom Staat, sondern auch von den Mitbürgern, oder?

L: Es gab auch andere Sachen: in einem Café haben wir mal n älteren Typ getroffen, der hat uns ne Flasche Wermut spendiert, die haben wir mit ihm zusammen ausgesoffen. Dann hat er die nächste spendiert und fing an zu erzählen, daß er das gut fände von uns, daß wir so mutig sind, mit solchen Frisuren rumzulaufen, er hätte früher mal lange Haare gehabt, die hatten die Bullen ihm mit Gewalt abgeschnitten... Und dann gab 's so Typen, z.B. im Bus: »Das müßte mal meiner sein!...« und sich dann ausgemalt haben, was sie mit dir machen würden. Die Bullen wollten ständig den Ausweis sehen, haben immer provoziert, bis du was falsch machst, damit sie dich mitnehmen können. In Potsdam ging es ab 84/85 mit herben Verhaftungswellen los, wo reihenweise Punks einkassiert wurden. Die Anklagen waren Rowdytum, Körperverletzung und so. Unter einem Jahr ging das selten ab, ich hatte zwei...

Kamen viele in den Knast?

L: Von den Leuten, mit denen ich zusammen war, von dem großen Bekanntenkreis, 80 Leuten oder so, waren vielleicht fünf nicht im Knast. Im Laufe der Jahre waren in der DDR bestimmt wesentlich über 1000 Punks im Knast...

Was hat die Punkbewegung gesamtgesellschaftlich bewirkt?

L: Ich sag jetzt n Satz, den ich schon lange mal aussprechen wollte – da müßt ich eigentlich die rote Fahne dazu in die Hand nehmen: Die Punks, die Leute, die aus der Punkbewegung gekommen sind oder von ihr beeinflußt wurden, waren die Leute, die diesen ganzen Umsturz mit bewirkt haben.

Moni: Da fehlt mir was. Am Anfang war es eine Modebewegung und am Ende hat sie das Regime gestürzt... Wie kam das?

L: Wenn du ein Jahr lang im Knast warst, und die drei Jahre lang versucht haben, dich reinzukriegen, dich vermöbelt haben und sonst was mit dir angestellt haben, dann hast du keine Angst mehr. Zum Beispiel die allererste Wahldemo am 7. Juni... Da wollten wir demonstrieren, unseren Protest deutlich machen. Und wenn du im Osten auf die Straße gegangen bist, und seien es nur 20 Leute, dann hast du n Unding veranstaltet, das war echt ein Mittel hier. Aber das konnten nur Leute machen, die keine Angst mehr hatten. Wenn du einem Bullen gegenüber stehst, der sagt: »Alter, ich werd dich jetzt vermöbeln und dann gehst du für vier Monate in die Kiste« – und du sagst dem: »Damit kannst du mich nicht mehr erschrecken!« Mein Großvater hätte sich das sicherlich nicht getraut! Aber wir Punks kannten ja keine Autorität mehr, hatten uns frei gemacht davon. Die FDJ oder der Staat mit seinen ganzen Institutionen, die konnten uns nicht greifen. Dadurch war das erst möglich, daß das Leute machen konnten....

R: Zu dieser ersten Wahldemo haben wir uns in der Grünstraße vor dem Kirchenamt für das Land Brandenburg getroffen, und dann sollte gemeinsam die Petition beim Staatsrat abgegeben werden, direkt. Von der Grünstraße aus sind wir dann spontan zum Alex gezogen. Das war gut, da konnten Bullen und Stasi nichts machen, weil sie mit der Art von Auseinandersetzung nicht umgehen konnten. Wir mitten auf den Alex vor diese Marienkirche. Das wurden dann immer mehr, und da hast du jede Menge Leute getroffen, die du kanntest.

Und dann kam die Scheiße: Nachmittags ging's von der Marienkirche in die Sophienkirche. Wir sind alle hin, viele Zivis mit rein – heute würde man denen auf die Fresse hauen – damals dachten wir »laßt sie sitzen, wir tun ja nichts Unrechtes...«

L: Das war sowieso scharf! Wir hatten ein geiles Rechtsbewußtsein! Wir haben immer gesagt: Wir tun ja nichts Unrechtes!

R: Dann war da stundenlanges Warten. Wir wußten gar nicht, auf wen!

L: Wir saßen in der Kirche und wollten losgehen, da fingen die an, »so jetzt wollen wir erst mal beten« und dann haben sie gebetet, Alter!

R: »Wir beten für die Gefangenen ...«

L: »... und wir beten für die Schafe auf dem Mond und für die Tiere in Alaska, und für die Kranken und für die Wehrdienstverweigerer und für den Verband der Kleintierzüchter....«, für wen der auf einmal alles beten wollte! Der hat wirklich vorgeschlagen, jeden einzeln durchzubeten – bloß damit da keiner rausgeht!

R: Die Idee war aber gewesen, daß wir in ner Demo zum Staatsrat gehen und es da Herrn Stoph oder Herrn Sindermann persönlich übergeben. Jedenfalls gingen dann Mecki und Leo nach vorne, haben das Mikro an sich gerissen ...

L: Wir haben es dem Passauer weggenommen: »So Alter, du hast genug gelabert!«

R: Und dann »Los, wir gehen jetzt raus!«, und dann ging's auch schon los mit dem ollen Sarg und der Wahlurne und n paar Transpis. Aber vor den Toren hatte sich die Stasi aufgebaut, sie hatten ja auch lange genug Zeit gehabt. Und da kamen wir halt mit dem Sarg, und auf dem Kirchenvorplatz war schon alles vorbei, die haben gleich dicht gemnacht und schon das erste Mal draufgeknüppelt.

Punks

L: Die haben sie mit Reisebussen angekarrt, die Bullen, mit Reisebussen!
R: Da mußte ich dann absetzen, und danach waren wir in zwei Hälften gespalten; die Kirchis haben sich natürlich hingesetzt und eingehakt, und wir Punks standen allein rum. Dann wurde mit den Bullen verhandelt und dabei kam raus: Sechs Leute gehen zum Staatsrat, und wir warten so lange, bis die zurückkommen. Und dann ist okay, und wir machen keine Demo.
L: Wir haben ne halbe Stunde lang mit den Bullen gelabert, das mußt du dir mal vorstellen! Wir haben die total mit unserer Moral vollgelabert, angebrüllt und so.
R: Die konnten nichts sagen, waren ganz baff. Aber dann ging's halt tierisch böse ab. Die haben Leute rausgerissen und hinter den Reisebussen tierisch zusammengeschlagen. In dem Bus, in dem wir saßen, gab's Randale, Scheibe rausgeprügelt und so, dem einen Bullen flog der Hut hoch. Da sind die affig geworden, da gab's echt herben Ärger!
L: Am 7. Oktober bei dieser saublöden Demo waren erst 3000 Bürger da, und hinterher vielleicht noch 300 Krautköppe, irgendwelche Kaputtnicks – von 3000 auf der Demo sind nur die übriggeblieben!
R: Wirklich: keine andern!
L: ... 300 Punker, die mit den Bullen ...
R: ... und die andern kommen mit Blumen!
L: 20 Bullen stellen sich über diese breite Straße, lächerlich, gegen 3000 Leute. 20 Bullen, ohne alles – in Ausgehuniform!
R: Das waren aber nicht nur die Punks, gerade bei der Wahlsache haben sich viele reingeworfen. Das hat angefangen mit jungen Leuten, die kirchliche Räume kriegten usw. Und '89 haben sich dann massenweise Kirchenfürsten und solche Leute reingehängt – und andere rausgedrängt. Bevor die Mauer weg war, war das schon gelaufen, Ratzfatz waren diese Typen an der Spitze und wir wurden rausgedrängt.
L: Das ging unheimlich schnell: 7. Juni - 7. Juli - 7. August - 7. September - 7. Oktober sind diese ganzen Demos gewesen, die das gekippt haben. Angefangen haben wir am 7. Juni. Und aus diesen Wahlbetrugsgruppen ist dann ziemlich schnell das *Neue Forum* entstanden. Das ist nicht von der Hand zu weisen, daß wir ein Teil der Kräfte waren, die das hier gekippt haben, ein ziemlich starker Teil. Am 7. Oktober, nach der ganzen Scheiße mit den Bullen sind wir heimgelatscht und haben uns drüber unterhalten, daß wir Mitschuld haben, wenn die Wiedervereinigung kommt, weil wir unseren Staat zu kippen geholfen haben. Da haben wir uns total beschissen gefühlt...

Wie konnte sich so eine Bewegung innerhalb von wenigen Monaten in ihrer großen Mehrheit in eine Bewegung für die freie Marktwirtschaft verwandeln?

R: Wir waren nicht »eine Bewegung«. Wir hatten ein Stück Weg gemeinsam: wir wollten gar keinen Staat und die wollten *diesen* nicht. Wir hatten mit den Demos angefangen, aber das ging unheimlich schnell in ne andere Richtung. Die Demo am 7. September auf dem Alex ging voll in die Hose, dann hieß es am 10. September wieder auf dem Alex, auf der Rückfahrt haben wir uns dann kurzfristig entschieden, an dem Tag in Potsdam ne Demo zu machen. Bei der sind dann viele eingefahren. Ab da ging's tierisch los. Ab September waren wir nur noch am Rotieren....
L: .... und haben uns völlig überrollen lassen ...
R: Wir haben uns das Zepter aus der Hand nehmen lassen, weil wir einfach keinen Bock drauf hatten...

Dann haben wir einen Sprung gemacht zu heute. Was auch damit zusammenhängt, daß wir die Zeit dazwischen noch sehr wenig aufgearbeitet und verstanden haben.

R: Die faschistischen Entwicklungen kommen nicht von heute auf morgen, das gab es schon eine ganze Zeit lang unter dem alten Regime.
L: Aber heute kommt das ganze Protestpotential gegen den aktuellen Sozialabbau dazu. Und da sind ständig irgendwelche Leute am Basteln, das für sich auszunutzen. Und für den Staat ist es besser, wenn das in Richtung rechter Radau geht, als wenn die Leute die wirklichen Ursachen für ihre Wut thematisieren.
R: Dieser Protest weitet sich grad von den Jugendlichen auf die ganze Bevölkerung aus. Ich bin in der Umschulung, und im Unterricht denken jetzt alle ziemlich genauso wie vor der Wende, nur halt jetzt gegen dieses System; die sind völlig hin- und hergeschüttelt worden innerhalb von zwei Jahren. Die sagen, daß alles Scheiße ist, daß das dieselben Schweine sind wie vorher, so in der Art.... Andererseits vergessen sie ihre eigene Schuld dabei, die reden alle so, als wenn sie nicht selber CDU oder SPD gewählt hätten...
Hal: Und dann gibt's andere, die nehmen's als Schicksal: »da müssen wir jetzt durch!«
R: Ich hab das Gefühl, daß die ganz schnell wieder nach was greifen könnten, was ihre Wut ausdrückt, eine Kraft, die durchgreift.
H: Die schieben auch alles auf »die Westler«. Das ist der neue Buhmann.
L: Da kommt ein ganz neuer Rassismus hoch gegen die Westbürger, echt herbe!
R: Das triffst du überall, hier im Konsum und sonstwo; die schieben n richtigen Haß.
L: Und zwar gegen alle *Menschen* aus dem Westen. Nicht gegen Politik, Technologie oder sonstwas, nöö es sind die Menschen, die Leute, die da wohnen!

Das funktioniert ja auf beiden Seiten. Im Westen wird gar nicht wahrgenommen, daß es hier so viele Streiks und Bewegung gab, vor lauter »Unsere Steuergelder fließen da hin«, »Die sind faul«.

L: Dieser Rassismus wird auch geschürt. Selbst das Republikaner-Blättchen gibt sich, als wären die Reps ne ostdeutsche Partei. Genauso diese Super-Illu vom Burda! Alle auf der Linie: »Wir Mitteldeutschen müssen uns jetzt wehren!«
R: Die Propaganda der Faschos ist voll auf die Ossis zugeschnitten.

Die Faschos gehen mit ihrer Propaganda so weit nach links, um die Massen zu erreichen, und die Linke bläst Trübsal! Die Linke (West wie Ost) hatte riesige Angst, daß alle Ossis auf Konsumtrip gehen und damit jahrelang ruhiggestellt werden. Aber heute schon gibt es eine breite Ernüchterung und eine Wut. Die Leute sind auf der Suche...

L: Ja, das stimmt. Die Leute wollen nicht so leben, wie sie leben. Wie sie das anstellen sollen, wissen sie selber noch nicht. Aber so wie jetzt wollen sie nicht leben...

die DDR

Europa? Europa?

1) Seit Mitte der 80er Jahre gibt es einen europaweiten Aufschwung der Arbeiterkämpfe.
Zunächst setzten sich überall die SchülerInnen und StudentInnen in Bewegung; 86/87 dann die französischen und italienischen EisenbahnarbeiterInnen, die italienischen LehrerInnen. Danach die Krankenschwestern in Großbritannien, Frankreich und der BRD. Bereits 87 kam es zu einer ersten Streikwelle in der Türkei, die im April 1989 in die bisher breiteste Bewegung der Arbeiterklasse in der Türkei mündete. Überhaupt meldeten sich 1989 auch wieder traditionelle Arbeiterschichten zu Wort: Die Peugeot-ArbeiterInnen im Elsaß kämpften für 1500 Francs mehr Lohn, in der BRD wurde ein breiter Lohndruck spürbar, dem viele Großfabriken mit Sonderzahlungen entgegenzukommen sich gezwungen sahen.*

2) Auf dem Hintergrund dieser Kämpfe hat »Europa 92« eine andere Dynamik gekriegt, als »seine Väter« sich das dachten.
Der Schwerpunkt der EG-Ausgaben lag bisher auf Agrarsubventionierung. Zielsetzung war die Umwandlung von Agrar- in Industriestaaten durch Bauernlegen bzw. gezielte Förderung von gewünschten Betriebsgrößen und Produkten. Mit der Terminsetzung »Ende 92« wurde der Schwerpunkt auf die Herausbildung einer Industriegemeinschaft verschoben. Diese Terminsetzung hat eine Dynamik ausgelöst, in der die EG zum »ziehenden« Binnenmarkt weltweit wird. Die Konzentration der Kapitalflüsse auf die Metropolen wird forciert und verstärkt nach Europa gelenkt. In den 80er Jahren findet Waren- und Kapitalexport seitens der Industriestaaten zunehmend in andere Industriestaaten statt. Statt Eroberung neuer Märkte und Produktionsstandorte in den drei Kontinenten konzentriert sich die Kapitalverwertung immer mehr auf die traditionellen Industriestaaten. Um hier eine Produktion auf höherer Stufenleiter durchzusetzen, gibt es weltweit die Tendenz zur Schaffung von Binnenmärkten – Zusammenschluß mehrerer nationaler Ökonomien zu wirtschaftlichen Großräumen.
Diese sind wirtschaftlich nicht homogen, sondern sehen im Gegenteil abgestufte Ausbeutungsniveaus vor. Spätestens seit der Süderweiterung (Griechenland, Spanien, Portugal) entwickelt sich die EG in diese Richtung.
In den 80er Jahren hat es in der EG schon eine weitgehende Angleichung der Sozialsysteme und Ausbeutungsstrukturen gegeben (Maßnahmen »gegen« die Jugendarbeitslosigkeit von staatlichen Niedriglohnprogrammen bis zur Einführung einer Lehrlingsausbildung; von Gesetzen zur weiteren Regelung der Prekarisierung bis zur Angleichung der Gewerkschaftsgesetze). »EG 92« soll nicht den »Thatcherismus« in ganz Westeuropa durchsetzen, wie dies vor allem Gewerkschaften und Sozialdemokraten propagandistisch behaupten. Ein »Sozialdumping« findet tatsächlich statt – aber gerade andersrum, indem in den anderen Ländern Arbeiterrechte beseitigt werden, die es in der BRD schon lange nicht mehr gibt.
Es geht um die Verlagerung planstaatlicher Instrumentarien von den Nationalstaaten auf die EG-Institutionen: EG-Regional- und Strukturfonds fördern bestimmte Ausbeutungsformen vorbei an parteipolitischen Interessen. Diese kapitalrationale Wirtschaftspolitik wird an den gewählten Parlamenten vorbei in den Institutionen gemacht.

3) Spätestens mit dem »Eurodollarmarkt« hatte das Kapital transnational operiert. Aber zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft über die Klasse sind Nationalstaaten unerläßlich.
Das Kapital hat noch kein anderes Herrschaftskonzept gefunden, um die Klasse einzusperren, zu spalten, gegeneinander auszuspielen. Wohin wäre de Gaulle geflohen, wenn der französische Mai 68 in einem vereinten Europa stattgefunden hätte! Vor allem dienen Grenzen zur Aufrechterhaltung unterschiedlicher Ausbeutungsniveaus. Durch nationale Geldpolitik und Festsetzung der Wechselkurse kann eine Regierung beispielsweise den Klassendruck abmildern, nachgiebig auf Forderungen reagieren – oder aber Kürzungen vornehmen. Deshalb gibt es an diesem Punkt heftige Auseinandersetzungen über die zukünftige gemeinsame Währungspolitik – und was eine gemeinsame Währungspolitik in einem wirtschaftlich ungleichen Gebiet bedeutet, wissen wir ja spätestens seit der deutschen Währungsunion!
Aber die großen Unternehmen haben gerade in Reaktion auf die Arbeiterkämpfe Ende der 60er/Anfang ihre Produktion internationalisiert: Beispielsweise Ford hatte europaweit Parallelproduktionen aufgebaut, um sich unverwundbar gegen die Arbeiterkämpfe zu machen. Gegen die Kämpfe wurde eine produktive Kooperation auf größerer Stufenleiter durchgesetzt (was auch im Verhältnis zwischen Kapital und Staat zu Disproportionen geführt hat: die Subventionierung solcher Unternehmen wie Alcatel hat eine Dimension erreicht, die in den »kleinen europäischen Ländern« nicht mehr geht). Aber die englischen Ford-Arbeiter haben schon 1988 mit ihrem Streik den Mythos der »unverwundbaren Parallelproduktion« massiv angekratzt ...

4) Die »Festung Europa« wackelt
Golfkrieg und deutsche Wiedervereinigung haben die europäische Einigung forciert. Es vereinigen sich aber lauter hoch verschuldete Nationalstaaten (siehe die Artikel zu den beiden Beispielen Frankreich und Italien; wesentlich drastischer sieht die Lage etwa in GB oder gar Griechenland aus!). Es entsteht nicht das »starke Europa«, sondern die von allen Seiten belagerte »Festung«, der das Küchenpersonal ausgeht.

Und auch der »Gürtel« um die EG ist alles andere als stabil. Zum einen hat sich die Klasse von Algerien bis Litauen seit Ende der 80er Jahre massiv zu Wort gemeldet. Zum anderen gibt es einen »Drang in den Binnenmarkt«: von Litauen über die Türkei bis zu Maghreb-Ländern wollen alle in die EG. Die Bevölkerung dieser Länder verspricht sich durch den Beitritt ein höheres Lebensniveau. Viele Regierungen sehen im Beitritt zur EG die einzige Chance, an der Macht zu bleiben. Millionen ArbeiterInnen haben sich schon auf den Weg gemacht und sind legal oder illegal in die EG eingereist auf der Suche nach Arbeit und Einkommen.

** All diese Kämpfe haben wir ausführlich dokumentiert in den Wildcats 43 (Januar 88) bis 49 (Februar 90). Leuten, die sich damit genauer beschäftigen wollen, bieten wir diese sieben Hefte im Schuber für saugünstige 10 Mark plus 2 Mark für Versand an.*

Das EG-Kapital und seine Bürokraten schätzen diese Beitrittswünsche als destabilisierend ein. Sie haben genug an Griechenland zu verdauen: Hier konnte auch nach dem Beitritt keine entsprechende Produktivität durchgesetzt werden, und alle Zahlungen der EG hat das griechische Proletariat verkonsumiert. Das Konzept der EG ist deshalb alles andere als »imperialistisch« im alten Sinne. Vielmehr ist ihr viel daran gelegen, die UdSSR und die übrigen »Randstaaten« so weit zu stabilisieren, daß sie in die Lage kommen, ihre Arbeiterklasse selber genügend auszubeuten und einen geregelten Zufluß von Wanderarbeitskraft aus diesen Gebieten zu organisieren. Für diese »geregelte Immigration« und die Rotation der Wanderarbeiter gibt es noch kein Konzept. Und zur kapitalistischen Durchdringung des »Gürtels« fehlt das Kapital.

Die europäische Vereinigung wird ähnlich wie zuvor die deutsche zum Va banque-Spiel der Herrschenden.

5) Arbeiterkampf und Aufstand

Es gibt eine Angleichung des Klassenverhaltens in Europa. Vor zehn Jahren konnten wir in Italien und Frankreich kaum erklären, was wir mit »JobberInnen« meinen, heute bewegt sich das jugendliche Proletariat von Spanien bis Schottland zwischen gewollter Arbeitslosigkeit, staatlicher Zwangsarbeit, Qualifizierung, Jobs und Staatsknete.

Die Kämpfe sind bisher sektoral, aber europaweit: die deutschen und französischen Krankenschwestern kriegen mehr voneinander und ihren Kämpfen mit als etwa die »deutschen« Krankenschwestern von den »deutschen« Fabrikarbeitern.

Die Kämpfe von den frz. EisenbahnerInnen bis zum Kita-Streik in Westberlin, von den ital. LehrerInnen bis zu den Riots in den frz. Vorstädten, von den Dachbesteigungen der Knackis bis zum Streik der Peugeot-ArbeiterInnen haben eins gemeinsam: sie vertrauen ihren offiziellen Vertretern nicht mehr, sie sind auf der Suche nach neuen Kampf- und Organisationsformen.

Die jungen, mobilen Schichten können zum Bindeglied zwischen Aufstand und Arbeiterkampf, zwischen »drinnen und draußen«, über die »Nationen« hinweg werden.

6) Es gab vorher keinen nationalen Weg zur Befreiung und es wird in Zukunft keinen europäischen geben!

In allen Überlegungen zum Arbeitsmarkt betonen die Kapitalisten den dringenden Bedarf an ausländischer Arbeitskraft. Landwirtschaft, Gastronomie, Baugewerbe und andere Branchen suchen Arbeitskräfte – zu Löhnen unter den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung. Der Arbeitsmarkt eines vereinten Europa wird dafür auch nicht reichen, notwendig ist die Migration von Arbeitskräften aus außereuropäischen Ländern.

Aber egal woher bisher die Leute kamen, sie suchten ein besseres Leben, also in erster Linie ein besseres Einkommen (wozu auch Dinge wie medizinische Versorgung, individuelle Unabhängigkeit von Familienstrukturen oder Männern, oder Zugang zu neuen Erfahrungen gehören).

Alle bisherigen Versuche, die Menschen am Rotieren zu halten, sind immer wieder gescheitert. Zur Zeit versucht der Staat mit verschiedenen Maßnahmen (Ausländergesetz, Aufhebung der Visumspflicht für Polen, Kontingente für Saison-Arbeitskraft) eine neue Form der Rotation, eine Pendler-Arbeitskraft, die unter ihren Reproduktionskosten ausgebeutet werden kann.

Schon jetzt sind Millionen von Menschen auf dem Gebiet des zukünftigen europäischen Binnenmarkts, für die solche Maßnahmen gelten sollen. Die Hausbesetzungen der AfrikanerInnen in Italien, die Aufstände in den französischen Vorstädten, der Streik der Peugeot-ArbeiterInnen ... sind Kämpfe, wo ihre und unsere Bedürfnisse und Erfahrungen zusammen kommen.

Für ein Europa der ausufernden Kämpfe!

Acht Anmerkungen zum Klassenkampf in Italien

1 Im letzten Jahrzehnt ist der Durchschnittsstundenlohn in der Industrie um 10% gefallen. In der gleichen Zeit nahm die effektive Arbeitszeit um 10% zu durch deutlich weniger Ausfallzeiten wegen Krankheit und einem starken Anstieg der Überstunden. Viele Unternehmen haben darüberhinaus flexible Arbeitszeiten eingeführt, was zusammen mit der technologischen Innovation dazu geführt hat, daß die Arbeitsproduktivität stark zugenommen hat. Auch im Öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungsbereich sind flexiblere Arbeitszeiten eingeführt worden, und sowohl in der Industrie wie in den Dienstleistungsbereichen wurde zunehmend auf Subunternehmen zurückgegriffen.

In der Frage der Arbeitszeit haben die Gewerkschaften bedeutende Zugeständnisse gemacht, selbst wenn sich die ArbeiterInnen in Abstimmungen dagegen aussprachen.

Auf diese Weise wurden Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverträge, Konti-Schichten, Nachtschichten auch für Frauen, 6x6-Modelle usw. ausgedehnt.

Die direkten und indirekten Zahlungen des Staates zur Förderung der technologischen Innovation und neuer Investitionen machen einen bedeutenden Anteil des Staatshaushalts aus.

Trotz der obigen Zahlen sind nach Angaben der FIAT die Lohnstückkosten in Italien von einem Verhältnis von 100:150 im Vergleich zur deutschen Industrie auf 100:125 gestiegen, mit entsprechenden Einbußen in der Konkurrenzfähigkeit. Die Erklärung dafür, daß die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Löhne so weit auseinandergeht, liegt im Verhältnis von 100:207 zwischen direktem Lohn und Arbeitskosten aufgrund der starken Steuer- und Abgabenlasten (Krankenversicherung, Rentenversicherung usw.).

Die tieferen Gründe liegen erstens darin, daß es weiterhin sehr viele kleine Selbständige in der Landwirtschaft, im Handel usw. gibt, die keine Steuern zahlen; zweitens in der Verschiebung eines Teils der Abgaben zugunsten des unproduktiven Kleinbürgertums; drittens in der Verwendung der Abgaben zur Finanzierung der Umstrukturierung der Unternehmen (in den 80ern wurden bis zu einer halben Million Löhne aus der Cassa Integrazione Guadagni bezahlt); und viertens in der relativen Ineffizienz des Öffentlichen Dienstes.
Obwohl Unternehmer, Regierungs- und Oppositionsparteien sowie die Gewerkschaften immer wieder mehr Steuergerechtigkeit und die Sanierung der öffentlichen Haushalte fordern, ist jede Aktion in diese Richtung zumindest schwierig. Um die Arbeitskosten zu senken – im Juni beginnen Tarifverhandlungen über Ausmaß und Modalitäten dieser Senkung –, wird man unweigerlich die Einnahmen des Staates senken, die Arbeiterrenten kürzen, und bei den Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Wohnungsbau und öffentliches Transportwesen streichen müssen. Aber als 1989 Maßnahmen in diese Richtung unternommen wurden, kam es gleich zu Massenstreiks, und die Regierung mußte bereits beschlossene Maßnahmen (Tickets für ärztliche Leistungen) wieder abmildern. Weniger traumatische Lösungen sind aber nicht in Sicht. Bereits jetzt ist die Rede von einem Lohnstopp für die nächsten Jahre, mit dem der Öffentliche Dienst beginnen soll.

2 Im Öffentlichen Dienst haben sich die Löhne im letzten Jahrzehnt anders als im Privatsektor entwickelt; hier gab es Lohnerhöhungen vor allem für die LehrerInnen, die KrankenhausarbeiterInnen, die EisenbahnarbeiterInnen usw. Bei der Schule und der Eisenbahn lag das vor allem an den außergewerkschaftlichen Massenbewegungen (Cobas); im Krankenhaus lag es an den Lohnerhöhungen für die Ärzte und daran, daß sie keine Krankenschwestern mehr fanden, die bereit gewesen wären, für die miserablen Löhne zu arbeiten. Zum Beispiel sind die Lehrergehälter von 1985 bis 1990 so viel gestiegen, wie sie von 1978 bis 1985 gefallen waren.
Interessant ist aber, daß im gesamten Zeitraum von 1970 bis 1990 der Durchschnittslohn im Öffentlichen Dienst weniger angestiegen ist als der im Privatsektor. Die Arbeitereroberungen in den 70ern überwiegen also noch immer den Verfall der 80er, und die unabhängigen Kämpfe in den 80ern konnten die Tendenz zur Differenzierung und Hierarchisierung auch in den Bereichen, wo sie am radikalsten waren, nicht umstoßen (in der Schule mehr Lohn für die Lehrer und weniger für die Hilfskräfte; bei der Eisenbahn mehr Lohn für die Lokführer und weniger für die Arbeiter in den Werkstätten usw.).
Der Öffentliche Dienst unterliegt heute wachsendem Druck in Richtung höherer »Produktivität« – was zu bedeutenden Konflikten führt. Als Beispiel sei die Eisenbahn erwähnt, wo der Kampf der *Koordination der Vereinten Lokführer* [siehe Wildcat 43] nicht nur aus Lohnproblemen, sondern auch aus Opposition gegen die Einführung des alleine fahrenden Lokführers entstand. Weitere Beispiele sind die Post, die Banken usw., wo die Computerisierung die Arbeitsorganisation verändert hat und die Öffnung der Schalter auch am Nachmittag die Arbeitszeiten verändert.

3 Das Defizit im Staatshaushalt ist inzwischen bei etwa 1,35 Billionen Lire [etwa 200 Milliarden DM] angelangt; das ist eine Höhe, wo bereits die Zinszahlungen dazu führen, daß das Defizit jährlich weiter wächst. Dies macht einen schweren Angriff auf das Einkommen der unteren sozialen Gruppen nötig. Die Entscheidung der italienischen Bourgeoisie und der politischen Schicht, die gesellschaftlichen Widersprüche auf den Staatshaushalt abzuladen, scheint an einem Bruchpunkt angelangt zu sein.
Aber jeder radikale Einschnitt bei den öffentlichen Ausgaben würde das gegenwärtige politische System relevant verändern: das Klientelsystem der Parteien beschneiden, die Exekutivgewalt gegenüber der gesetzgebenden stärken, vor allem im Öffentlichen Dienst die Kontrolle des gesellschaftlichen Konflikts von oben effektivieren. Nicht zufällig hat der Staat nach der Bewegung der Cobas ein neues Gesetz gegen Streiks in grundlegenden Dienstleistungen verabschiedet. Dieses Gesetz fand die volle Zustimmung und Mitarbeit der Gewerkschaften, die sich ihrerseits Selbstbeschränkungs-Klauseln auferlegten, die restriktiver als das Gesetz selbst sind.
Die Gewerkschaftsführungen schwanken zwischen Opposition gegen die unpopulärsten Maßnahmen (z.b. haben sie bei zu starker Kürzung der Renten mit dem Generalstreik gedroht) und der Beteiligung an Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft; mit dem Effekt, daß sie mit Teilen ihrer Basis und mittleren Kadern in Konflikt geraten. Der Ausschluß der großen Mehrheit der Mailänder Metallgewerkschaft FIM, der wichtigsten Sektion der italienischen Metallgewerkschaft überhaupt, aus der CISL [christl. Gewerkschaftsbund; in Mailand links von der »kommunist.« Gewerkschaft] hat dazu geführt, daß die Ausgeschlossenen eine Alternativgewerkschaft gründeten, die FLM-Uniti [Vereinigte Metallarbeiter] – in die bereits Tausende von Industrie-ArbeiterInnen eingetreten sind. Überlegungen, eine Alternativgewerkschaft auf der Basis der ansehnlichen Anzahl lokaler Oppositionsgruppen zu gründen, sind inzwischen ziemlich verbreitet.

4 Im vergangenen Jahrzehnt haben die ArbeiterInnen auf Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen mit einigen bedeutenden sektoralen Kämpfen reagiert, auf die ich bereits hingewiesen habe. Sie haben mit Streiks die gesetzliche, automatische Anpassung des Lohns an die Inflation verteidigt (wie mit den Streiks 1983/84 und der Bewegung der »autoconvocati« [von unten »selbst einberufene« Gewerkschaftskongresse]; mit Streiks gegen die Tickets 1989). Streiks, die über die unmittelbaren Ergebnisse hinaus auch dazu beigetragen haben, daß sich Kämpfe von Abteilungen, von Schichten [Arbeitergruppen] usw. verbreitet haben.
Bei den gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht unmittelbar mit dem sozialen Konflikt verbunden sind, fällt auf, daß in der Struktur des proletarischen Einkommens eine regelrechte anthropologische und kulturelle Veränderung stattgefunden hat: Die Geburten sind von mehr als einer Million Neugeborener 1970 auf etwa eine halbe Million 1980 beträchtlich gesunken; im gleichen Zeitraum stieg die Frauenbeschäftigung stark an. Die Familienstruktur hat sich radikal verändert und in beachtlichem Tempo nordeuropäische Formen angenommen – zumindest in den entwickeltsten Regionen. Ein interessanter Indikator der Veränderung ist die Tatsache, daß viele proletarische Familien eine Eigentumswohnung gekauft haben. Der Wohnungspreis hat sich in 20 Jahren im Durchschnitt verdoppelt, wenn nicht verdreifacht. Das hat dazu geführt, daß am Rand des Wohnungsmarktes Bevölkerungsschichten auftauchen, die keinen politischen Schutz haben und keine Möglichkeit, durch Hausbesetzungen und ähnliche Mittel direkten Druck auszuüben, um Wohnraum zu kriegen.
Auf der anderen Seite haben sich die Konsumstrukturen und das Zugangsalter zum Arbeitsmarkt verändert. Die Zahl der Schüler, die über die gesetzliche Schulpflicht hinaus in die Schule gehen, ist von 40% Anfang der 70er Jahre auf über 60% Ende der 80er gestiegen, mit Spitzenwerten von 90% in den großen Städten im Norden. Die Zunahme von Alten und die Notwendigkeit, ihnen in einer Umgebung ohne solide traditionelle Familienstrukturen gesellschaftlich akzeptable Lebensbedingungen zu garantieren, führt zu steigenden öffentlichen und privaten Ausgaben und wachsenden Spannungen.
Ziele und Formen des sozialen Konflikts und die Widersprüche in der Gesellschaft bestimmen auch die Formen des Lohnkampfs neu.

5 Im Süden Italiens hat sich eine kriminelle Parallelökonomie gefestigt, die in der Lage ist, sich über die Ursprungsregionen hinaus zu entwickeln. Im Drogenhandel werden bedeutende Profite gemacht, und man schätzt, daß die mafiosen Strukturen im Jahr 30 Bio. Lire [etwa 4,5 Bio. DM] an Schmiergeldern einnehmen.
In diesem gesellschaftlichen und ökonomischen Sektor entsteht eine eigene Unternehmerschicht, die immer stärker in legale Geschäfte investiert. Auf ihre Art garantiert sie die öffentliche Ordnung und den sozialen Frieden in den Gebieten, die sie interessieren, was so weit geht, daß sie dem Staat mit dem Ankauf großer Mengen öffentlicher Anleihen zu Hilfe kommt. Aber zur selben Zeit bringt sie Spannungen hervor, die schwer zu regieren sind, nicht so sehr wegen der Morde der Mafia, sondern weil sie die Steuerflucht potenziert und ganze Sektoren der Gesellschaft dem produktiven und gesellschaftlichen Rationalisierungszugriff entzieht.
Die Wahrnehmung des Südens als Königreich der kriminellen Ökonomie und der Parteienklientele begünstigt schließlich lokalistische und partikularistische Reaktionen im Norden mit potentiell traumatischen Auswirkungen auf die politischen und allgemein gesellschaftlichen Gleichgewichte.

6 1990 liefen in den wichtigsten Industriesektoren die Tarifverträge aus. Zum ersten Mal seit 1980 kam es dabei in diesem Bereich wieder zu bedeutenderen Kämpfen.
Vor und während der Verhandlungen gab es Abteilungsstreiks gegen die Belastungen und die Schädlichkeit der Arbeit wie bei FIAT im Frühjahr und Herbst '89. Es gab auch wieder steigende Mitgliederzahlen in der Gewerkschaft, in einigen Fabriken wurden neue Delegierte gewählt usw. Diese Hinwendung zur Gewerkschaft erscheint wie der Versuch, wenigstens »irgendetwas zu tun« angesichts der harten Politik der Unternehmer. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Gewerkschaften ist von Fabrik zu Fabrik sehr unterschiedlich – je nach Entwicklung des Konflikts, der Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik, je nachdem, ob es oppositionelle Gruppen gibt usw. Es entwickelt sich allerdings nirgends eine dem Öffentlichen Dienst vergleichbare Situation, wo es relativ leichter ist, sowohl allgemeine Kämpfe zu führen, als auch Strukturen außerhalb der offiziellen Gewerkschaften aufzubauen.
Die junge Arbeitergeneration, die sich im Lauf der 80er Jahre gebildet hat, hat begonnen, sich zu bewegen, Aktions- und Organisationsformen auszuprobieren, in eine kollektive Beziehung zur vorhergehenden Generation zu treten. Die Ziele und Formen der Aktion, wie sie sich in den Kämpfen 1989/90 ausdrückten, scheinen nicht sonderlich neu zu sein, wichtig ist aber der Bruch mit einer zehnjährigen Passivität, und daß jetzt Arbeiterschichten die kollektive Aktion entdecken, die Unternehmer und Gewerkschaft für völlig unter Kontrolle hielten.
Im Fall von Italien kann man wirklich von verschiedenen Generationen in der Fabrik reden: Zu Beginn der 80er Jahre gab es einen Einstellungsstopp und massive Kurzarbeit [zu null Stunden]; in der zweiten Hälfte der 80er kam es dann zu Neueinstellungen mit »Ausbildungs-Arbeitsverträgen« [gesetzl. Möglichkeit, junge Arbeitslose zum halben Lohn einzustellen mit dem Vorwand, sie »auszubilden«], die es ermöglichten, die Löhne zu drücken, so daß es in vielen Fabriken nach Alter getrennte Arbeitergruppen gibt. Ohne die Unterschiede

zwischen den Generationen übertreiben zu wollen, ist es offensichtlich, daß die »neuen Arbeiter« in den großen Industriestädten geboren sind, oft eine bessere Ausbildung haben, als für die verrichtete Arbeit nötig wäre, die Arbeit in der Fabrik als etwas ansehen, aus dem sie so schnell wie möglich wieder rauskommen wollen, und erkennbar neue Sprachen sprechen und sich anders verhalten.
Der Unternehmer hat auf die sich entwikkelnden Kämpfe mit Kurzarbeit und in einigen Fällen mit politischen Kündigungen und verschiedenen Drohungen reagiert. Die Verhandlungen wurden schließlich mit einem Tarifvertrag beendet, der für die Arbeiter eine Niederlage bedeutete.

7 In den Monaten darauf kam es zu unterschiedlichen Reaktionen der Arbeiterbasis gegenüber den Gewerkschaften. Im Norden, vor allem in der Lombardei, hat ein bedeutender Teil von Arbeitern Interesse an der Gründung einer »lombardischen« Gewerkschaft gezeigt, mit dem Ziel, die Tarifverhandlungen in den reicheren Regionen von den nationalen Verhandlungen abzukoppeln und dadurch die Steuer- und Abgabenbelastung auf die Löhne zu verringern, um den direkten Lohn zu erhöhen, ohne gegen die Unternehmer kämpfen zu müssen – und sich mit den Kleinunternehmern sogar verbünden zu können. Die Polemik gegen das Parteiensystem und die Zudringlichkeit des Staates scheint für einige Arbeiter ein vorstellbarer Weg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu sein.
In der gleichen Gegend entstand die »Vereinigte Metallarbeitergewerkschaft« auf Initiative von Fabrikdelegierten und parallelen Gewerkschaftsstrukturen (siehe oben). Das wichtigste Beispiel ist das Arbeitsgerichtsverfahren, um sich das Kantinenessen in einer Reihe von Fabriken abgelten zu lassen. Es geht dabei um folgendes: Das Essen gilt in den Fabriken, wo es eine Kantine gibt, als Lohnbestandteil. Ein Arbeiter, der (wegen Streik, Urlaub, Krankheit o.ä.) nicht ißt, hat Anrecht auf entsprechende Entschädigung. Eine Übereinkunft zwischen Gewerkschaft und Unternehmen setzte diesen Betrag auf symbolische 200 Lire [etwa 30 Pfennig]. Einige Delegierte gingen dagegen vors Mailänder Arbeitsgericht. Die Richter setzten den Betrag auf 6000 Lire und legten außerdem fest, daß die Arbeiter diesen Betrag im nachhinein für die letzten fünf Jahre einfordern könnten. Um ihn zu kriegen, mußten sie gegen ihr Unternehmen vors Arbeitsgericht ziehen. Gruppen von Delegierten sammelten zu diesem Zweck Vollmachten ein. Die Abteilungsleiter bei FIAT, um nur das wichtigste Beispiel zu erwähnen, haben den Arbeitern »abgeraten«. Die Gewerkschaften haben sogar Sanktionen gegen Mitglieder verhängt, die in der Sache aktiv wurden. Aber trotz des Drucks haben Tausende von Arbeitern unterschrieben, um das Geld zu kriegen, ein Betrag, der höher liegt als eine durchschnittliche Tariferhöhung.
Die »Selbstorganisierten« bei Alfa in Pomigliano und der Cobas bei Alfa in Mailand sind in ihren Fabriken eher über solche Aktivitäten verankert denn über Streiks und offene Kämpfe.

8 Im Juni beginnen die allgemeinen Verhandlungen über die Arbeitskosten. Der Unternehmerverband will einen Großteil des übriggebliebenen automatischen Inflationsausgleichs abschaffen, die Beiträge reduzieren und den Arbeitsmarkt radikal reformieren.
Die Gewerkschaften sind innerlich gespalten über der Frage, wie weit sie mit ihren Zugeständnissen gehen sollen, teilen aber in der Substanz den Vorschlag des Unternehmerverbandes, auch weil sie darauf hoffen, mehr Spielraum zu haben, wenn die automatischen Mechanismen bei der Verteidigung des Lohns wegfallen.

Eine Gruppe von Juristen der CGIL hat schon den Vorschlag vorbereitet, die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes zu privatisieren; bisher gesetzlich geregelte Aspekte des Öffentlichen Dienstes wie Belegschaftsstärke, Entscheidungen auf lokaler Ebene, Versetzungen usw. würden dann von den Tarifparteien ausgehandelt. Besonders betont wird dabei die Möglichkeit, öffentliche Angestellte zu kündigen und in Kurzarbeit [zu null Stunden] zu schicken – etwas, das in Wirklichkeit schon nach den gegenwärtigen Bestimmungen möglich ist, aber im Namen der Gleichheit zwischen den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und denen im Privatsektor erleichtert werden soll.

Über diese Angelegenheiten entwickeln sich schon Widersprüche innerhalb der Regierung. Und in den Basisversammlungen wird zumindest Besorgnis laut, aber bisher fehlt eine genaue Information über die Lage, und die Kämpfe kommen nur mühsam in die Gänge.

Es scheint sicher, daß sich in den kommenden Jahren die Bedingungen der Lohnabhängigen stark verändern werden. Veränderungen im Rentensystem sind bereits angekündigt (Heraufsetzung des Rentenalters, Kürzung der Renten), darüberhinaus sollen die sozialen Dienstleistungen gekürzt werden und die Arbeitszeiten im Hinblick auf eine bessere Ausnutzung der Anlagen verändert werden usw.

Insbesondere werden wohl diejenigen Arbeiter angegriffen, die bisher relativ bessere Bedingungen hatten. Denn es ist wohl schwierig, die Schichten noch mehr anzugreifen, die [jetzt schon] mit niedrigen Löhnen und ohne gesetzlichen Schutz in direkter Konkurrenz zu den Produktionen im asiatischen Raum und in Italien mit den ImmigrantInnen aus Afrika und Osteuropa stehen [die Löhne in bestimmten Bereichen, etwa in der Textilindustrie, sind dadurch in den letzten Jahren bereits stark gefallen].

Manöver dieser Reichweite, bedürfen – gerade weil sie »starke« Teile der Arbeitskraft berühren – auch einer »starken« Lenkung des Konflikts.

In dieser Richtung gibt es interessante Signale, zum Beispiel der Streik gegen den Krieg am 22. Februar denken, den die Cobas in der Schule und andere Basisgruppen ausgerufen hatten, den keine einzige Zeitung erwähnte (außer *Manifesto* und die nur ganz kurz) und an dem trotzdem etwa 200 000 ArbeiterInnen teilnahmen...

Mai 1991

Die Kämpfe in Frankreich 1990

Die Kämpfe 1990 in Frankreich spielen sich ziemlich deutlich in drei Bereichen ab, in denen sich die Reaktionen der verschiedenen sozialen Schichten oder Klassen auf die Umstrukturierung widerspiegeln:

Im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor gab es zwar keine großen Streiks, aber eine Vielzahl von lokalen und auf einen Bereich beschränkten Kämpfen, deren Auslöser oft mehr die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse als die Lohnfrage war. Sie waren oft radikal in ihrer Unabhängigkeit, ihrer Dauer und ihren Kampfformen.

In privaten und staatlichen Industrien kam es recht selten zu offenen Kämpfen.

In sozialen Bereichen außerhalb der Produktion gab es vielfältige Bewegungen wie zum Beispiel die Demonstrationen der SchülerInnen oder gewalttätige Revolten wie letztens in Vaulx-en-Velin.

Die Umstrukturierung des französischen Kapitalismus stützt sich im Rahmen seiner finanziellen Mittel auf verschiedene Entwicklungen, die ihm durch den internationalen Wettbewerb vorgegeben werden:

Den Aufbau von Niederlassungen im Ausland, vor allem in Form von Aufkäufen von Firmen der gleichen Branche. Zum Teil geschieht dies, um geschützte Märkte wie in den USA oder den osteuropäischen Ländern zu errichten, zum Teil als Vorbereitung auf die Einführung des Binnenmarktes. Allgemein kann man von einer Internationalisierung des Kapitals sprechen, die wiederum Konsequenzen für die Ausbeutungsbedingungen der ArbeiterInnen in Frankreich hat.

Staatliche Eingriffe in Form von Staatsunternehmen und direkten und indirekten Subventionen für verschiedenste Aktivitäten. Die Existenz eines bedeutenden staatlichen Sektors ist heute aber etwas ganz anderes als vor 40 Jahren. Staatsunternehmen stellen keinen Gegensatz mehr zum Privatsektor dar, die hier Beschäftigten haben keinen bevorzugten und abgesicherten Status. Bei den Banken und in der Industrie wachsen privater und öffentlicher Sektor zusammen, und überall werden Rentabilitätskriterien eingeführt, was für die ArbeiterInnen Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und der Löhne bedeutet.

Die drei Artikel zu Europa sind aus befreundeten Zeitschriften:
Anmerkungen zu Italien erscheint in der nächsten Nummer von *Wobbly/Collegamenti;*
Adresse: Angelo Caruso Via Felice Casati 26, I 20124 Milano;
Auslands-Abo: 35 000 Lire für vier Hefte.
Die Kämpfe in Frankreich 1990 ist aus der Diskussion von *Echanges e Mouvement und Liaisons;* beide Redaktionen könnt Ihr erreichen unter der Adresse: Liaisons c/o Echanges et Mouvement B.P. 241 F 75866 Paris Cedex 18 – hier könnt Ihr auch das frz. Original des Artikels bestellen. Wir haben ihn stark gekürzt, die lange Fassung auf Deutsch gibt's bei uns für 3 Mark in Briefmarken.
Die Vorstadtindianer ist aus *Mordicus*, einer neuen militanten Monatszeitschrift.
Adresse: BP 11, F 75622 Paris Cedex 13

Außerdem verstärkt sich die seit Jahren entwickelte *industrielle Strategie, auf kleine Subunternehmen zurückzugreifen*, die formell unabhängig, aber in Wirklichkeit völlig von Liefer- und Wartungsaufträgen abhängig sind. Der Profit der Unternehmen basiert auf den dort bezahlten Niedriglöhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen.

Von 1988 bis 1990 sind die Industrieinvestitionen um 28,2% gestiegen. Die Lohnstückkosten sind seit 87 leicht angestiegen, aber weniger als vergleichsweise in Deutschland. Auf gewisse Weise könnte man sagen, daß die Industrie einen Krisenangriff für sich entschieden hat:

- Die technologische Modernisierung hat zu einem Beschäftigungsrückgang und einer Veränderung der Arbeitsbedingungen geführt. In den letzten drei Jahren hat die durchschnittliche Wochenarbeitszeit durch die dauernden Überstunden um eine halbe Stunde zugenommen (eine der Verhaltensweisen, mit denen auf den Lohnabbau reagiert wurde); gleichzeitig hat die Wochenendarbeit bei Schichtarbeit zugenommen.
- Mit der Einstellung von Prekären haben die Unternehmen eine Antwort auf Marktschwankungen und auf mögliche Folgen von Kämpfen gefunden.
- Zwischen 1985 und 1989 hat es einen enormen Rückgang der Lohnkosten gegeben. Durch die Vergrößerung des abgepreßten Mehrwertanteils verfügt die Industrie über zusätzliches Kapital: von 1984 bis 1989 haben sich die Unternehmenseinkünfte verdreifacht.
- Dieses Finanzpolster erlaubt den Unternehmen, sich durch Lohnzugeständnisse sichere Orte innerhalb der Ausbeutung zu erkaufen: die in der Lohnhierarchie oben stehenden Gruppen haben Lohnzuwächse über der Inflationsrate – oft in Form von Prämien und diversen Vergünstigungen. Für die große Masse der ArbeiterInnen war 1990 aber ein Jahr mit steigenden Lebenshaltungskosten und damit einer Einbuße an Lebensqualität. Angesichts einer Inflation von 3,8% stieg die SMIG (garantiertes Mindesteinkommen für alle Kategorien) um 2,1%, der durchschnittliche Lohn der ArbeiterInnen um 2,5%, der der Beamten um 2,5% (wovon 1,9% persönlicher Lohnzuwachs durch Dienstalter und Beförderung sind), der der Angestellten um 4,5%, der der Techniker um 6% und der des Führungspersonals um 9%. 1989 waren 27,4% der Lohnabhängigen Angestellte und 28,4% ArbeiterInnen; 25% aller Lohnabhängigen erhielten den Mindestlohn oder weniger.

Entlang dieser Lohndifferenzierungen und verstärkt durch die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen gibt es eine Zersplitterung der Kämpfe und eine Kampfbereitschaft, die sich vor allem individuell oder in kleinen Gruppen ausdrückt. Der Angriff auf die Löhne hat dazu geführt, daß die Ausfalltage durch Streiks seit 1975 kontinuierlich zurückgegangen sind. Diesbezügliche Statistiken sollten aber mit Vorsicht genossen werden, da sie zum einen den Einflußverlust der Gewerkschaften ausdrücken, zum anderen dort zahlreiche betriebliche Konflikte deshalb nicht auftauchen, weil Chefs und Gewerkschaften keinen Wert darauf legen, sie zu verbreiten, außer sie kommen nicht drumherum.

Während es im Industriebereich so gut wie keine »großen Kämpfe« gab, gibt es im privaten und öffentlichen »Dienstleistungs«sektor eine permanente Unruhe und zahlreiche Bewegungen. Sie alle tragen die gleichen charakteristischen Züge wie die großen Streiks der Eisenbahner, der Krankenschwestern oder der städtischen Beschäftigten (Müllabfuhr etc.), auch wenn sie nicht deren Ausmaße erreichen. Daß sich hier die bedeutendsten Kämpfe entwickeln, ist logisch, weil die aktuelle Umstrukturierung in diesem Sektors tiefer geht als in der Industrie. Da bei den Banken ein Konzentrationsprozeß und die Einführung neuer Technologien zusammenkommen, verschärfen sich die Folgen der Umstrukturierung. Gewerkschaften und Unternehmensleitungen haben anscheinend die Gefahr erkannt haben, die von der Entwicklung unabhängiger Organismen wie den Koordinationen ausgeht. Die sehr direkten und umfassenden Auseinandersetzungen, vor allem mit Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, haben ihnen das deutlich vor Augen geführt. Daß die Koordinationen eine Niederlage erlitten haben und politisch integriert werden konnten, hat dazu geführt, daß die kämpfenden ArbeiterInnen keine Ausweitung ihrer Bewegung versucht haben. Die Umstrukturierung hat wie in der Industrie eine Zersplitterung nach Unternehmen, Kategorien, Gegenden usw. mit sich gebracht. Das hat ebenso wie der Angriff auf die Koordinationen zu einer Zersplitterung der Kämpfe geführt. Dazu einige Beispiele:

Im Mai [1990] endet der 24tägige Streik der städtischen Müllarbeiter in Paris für mehr Lohn mit 150 FF monatlich mehr (2,5%). Vom 18. bis zum 25. September streiken die Müllarbeiter einer Privatfirma in Rungis und erhalten eine monatliche Prämie von 500 FF. Vom 18. September bis zum Oktober streikt ein Teil der städtischen Müllwagenfahrer in Paris und fordert eine Höhergruppierung. Nur einige Pariser Bezirke sind vom Streik betroffen, in den anderen Bezirken werden die Fahrer von privaten Gesellschaften bezahlt und sind nicht im Streik (teilweise lassen sie sich sogar als Streikbrecher einsetzen). Beschäftigte derselben Region, die dieselbe Arbeit für dieselbe Einrichtung (die Stadtverwaltung von Paris) verrichten, können von verschiedenen Firmen angestellt sein und einen unterschiedlichen Status haben. So kann es passieren, daß sie fast zur selben Zeit nebeneinanderher und getrennt kämpfen. Es sieht so aus, als ob die Schwäche der Kämpfe dazu geführt hat, härtere Methoden anzuwenden. Die Müllwagenfahrer haben zum Beispiel Müllkippen und Müllverbrennungsanlagen blockiert und besetzt.

Bei den Luftfahrtgesellschaften, wo durch den Deregulierungs- und Konzentrationsprozeß starke Veränderungen stattfinden, ist die Situation ähnlich. Die Fluglotsen legen im April und Juli mehrmals den Flugverkehr lahm. Am 11. Dezember verhindern die Lotsen von *Athis Mons* bei Paris zwei Drittel der Starts von Pariser Flughäfen. Diese Aktionen wechseln sich mit anderen lokalen Streiks ab. In keinem Moment findet eine Verallgemeinerung der Bewegungen statt, weil die betroffenen ArbeiterInnen unterschiedlichen Unternehmen und Kategorien angehören.

Im Transportwesen gibt es andauernd Streiks chronisch, die sich aber nicht ausweiten. Ein typisches Beispiel ist der 14tägige Streik bei den städtischen Verkehrsbetrieben in Montpellier, wo die FahrerInnen Busdepots besetzen, bis sie von den Bullen vertrieben werden. Die 1100 Docker von Dunkerque, dem drittwichtigsten Handelshafen Frankreichs, blockieren im Oktober 33 Tage lang den Hafen samt Bahnlinien. Sie richten sich gegen die Umstruktierung des Hafens, das heißt, gegen die Entlassungen, die völlige Umwälzung der Arbeitsbedingungen und des Einkommens. Die SOLLAC (die Stahlhütte, die der Hauptlieferant des Hafens ist) konnte bereits einen Hochofen runterfahren, weil die etwa 200 Arbeiter dort alle prekär beschäftigt sind und so ohne Abfindung fristlos entlassen werden konnten. Wenn sie es schafft, einen zweiten Hochofen abzuschalten, wird der Streik erfolglos enden.

Vereinzelte wilde Kämpfe, in denen es oft um Fragen der Absicherung ging, brachten zum Beispiel die Pariser Vorortzüge der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF zum Stehen und waren Teil einer ganzen Reihe von Kämpfen im Städtischen Verkehr. Diese heftigen und meist spontanen Streiks fanden nicht nur in Paris statt, sondern auch in den meisten Provinzstädten, weil die Probleme überall dieselben sind.

Die Kämpfe bei der BNP [einer staatlichen Bank] und der CPSS von Essonne [regionale Krankenkasse] markieren die Umwandlung einer ganzen Berufsgruppe im Banken- und Sozialversicherungswesen *und* die sektorale Begrenztheit der Beschäftigten. Im Bankenwesen ist nicht nur die Beschäftigtenzahl jährlich um 1-2% gesunken, sondern es hat auch einschneidende Veränderungen bei den Einstellungs- und Arbeitsbedingungen gegeben. 2/3 der Beschäftigten sind zwischen 25 und 40 Jahre alt; bei den Neueinstellungen wird eine höhere Qualifikation und eine stärkere Spezialisierung verlangt, und oft bekommen die Neuen dann die Stellen, die bisher von den Älteren beansprucht wurden. Auf die Art ist das gesamte Beförderungssystem blockiert.

Am 12. Dezember traten 300 Beschäftigte eines Spezialzentrums der BNP in Paris spontan in den Streik, um einen Forderungskatalog durchzusetzen, in dem es unter anderem um die Löhne ging. Der Streik dauerte 44 Tage, es gab fast täglich Versammlungen, eine Koordination, die sich in ein Streikkommitee umwandelte, und eine Streikzeitung namens *Ölfleck*. Aber alle Versuche, die anderen Geschäftsstellen dieser Bank oder andere Banken zum Kampf zu bewegen, scheiterten trotz ständig besetztem Streikbüro, spektakulärer Aktionen und großer Demonstrationen. In gewisser Weise bringen diese Kämpfe eine allgemeine Kampfbereitschaft zum Ausdruck, die aber in den unmittelbaren Forderungen kaum deutlich wird. Und es gelingt nicht, sie in Aktionsformen umzusetzen, die sie von der herrschenden Konfliktregelung und der Logik der Arbeit befreien könnten.

Der viermonatige Streik bei der CPSS von Essonne im Herbst 1990 ist da konsequenter, trägt aber ähnliche Züge wie der bei der BNP. Er berührt die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen bei dieser regionalen Krankenkasse, die ein Pilotprojekt für die Reorganisierung der Arbeit ist. Auch dort werden die Zentren besetzt, aber trotz aller Bemühungen gelingt es den Beschäftigten nicht, den Streik in andere Regionen auszuweiten, wo es vergleichbare Zentren gibt. Die Streikenden bei der CPSS de l'Essonne haben es aber aufgrund ihrer Entschlossenheit und dem Willen, ihre Bewegung selbst in der Hand zu behalten, im Gegensatz zu denen bei der BNP geschafft, einen Teil ihrer Forderungen erfüllt zu bekommen.

Die Konflikte bei der BNP und der CPSS haben aber weniger mit präzisen Forderungen zu tun, als mit einem allgemeinen »Unbehagen« der ArbeiterInnen angesichts der Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und Löhne, das sich zeitweise in einer Art Bummelstreik äußert.

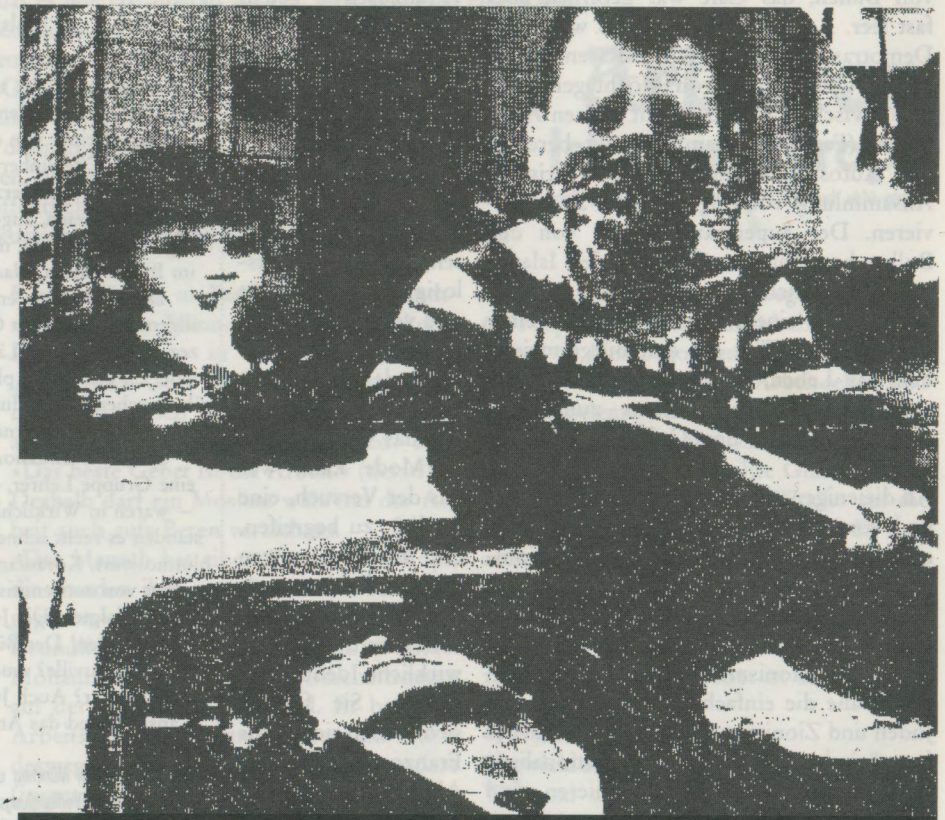
Dieses »Unbehagen« findet sich auch bei den gesellschaftlichen Kräften, die durch ihre Aktionen weder auf die Produktion noch auf »VerbraucherInnen« einwirken können. Ihnen bleiben nur die Straße und die direkte Auseinandersetzung mit der Polizei für kollektive Aktionen, um für politische Veränderungen zu kämpfen, die ihre Lebensbedingungen verbessern – oder einfach nur, um die Wut über ihre Situation und ihre Revolte auszudrücken. Die Panik der Herrschenden angesichts solcher Bewegungen zeigt ihre politische Schwäche und ihre Furcht, daß sich die ArbeiterInnen in ihren Kämpfen ein Beispiel daran nehmen könnten (der Generalstreik vom Mai 68 und der Eisenbahnerstreik 85-86 folgten auf Zugeständnisse gegenüber Aktionen auf der Straße). Aber solche Bewegungen lassen auch alle möglichen Manipulationen zu. Die Breite der Bewegung an den Gymnasien im Herbst 90 und ihre unmittelbaren Forderungen nach mehr Geld, besserer

Ausrüstung, mehr LehrerInnen und mehr »Sicherheit« haben das »Unbehagen« der Jugendlichen angesichts ihrer unsicheren Zukunft und der langweiligen Mittelmäßigkeit der Gesellschaft verzerrt. In ihrem »Unbehagen« schließen sie sich der alltäglichen Revolte der marginalisierten Jugendlichen und zukünftigen Prekären der »modernen« kapitalistischen Gesellschaft an – und wo sich die Gelegenheit ergibt, den gewalttätigen Teilen ihrer Demonstrationen. Die Revolte von Vaulx-en-Velin, einer Stadt mit 15000 EinwohnerInnen am Rande Lyons, einer Arbeitslosigkeit von 17% und einer Bevölkerung, die zur Hälfte wegen ihrer niedrigen Einkünfte keine Steuern bezahlt, ist nichts besonders Außergewöhnliches – weder für die etwa 400 Stadtteile in Frankreich, die von der Regierung als Krisengebiete eingestuft werden, noch was die Zusammensetzung der Aufständischen angeht. Genauso wie Streiks eine offene Form des permanenten Kampfs gegen die tägliche Ausbeutung sind, sind solche Revolten sichtbare Formen einer Gewalt gegen die alltäglichen Bedingungen und die alltägliche Repression. Die Demonstrationen der GymnasiastInnen haben gezeigt, wie sie diese Gewalt in sich aufnehmen und akzeptieren können. Es würde dasselbe passieren, wenn die Kämpfe der ArbeiterInnen sich verallgemeinern.

Insgesamt wurde in den Kämpfe 1990 deutlich, daß Zersplitterung und Sektorisierung bisher jede gemeinsame Bewegung verhindert und die Kämpfe in die Alltäglichkeit zurückgeworfen haben. Aber Unternehmen und Staatsmacht sind nicht Herr der Lage. Die Bedingungen, die sie geschaffen haben, um einer Verallgemeinerung vorzubeugen und gleichzeitig einen größeren Mehrwertanteil abzupressen, könnten ihnen auf die Füße fallen. Alles wird vom Ausmaß des kapitalistischen Angriffs auf die Beschäftigtengruppen abhängen, die bisher, was Lohn und Arbeitsplatzgarantie angeht, von der Umstrukturierung verschont geblieben sind.

Der Golfkrieg bot den Herrschenden eine günstige Gelegenheit, eine Zeitlang den zunehmenden Angriff auf die ArbeiterInnen zu verschleiern. Aber das »Unbehagen«, von dem wir bereits gesprochen haben, wird in dem Maß zunehmen, wie die Abneigung gegen die traditionellen Spielregeln zunimmt: gegen politische Parteien, Gewerkschaften und gegen die Aktionsformen, die sie den ArbeiterInnen, der Gesamtheit der Ausgebeuteten, anzubieten haben. In einer derartigen Situation läßt sich nur darüber spekulieren, wie sich die Verhaltensweisen in der Arbeit und im Alltag sowie die kollektiven Widerstandsformen, wo die Gewalt immer mehr zunimmt, entwickeln werden.

Februar 1991



Die Vorstadtindianer

In Mantes-la-Jolie haben die GymnasiastInnen auf ihre Art den Unterricht wieder aufgenommen: »Die Schulhefte ins Feuer, die Lehrerin in die Mitte«. In Vaulx-en-Velin brannten Autos, um die Langeweile des Osterwochendes zu vertreiben, seit Februar rächen die Jugendlichen den Tod von Thomas Claudio auf ihre Art: Sie schneiden mit geklauten Kisten den Streifenbullen den Weg ab. Diese spielerische Art, die Autogesellschaft zu überholen, hat so manchem einen Schrecken eingejagt: den Insassen einiger Bullenautos, dem Schaufenster eines Sportgeschäfts und der Bürobesetzung eines ramponierten Kommissariats. 600 Bullen sind daraufhin losgeschickt worden, um die Gegend zu durchstöbern, auf der Suche nach den fahrenden Rammböcken. In Sartrouville kam es nach dem Tod von Djamel zur Revolte, die vom 26. bis zum 28. März dauerte. Als am 10. April der Mordablauf nachgestellt wurde, brach sie von neuem los. Die Bullen wurden mit Steinen, Boccia-Kugeln und Mollis angegriffen, Zivis kriegten auf die Mütze, Autos brannten, ein Möbelhaus wurde angezündet.

In den Augen von *Le Monde* sind diese Ereignisse »Ausdruck der Ausweglosigkeit der Jugendlichen in den Vorstädten«. In Wirklichkeit führt die Peripherie den BewohnerInnen der Innenstädte vor Augen, daß die beste Art, ein Auto zu benutzen, darin besteht, es zu Karambolagen oder Freudenfeuern zu verwenden, daß Schaufensterscheiben nicht von Ewigkeit und Bullen nicht unbesiegbar sind. Ein Hinweis darauf, wie die Städteplaner das Leben unerträglich gemacht haben, indem sie die Armen aus den Städten in die Lager um die Städte gepfercht haben. Die Vorstädte hören nicht damit auf, uns auf unser beschissenes Leben hinzuweisen.

Und sie lehren uns das Kämpfen: Ihre Verweigerung des offiziellen Frankreich drückt sich in einer Praxis aus, die sie mit Extremisten unserer Sorte teilen: die Jagd auf Journalisten in Momenten kollektiver Revolte. In Sartrouville wurden alle Fernsehjournalisten systematisch angegriffen und eine Videokamera von TF 1 von Leuten entwendet, die mit Sicherheit wissen, daß sie mit so einer Betacam locker für ein ganzes Jahr 15 Wohnungen in den Hochhausblöcken mieten können. Die Banden wissen sich zusammenzuschließen, auch wenn sie sich manchmal in unnötige Auseinandersetzungen verzetteln, und beweisen ein großes Maß an taktischer Finesse bei den Scharmützeln mit den Bullen.

Wehret den Bärtigen!

[»Bärtige« ist ein Ausdruck für die Moslembrüder bzw. islamischen Integristen]

Am 2. April hingegen bekam man Bauchweh. Der Supermarkt, vor dem Djamel ermordet wurde, war fast leer, die Plakate mit der Aufschrift »Euromarché-Mörder« hingen noch überall, es wimmelte nur so

von Bullen, das Café war geöffnet, aber fast leer. An der Cité des Indes waren die Demotransparente auf dem Rasen ausgebreitet und wurden von Möchtegern-»beurs« zwischen 30 und 40 mit grünen Armbinden (Farbe des Islam) bewacht, bereit in ihre Autos zu springen, um die geringste Ansammlung von Jugendlichen zu observieren. Der Supermarkt wurde von den Bullen bewacht, die Cité von den Islamisten. Jugendliche aus der Cité des Indes brachten in einem Interview neben einer unglaublichen Wut auf den Bürgermeister und das Leben, das ihnen geboten wird, antisemitische Ressentiments zum Ausdruck, die durch den Golfkrieg verstärkt wurden.

All diejenigen, denen vom großen Rabbinat und vom Dritten Reich der Stempel Jude aufgedrückt wird, sind das Ziel der zionistischen Erpresser, die sie in erster Linie in Militante für ein rassistisches theokratisches Israel umformen wollen. In dieser Hinsicht fördert der Zionismus bei den AraberInnen der Straße die einfache Gleichsetzung von Juden und Zionisten. All diejenigen, die der französische Rassismus und die nationalistischen Kräfte als »Araber« definieren, sind die Zielscheibe eines Vereinnahmungsversuchs seitens der islamischen Integristen, die ebenso rassistisch gegenüber den Juden sind wie diese gegenüber den Arabern. Die Wut angesichts der ungeheuerlichen Medienmanipulation während des Golfkriegs, angesichts der Stimmungsmache nach der Affäre von Carpentras *[Gräber- und Leichenschändung auf einem jüdischen Friedhof 1990, danach gab es riesige Demos, breite Presseberichte usw.]* und der Ermordung von so vielen Arabern, dieses besondere Klima, das in Frankreich seit ein paar Jahren herrscht, all das schafft einen günstigen Boden für die Kräfte, die ein Interesse an einer Ghettobildung haben: die religiösen Fanatiker und der Staat. Wir haben zuviel mit den Rumtreibern aus den Vorstädten gemeinsam, um einige von ihnen einfach von den Bärtigen einkassieren zu lassen. Wir als ImmigrantInnen der dritten Generation haben nicht vergessen, daß unsere Großeltern ermordet wurden wie heutzutage die Jugendlichen in den Cités. Im August 1893 veranstalteten in Aigues-Mortes 300 mit Stöcken bewaffnete Leute Jagd auf »den Italiener«. Es gab ungefähr 50 Tote und 150 Verletzte. Solche Beispiele gibt es viele. Alle Immigrantengruppen, ob aus der Auvergne, der Bretagne, aus Belgien, Italien oder Polen wurden Zielscheibe des Rassismus, bis sie in den 50er Jahren schließlich integriert wurden.

Neben dem sozialen Aufstieg einer Minderheit, den Mischehen und dem Schulwesen war es vor allem die KPF, die zur Integration beitrug. Indem sie die Immigranten-ArbeiterInnen in Arbeitskämpfe einbezog, schuf sie Perspektiven, die mit den »Franzosen« geteilt werden konnten, als Gegengewicht zu ihrem Unbehagen gegenüber dem französischen Gastland.

Heute sind die Kinder der Immigranten, die bei Citroën arbeiten, auf die Arbeitslosigkeit vorbereitet und verwerfen mit aller Gewalt die Sklaverei, der ihre Eltern unterworfen waren.

Als das Wort »beur« in Mode kam, war das der Versuch, eine Realität zu begreifen, die ihnen entgangen war: Individuen mit der interessanten Besonderheit, »keine wirkliche Identität zu haben«. Sie fühlten sich weder richtig als Franzosen, noch als Algerier oder Marokkaner. Vaterlandslose, voll Energie, in der Lage, beide Gesellschaften mit den Werten der anderen zu kritisieren, die Umnebelung durch den Islam *und* die Unmenschlichkeit des modernen Westens zu verwerfen: In der Tat Menschen, die möglicherweise gar nicht integrierbar sind. Die Initiative *SOS-racisme*, die das Ziel hatte, sie wieder einzugliedern, ist gescheitert, in der Zwickmühle zwischen zionistischer Unterwanderung und dem Organisieren von Großspektakeln. Wir wissen, daß gewisse führende Köpfe im Innenministerium, die sich mit den Vorstädten beschäftigen, sich auf die Schulter klopfen, weil sie in Vaulx-en-Velin das Feuer zum Erlöschen brachten, indem sie sich an die »Imame« wandten. Das Unterfangen war in diesem Fall lächerlich. Das schließt nicht aus, daß es in anderen Situationen erfolgreich sein wird. Werden die Herrschenden Harlem Desir *[Mitbegründer und hohes Tier bei SOSracisme]* durch die Moslembrüder ersetzen? In gewissen Vorstädten überlassen sie es auf alle Fälle den islamischen Kräften, für die öffentliche Ordnung zu sorgen, die ihre eigenen Büttel nicht mehr sichern können.

Unentschieden

Angesichts der Aussichtslosigkeit, ganze Bevölkerungsgruppen zum Arbeiten zu bewegen, greifen die Sozialplaner des französischen Kapitalismus alles auf, was ihnen eine kleine Atempause verspricht. Der Islam hat zweifellos die Geborgenheit einer Gemeinschaft und Unterstützung bei Alltagsproblemen zu bieten, bei denen der moderne Kapitalismus keine Hilfe ist. Aber es braucht einiges mehr dazu, um die Vorstadtrevolten zu vereinnahmen. Zuallererst, weil die gemeinsame Identität mehr aus einer gemeinsamen Umwelt als aus einer ethnischen Herkunft herrührt. In den Banden sind die »Franzosen« an der Seite ihrer »reubeux«-Freunde aus der Cité *[in den franz. Vorstädten entwickeln die Jugendlichen neue eigene Sprachformen. Aktuell beliebt ist »parler a l'envers«, das Umdrehen der Silben, so entsteht zB aus »beurs« »reubeux«]*. Schließlich und vor allem leben die jugendlichen Marginalisierten in einer umgekehrten Welt wie ihre Eltern: Sie sind anstatt über die Arbeit über den Konsum in diese Gesellschaft integriert. Ein Konsum von Lebensformen, den die Koranverse kaum ersetzen können. Die Bärtigen werden es schwer haben, die Rumtreiber davon zu überzeugen, auf die Aneignung all der Reichtümer zu verzichten, zu denen ihnen die Scheiß-Schaufensterscheiben den Zugang versperren. Und wir werden gegen die Warenwelt *und* die Bärtigen kämpfen müssen, um durch die Gemeinsamkeiten, die wir mit ihnen haben, mit den Brandstiftern aller Vorstädte der Welt zusammenzukommen.

Karoly Goulash und Sergio Tortellini

Falsche Brüder, wahre Bullen

GenossInnen, die am Tag nach den Zusammenstößen in Sartrouville auf einer von den Jugendlichen der Cité einberufenen Versammlung waren, erzählten, was einige von diesen, augenscheinlich die Entschlossensten, im Kopf und im Bauch hatten. Nachbereitung.

Die Diskussion entbrannte an allgemein bekannten Gemeinplätzen (Bullen, kleine Läden, Wachschutz ...) und nahm plötzlich eine überraschende Wendung. Diejenigen, die nun dauernd quasselten und die Diskussion lenkten – eine Gruppe Lehrer, dachten wir – waren in Wirklichkeit, sie gestanden es recht schnell ein, Vollblutmoslems, Koranfanatiker. Eine Flut von antisemitischen Äußerungen folgte: »Die Journalisten? Alles Juden! Der Bürgermeister von Sartrouville? Auch ein Jude! Die Händler? Auch Juden!« (was anscheinend das Anzünden des Geschäfts Levitan »rechtfertigen« sollte, ohne »J« zwar ...). Nach ihrer sozialen »Kritik« ihr Programm: Die einzige Antwort, Islam! Es folgte eine leidenschaftliche Diskussion unter ihnen über »Das Protokoll der Weisen von Zion«*, das in der Cité zirkuliert – was uns endgültig zum Kotzen brachte.

Diejenigen, die den Bullen und Lehrern Feuer unterm Arsch machten, sind auf einmal mit einem hinterlistigeren Feind in den eigenen Reihen konfrontiert: den »Brüderchen«. In der Lage, lokale Aufstände zu organisieren, die auch ohne sie ausgebrochen wären, scheinen sie außerdem in der Lage – und das ist ärgerlich – diese einzudämmen, um sie ihren speziellen Interessen nutzbar zu machen. Für welchen Deal mit den Herrschenden?

Hütet euch vor falschen Brüdern!

* 1919 erschien in München unter Pseudonym ein Buch »Die Geheimnisse der Weisen von Zion«; darin angebliche Verhandlungsprotokolle vom Basler Zionistenkongreß 1897. Kurz darauf kam raus, daß es eine fast wörtliche Abschrift eines bereits 1866 erschienen Romans war – der wiederum großteils aus einem anonym veröffentlichten Pamphlet eines gewissen Maurice Joly »Dialogue aux Enfers entre Machiavel et Montesquieu« abgeschrieben war. Das Falsifikat wurde ab 1910 zum Hauptpropaganda-Instrument des Zarismus gegen den bürgerlichen Fortschritt und die Arbeiterbewegung. Nach der Oktoberrevolution brachten es zaristische Emigranten nach Deutschland, wo es überall Verbreitung fand, als Hetzschrift gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung«.

Beten & Arbeiten

Der Islam in Europa

In Europa hat es wie fast überall auf der Welt seit 1985 eine starke Zunahme des islamischen Fundamentalismus gegeben. Zudem hat die iranische Revolution und neuerdings auch wieder der Golfkrieg manchen Linken die Gedanken verwirrt; viele sehen im Fundamentalismus revolutionäre Triebkräfte am Wirken. Ein türkischer Genosse hat deshalb den nebenstehenden Artikel zum Anlaß genommen, um mit ein paar einleitenden Erklärungen eine – hoffentlich – breitere Diskussion über den Fundamentalismus zu eröffnen.

Die arabischen Schrift bedeutet: »Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen.«

1) Der Islam – religiöse Angelegenheit oder Form sozialer Organisation?

Der Islam ist mehr als eine religiöse Angelegenheit, er organisiert das Leben seiner Gläubigen: Du mußt täglich fünfmal beten, freitags in die Moschee gehen und eine Stunde lang dem Hodscha zuhören; es gibt zehn heilige Nächte im Jahr, in denen man beten muß, während des Ramadan muß man nach dem Abendessen in die Moschee gehen und eineinhalb Stunden dem Hodscha zuhören (meistens eine Hälfte Koranauslegung, eine Hälfte Erzählungen über soziale Angelegenheiten und Perspektiven), danach 12mal beten. Die Hodschas predigen sehr offensiv: wie muß sich ein Moslem bewegen, wie kann er seine Überzeugung anderen gegenüber durchsetzen usw. Die Moscheen werden als soziale Zentren ausgebaut. Viele gehen dorthin, weil sie Leute treffen, billig Tee trinken können usw. Damit sie nicht in Spielhallen rumhängen, Alkohol trinken und rauchen, schicken viele Eltern auch ihre Kinder dorthin; sie können dort Karate und andere Sportarten lernen. Natürlich fischen dann die Hodschas die Kinder für Korankurse, damit sie gute Moslems werden.

2) Islam und Klassenverhältnisse: Arbeit und Recht

Der Islam bietet der herrschenden Klasse fast unendliche Möglichkeiten. Die folgenden Ausführungen habe ich dem Propagandabuch *Arbeit im Islam* entnommen, das seit 1988 massenhaft verbreitet wird.

Ein Moslem sollte seinem Vorgesetzten nicht widersprechen. Er sollte seine Arbeit sauber machen und nicht absichtlich langsam arbeiten oder etwas kaputt machen; schon die Gedanken daran sind verboten. Denn der Vorgesetzte ist dein Brotgeber. Ein Unternehmer verpflichtet sich nur, den versprochenen Lohn pünktlich und korrekt zu bezahlen. Wenn der Lohn für den Arbeiter nicht genug ist, darf er nicht streiken oder die Arbeit niederlegen. Sondern er sollte seinen Vorgesetzten auf seine Lage aufmerksam machen. Der Vorgesetzte bzw. Unternehmer soll die Beschwerde ernst nehmen. Wenn der Arbeiter mit seiner Beschwerde Recht hat, soll er ihm mehr Lohn geben. Wenn er nicht mehr Lohn geben kann, muß er es begründen.

Für einen Moslem gibt es eine genaue Hierarchie in der Welt: 1. Gott, 2. Mohammed, 3. Halife, 4. Hodscha und Vater, 5. alte Männer in Familie und Verwandtschaft, 6. alte Männer im Bekanntenkreis. Der Vorgesetzte in der Arbeit kommt gleich nach Gott und Mohammed. »Wer nicht auf seinen Vorgesetzten hört, hört auch nicht auf Gott.« (Mohammed) und: »Das beste Gebet ist die Arbeit.« (derselbe) Deshalb darf ein Moslem während der Arbeit auch aufs Beten verzichten.

»Der Mensch hat einen Körper und Kopf, die wurden ihm zum Beten und Arbeiten gegeben.« (Koran) – Für diese arbeitgeberfreundliche Ausrichtung gibt es Gründe: Mohammed war ein großer Geschäftsmann auf der arabischen Halbinsel. Er brauchte Arbeitskräfte und neue Märkte und führte deswegen zuweilen Krieg gegen andere (insgesamt vierzehn). So erklären sich Zitate im Koran wie: »Wenn dir ein Ungläubiger Schaden zufügt, hast du das Recht, ihn zu bestrafen.« Ein Moslem muß immer gegen Ungläubige kämpfen, jeder Ungläubige ist ein Schaden.

3) Entwicklung des Fundamentalismus in Europa und der BRD

In den 70ern kamen massenhaft TürkInnen aus Ost- und Mittelanatolien in die BRD. Sie lebten in der BRD sehr eng zusammen – Ghettostrukturen, in denen der Islam schnell Fuß fassen und sich entwickeln konnte. Was auch dadurch begünstigt wurde, daß er ihnen in der Fremde Identität und Geborgenheit lieferte und eine Möglichkeit zum Zusammenkommen.

Die Unternehmer und Vorgesetzten sind Christen. Die islamischen ArbeiterInnen arbeiten schnell und sauber, um Geld zu verdienen; diese »Schande« können sie umgehen, indem sie sagen, sie arbeiten so, wie der Koran es will. Klar, man muß nicht immer auf den Vorgesetzten hören, der ja ein Christ ist, aber die Arbeit muß man sauber machen, die ist nicht für Christen, sondern fürs Brot... Das haben die nach Deutschland gekommenen Hodschas in den ersten Jahren gepredigt.

Nach dem Militärputsch in der Türkei zerbröckelten 1983/84 auch die linken türkischen Organisationen in der BRD. Das hat dem Islam weiteren Auftrieb gegeben (auch die linken Parteien organisieren sich traditionell als soziale Zentren mit Fußballmannschaft, Folklore-Gruppen, Volkstanz, Theater usw.).

Auf der anderen Seite haben die Hodschas gelernt, sich geschmeidig den hiesigen Verhältnissen anzupassen. Im Gegensatz zu ihrer Propaganda in den islamischen Ländern haben sie hier begonnen, eine »Arbeiterlinie« zu vertreten: unsere Arbeitgeber sind keine Moslems, deshalb müssen wir unsere Wünsche selbst durchsetzen. Beispielsweise sind die Hodschas (und ihre Gläubigen) 85 und 87 für die 35-Stunden-Woche auf die Straße gegangen, sogar zum 1. Mai. Es kam auch zu Streiks und Auseinandersetzungen wegen des Rechts, während der Arbeit zu beten – in der Türkei gibt es das nicht, da würde der Arbeitgeber ja sofort den Koran zitieren: »Das beste Gebet ist die Arbeit.«

4) Widersprüche und Entwicklungen im Golfkrieg

Während des Golfkriegs entwickelte sich ein Widerspruch zwischen den islamischen Massen und den islamischen Führern. Diese hatten immer wieder zum Kampf gegen Christen, Juden und andere Religionen aufgerufen. Die politische Überlegung dahinter war, mit religiöser Propaganda politische Macht zu gewinnen oder innenpolitische Widersprüche zu mildern (wenn du einen Armen in der Türkei fragst, wer die Reichen sind, wird er dir antworten: die Armenier und die Juden).

Im Golfkrieg standen diese Führer unter dem Druck der islamischen Massen, gegen die Amis zu kämpfen und den Heiligen Krieg auszurufen. Sie werden aber von Saudi Arabien und Kuwait finanziell unterstützt und wollten deshalb nicht radikal gegen die USA Position beziehen. Unter der Hand machten sie Propaganda gegen Saddam, er sei kein wirklicher islamischer Führer, weil er Krieg gegen den Iran geführt hat. Die Massen hat das kaum interessiert. Wenn sich zwei moslemische Staaten bekämpfen, mag das ein Fehler sein. Aber jetzt sei die Zeit gekommen, gegen die Juden und Christen Krieg zu führen.

Der Krieg war zu kurz, als daß sich die islamischen Massen gegen ihre Führer hätten durchsetzen und neue Führer finden können. Trotzdem haben die islamischen Massen auf den Sieg des Irak gehofft und waren nach seiner Niederlage demoralisiert. Aber auch für die islamischen Führer ist diese Lage keineswegs günstig, sie sind zur Zeit in der Krise. Eine revolutionäre Entwicklung im Iran würde die fundamentalistische Bewegung stark schwächen – war doch der Iran im letzten Jahrzehnt ihr gelobtes Land...

Der Streik der iranischen Öl-ArbeiterInnen erschüttert das islamische Regime

In der letzten Wildcat war ein Flugblatt zum Streik der ÖlarbeiterInnen während des Golfkriegs. Wir haben seither versucht, mehr über diesen wichtigen Kampf zu erfahren. Die einzigen, die unsere Fragen beantworten konnten, waren Sympathisanten der Volksfedayin. Sie einen Text geschrieben, den wir gekürzt und überarbeitet haben, voilà.

Der Iran braucht westliche Investitionen, um aus seiner wirtschaftlichen Krise herauszukommen. Deshalb hat das islamische Regime seine Parolen gegen den Westen eingestellt. Die »Islamische Revolution« soll nicht mehr in andere Länder wie Türkei, Pakistan, arabische Länder usw. exportiert werden. Im Krieg gegen den Irak hat der Iran seine diplomatische Haltung bewiesen. Auch deshalb haben die Imperialisten keine Bedenken mehr, im Iran zu investieren. Die alten Herren versuchen jetzt, für den Iran einen Platz in ihrer »Neuen Weltordnung« des Kapitals freizuhalten. Die Reisen von Genscher und die Einladung von Rafzandjani in die BRD sind Teile dieses Vorhabens. Aber es gibt noch einen Schönheitsfehler auf diesem Weg. Das Regime hat kein stabiles Fundament, die Gesellschaft ist explosiv. Die politischen und wirtschaftlichen Verbesserungen, für die die Massen im Iran 1978-79 auf die Straßen gegangen sind, sind nicht eingetreten. Stattdessen gab es die Willkür der islamischen Herrschaft und acht Jahre Krieg. In diesem Zusammenhang sind die Streiks und sämtliche Protestbewegungen im Iran als Absage an das islamische Regime zu verstehen. Deshalb versuchen die Imperialisten, sich sehr rasch mit dem Rafzandjani-Regime zu arrangieren und sind bereit, dort zu investieren.

Nach der Streikwelle im Herbst 90 [siehe Wildcat 54] und nach dem Lehrer-Streik (der ohne nennenswertes Ergebnis blieb) streikten im Dezember 1990 13 000 ArbeiterInnen des »Nationalen-Industrie-Komplex« [eine Art staatlicher – 52% gehören der iran. Staatsbank – Gewerbepark in Teheran mit mehreren kleinen, untereinander verknüpften Fabriken; solche Gewerbeparks gibt es in fast jeder größeren Stadt im Iran]. Es war der zweite Streik innerhalb von drei Jahren. Nach 10 Tagen mußten sie den Streik aufgeben, ohne ihre Forderungen durchsetzen zu können. Körperliche Gewalt vor allem gegen Arbeiterinnen, Festnahmen, Hausdurchsuchungen und das sogenannte islamische Verbot von Streiks waren die Gründe für die Beendigung des Streiks.

Aber auch mit Gewalt können die Machthaber die Kämpfe der ArbeiterInnen nicht aufhalten. Der Streik der Öl-ArbeiterInnen und der zu diesem Industriezweig gehörenden Abteilungen seit Ende Dezember war der vorläufige Höhepunkt all der vorangegangenen Streiks. Zur Ölindustrie gehören sowohl die sechs großen Raffinerien des Landes, in denen das Erdöl zu Benzin, Fetten, Chemikalien usw. verarbeitet wird, als auch die angeschlossenen Labors, Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und der ganze Bereich von Rohrverlegung und Pipeline-Wartung. Zur Ölindustrie gehören aber auch eine eigene Tankerflotte, Krankenhäuser, Wohnungs- und Straßenbau. Die größte Raffinerie ist die von Abadan, die größte Raffinerie Asiens. Frauen arbeiten als 'Ölarbeiterinnen' in fast allen Bereichen, vor allem in den Labors, als Wissenschaftlerinnen, Krankenschwestern und Putzfrauen. Sie haben den Streik zusammen mit den Männern durchgeführt. Außerdem haben die Ehefrauen der Arbeiter den Streik aktiv unterstützt.

Der Streik wurde geheim vorbereitet und dann gleichzeitig in allen Teile dieser Industrie mit denselben Forderungen begonnen.

Die Forderungen der 60 000 Öl-ArbeiterInnen waren folgende:

1. Lohnerhöhung entsprechend der Inflation;
2. Baugrundstücke für Arbeiterfamilien;
3. Extra-Zahlung von zwei Monatslöhnen;
4. Arbeitsverträge für SaisonarbeiterInnen mit allen Absicherungen;
5. Lohnerhöhung nach Betriebszugehörigkeit;
6. Abgabe von bestimmten Mengen subventionierter Lebensmittel;
7. Zahlung von zinslosen Baukrediten.

Verlauf des Streiks:

Am 29.12.90 haben die ArbeiterInnen der Raffinerien von Isfahan und Abadan mit einem Hungerstreik angefangen. Einen Tag später begann der Streik in den Teheraner Raffinerien, an den nachfolgenden Tagen in Tabriz und Schiraz. Als nach vier Tagen Hungerstreik die Herrscher in Teheran nicht reagierten, haben die ArbeiterInnen die Arbeit ganz niedergelegt. Auch in den angeschlossenen Bereichen 'Gas', 'Verteilung', 'Petrochemie', 'Telefonwesen' und 'Rohrabteilung' haben sich die ArbeiterInnen und Beamten dem Streik angeschlossen. ['Beamte' sind staatliche Angestellte ohne Verpflichtung oder Vereidigung auf den Staat.]

Der Streik hat zwei Wochen gedauert. In der Zeit haben Vertreter vom Arbeitsministerium und der Öl-Industrie öfter versucht, mit »Vertretern« der Streikenden zu verhandeln. Das haben die Streikenden verweigert. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß solche Arbeiter-VertreterInnen nie mehr zurückkehren und im Gefängnis landen. Die Streikenden haben deshalb gesagt, daß sie keine Vertreter wählen und nur ohne Vertreter verhandeln würden.

Aber das Regime hat wieder zu den alten Methoden gegriffen und 1321 Streikende durch Pasdaran [»Revolutionswächter«] festnehmen lassen. Die »Freilassung der Festgenommenen« wurde als neue Forderung zusätzlich zu den anderen sieben aufgenommen. Nach zwei Wochen kamen dann Leute vom Geheimdienst SAVAMA in die Betriebe und erzählten den Streikenden, daß wegen des Golfkrieges nun alle Öl-Angelegheiten unter ihre Kontrolle gestellt seien. Sie haben den Streikenden versprochen, daß man ihre Forderungen überprüfen würde. Daraufhin haben die ArbeiterInnen dem Regime eine Woche Zeit gegeben und mit der Forderung nach »Freilassung der Festgenommenen« ihren Streik vorübergehend unterbrochen. Noch vor Ablauf der Wochenfrist ist Rafzandjani im Fernsehen aufgetreten und hat die Freilassung der Festgenommenen und die Erfüllung anderer Forderungen bekanntgegeben.

Folgende Punkte hat das Regime akzeptiert (und damit ist der Streik der erfolgreichste Streik während des islamischen Regimes):

- Lohnerhöhung um 2000 Tuman;
- Erhöhung des zinsfreien Wohnbaugelds von 400 000 auf 750 000;
- Kostenlose Vergabe von Baugrundstücken von 300 bis 350 m^2 in der Nähe Teherans;
- Zweifache Erhöhung der Lohnklasse;
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 350 Tuman in Monat
- Zahlung von zwei Monatsgehältern als Ausgleich und Neujahrs-Geld
- Ab sofort werden alle RentnerInnen der Öl-Industrie die Möglichkeit zu haben, in den industrieeigenen Krankenhäusern behandelt zu werden und in der Krankenversicherung der Öl-Industrie zu bleiben [was beides billiger ist als in entsprechenden staatlichen oder privaten Institutionen].

Die Forderungen nach subventionierten Lebensmitteln und »Legalisierung« der Saison-ArbeiterInnen wurden nicht erfüllt.

In den Forderungen der ArbeiterInnen kann man vielleicht auf den ersten Blick keinen politischen Inhalt erkennen. Um verstehen zu können, warum im Jahre 1991 solche Forderungen für sie so wichtig sind, nehmen wir

uns im folgenden jeden dieser Punkte etwas genauer vor:

- Lohnerhöhung entsprechend der Inflation:
Der Lohn der ArbeiterInnen ist immer ein Hungerlohn gewesen, weil sie gegen die harte Repression des Regimes keine Möglichkeiten hatten, bessere Bezahlung und mehr politische und soziale Rechte in der Gesellschaft durchzusetzen. Mit dem Aufstand gegen das Schah-Regime hat die Arbeiterklasse für ein besseres Leben gekämpft. Herausgekommen ist aber alles andere als eine Verbesserung. Seit 1979 hat das islamische Regime die erkämpften Rechte der ArbeiterInnen nach und nach mit Gewalt zurückgenommen. Es wurde ein Lohnstopp über das Land verhängt. Auf Kosten der ArbeiterInnen wurde ein achtjähriger Krieg gegen den Irak geführt. In einem Land, wo die Inflationsrate 3000 Prozent und mehr beträgt, wo jede Organisation verboten ist, sind diese Lohnkämpfe für die Polarisierung der Gesellschaft sehr wichtig.

- Baugrundstücke für Arbeiterfamilien:
Die Boden- und Wohnungsspekulanten nutzen die Inflation aus und verlangen als Miete für eine Dreizimmerwohnung das mehrfache Monatsgehalt einer Arbeiterfamilie. Deshalb hatten die Öl-ArbeiterInnen noch unter dem Schah durchgesetzt, daß sie kostenlose Baugrundstücke bekommen. Das islamische Regime hatte dieses Recht unter dem Vorwand des Kriegs gegen den Irak weggenommen.

Kommt zur Demo gegen den Besuch von Rafzandjani! am Samstag, 21.Juni um 10 Uhr im Hofgarten, Bonn

- Extra-Zahlung von zwei Monats-Löhnen:
Ist als 13. Monatsgehalt zu verstehen. Auch das war mit dem Iran-Irak-Krieg als Begründung gestrichen worden.

- »Legalisierung« von SaisonarbeiterInnen:
Die Kapitalisten und ihr Regime im Iran nutzen die Lage von schätzungsweise über 5,5 Millionen Arbeitslosen und Millionen anderer, die für ihren Lebensunterhalt täglich oft bis zu 16 Stunden mehrere Jobs nebeneinander machen müssen. Saisonarbeit gibt es vor allem im Öl-Rohrnetz, das aus mehreren Tausend km Rohren besteht. Diese können nur im Sommer gewartet werden, weil im Winter der Boden gefroren oder schneebedeckt ist. Deshalb werden hierfür SaisonarbeiterInnen eingestellt. Andere Arten von Saisonarbeit sind bestimmte Projekte im Wohnungs- oder Straßenbau und das Reinigen der Öltanks. Unter englischer Verwaltung wurden diese Arbeiten oft von Kindern gemacht.

- Lohnerhöhung nach Betriebszugehörigkeit:
Das ist wegen der galoppierenden Inflation sehr wichtig. Die Löhne sollen damit an die Berufserfahrung, Familienstand und Lebensalter gekoppelt werden.

- Abgabe von subventionierten Lebensmitteln
Außer subventionierten Nahrungsmitteln wie Brot und einigen Milchprodukten können sich die ArbeiterInnen mit ihren Hungerlöhnen nichts leisten. Deshalb verlangen sie direkt die Lebensmittel, um so der täglich zunehmenden Inflation zu entgehen.

- Zahlung von zinlosen Baukrediten:
Ohne diese Kredite würde eine Arbeiterfamilie nie ein sicheres Dach über dem Kopf haben, wenn man bedenkt, daß sogenannte islamische Banken bis zu 20% Zinsen im Namen Gottes nehmen.

Die Arbeiter-Organisationen im Iran:
Im Iran hat es seit Jahrzehnten verschiedene Versuche gegeben, Gewerkschaften und anderen Organisationen zu gründen. Unter dem Schah-Regime waren Organisationen der ArbeiterInnen verboten, ihre Gründer wurden verfolgt. Das Regime gründete nach dem Gewerkschaftsverbot gelbe Gewerkschaften, was aber von den ArbeiterInnen nicht akzeptiert wurde. Die ArbeiterInnen haben immer versucht, sich unabhängig zu organisieren, haben große Kämpfe dafür geführt und einen hohen Preis bezahlen müssen.
In letzter Zeit gab es auch verschiedene Proteste; z.B. fangen im vollbesetzten Fußballstadion von Teheran etwa 100 000 Leute an, anstatt die Mannschaften anzufeuern politische Parolen gegen das Regime zu rufen. Solche Kampfformen gibt es immer wieder. Die Verbindung zu den Streiks besteht darin, daß jeder dieser Kämpfe ein Funke zum Anstoß anderer Kämpfe ist, weil sie sich außerhalb der Kontrolle des Regimes bewegen.
Der Iran bestreitet bis zu 70% seines Einkommens aus dem Erdöl-Export. Entsprechend wichtig sind die ÖlarbeiterInnen für die Ökonomie des Landes und jedes Regime im Iran war stets bemüht, sie zufrieden zu halten.
In den verschieden Etappen unserer Geschichte haben die Kämpfe der Öl-ArbeiterInnen auch deshalb immer eine besondere Rolle gespielt, weil sie am besten organisiert sind und ihre Anzahl im Vergleich zu anderen Branchen sehr hoch ist.
Bei dem Aufstand von 1979 haben die Öl-ArbeiterInnen mit ihrem Streik ihre Stärke demonstriert. Sie haben den ganzen Finanz- und Unterdrückungsorganen des Schahs das Geld und im wahrsten Sinne den Treibstoff entzogen.
Nach dem Machtwechsel im Iran haben die ArbeiterInnen sich in Räten organisiert und damit in einer noch nie dagewesenen Dimension am politischen und wirtschaftlichen Geschehen des Landes teilgenommen.
Natürlich paßte das einem Regime nicht, das das kapitalistische System vor der Turbulenz der Revolution retten wollte. Die Räte wurden vom islamischen Regime unter verschiedenen Vorwänden (wie »kommunistisch unterwandert«) verboten oder durch die Gründung von islamischen Räten, islamischen Arbeitervereinen usw. gespalten. Den Krieg mit dem Irak benutzte das islamische Regime, um revolutionäre Organisationen zu verbieten, die Räte brutal zu vernichten und ihre Aktivisten hinzurichten. Hierbei haben sich mindestens fünf Jahre lang Reformisten wie die Tudeh-Partei oder die 'Fedayin-Mehrheit' als gute Diener erwiesen. Sie haben die ArbeiterInnen zu unbezahlten Überstunden für den »Vaterländischen Krieg« gezwungen. Jeder Protest wurde mit Vaterlandsverrat und Gotteslästerung gleichgesetzt und die ArbeiterInnen nach islamischen Maßstäben bestraft.
Jetzt ist das Regime aufgrund der Kämpfe gezwungen, auf die Forderungen einzugehen, um größeren Protesten zu entgehen und um den Kapitalisten seine Stabilität zu beweisen. Dieser Streik ist aber erst der Anfang, und die Kapitalherren werden es bestimmt nicht mehr so leicht haben wie unter dem Schah und in den letzten 12 Jahren. Alle haben gelernt. Deshalb ist dieser Streik für die iranischen ArbeiterInnen und für uns besonders wichtig und kann Schule machen.

Iranische Studentenorganisation, Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans in der BRD

Klassenkampf und Ökologie

In der Wildcat Nr. 54 waren einige Überlegungen der Wildcats aus Freiburg zum Verhältnis von Ökologiebewegung und Arbeiterklasse. Beide scheinen heute grundsätzlich in Widerspruch zueinander zu stehen. Die Ökologiebewegung vergißt in ihrer Sorge über »die Natur« und wegen ihrer Mittelschichtsorientierung die menschliche Natur der ArbeiterInnen, die als solche schon durch die aufgezwungene Arbeit zerstört wird. Die offizielle Arbeiterbewegung verteidigt aus Sorge um Arbeitsplätze und weitere wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit dem Kapital die Fortführung umweltzerstörender Produktionen. So war es zumindest bis vor kurzem. Heute zeichnet sich eine neue, verschärfte Konstellation ab: das Kapital spielt die ökologische Karte aus und auch Gewerkschaftsführer entdecken ihr grünes Herz. In der internationalen Politik zeichnet sich eine neue Legitimation für den Imperialismus ab: Staaten werden auf eine bestimmte Politik verpflichtet, ihnen wird mit finanziellen bis hin zu militärischen Sanktionen gedroht, wenn sie Umweltauflagen – worunter mittlerweile auch die Eindämmung der »Bevölkerungsexplosion« gezählt wird – nicht einhalten. Der Kapitalismus ist nicht nur in der Lage, mit der Ökologiefrage in seinem Sinne fertig zu werden, er kann sie sogar dazu benutzen, neue Herrschaftsverhältnisse und einen neuen globalen Zwang zur Arbeit durchzusetzen. Die Positionen haben sich umgekehrt: In den 70er Jahren war die Zerstörung von Menschen und ihres zweiten Körpers, der sogenannten Natur, ein starkes Motiv, den Kapitalismus und seine Destruktivkräfte grundsätzlich in Frage zu stellen. Heute kann sich das Kapital hinstellen und behaupten, es habe die besseren Lösungen – wie man schon an der Umweltzerstörung in der DDR sähe. Daß diese Lösungen auf einem verstärkten Arbeitszwang – vom privaten Müllsortieren bis zu neuen Dreck(s)jobs in den Ökobranchen – beruhen und damit in seinem Sinne funktionieren, d.h. Profit und Mehrwert abwerfen, ist unwidersprochene Voraussetzung. Was sich in dieser Richtung abzeichnet, ist keine Befreiung, sondern das Regime einer neuen »Öko-Junta«.*

Umso aktueller sind die folgenden Auszüge aus einem Aufsatz über den Kampf gegen die Zerstörung von Menschen und Umwelt im Italien der 70er Jahre, der aus den Fabriken und von den ArbeiterInnen selbst geführt wurde. Er zeigt anhand der Erfahrungen einer Betriebsgruppe, daß der heute immer wieder festgestellte Gegensatz von Arbeiter- und Ökologiebewegung seine historische Wurzel in der Niederlage einer Phase von Klassenkämpfen hat, die die kapitalistische Produktion, die Arbeit selbst und damit auch alle ihre zerstörerischen Auswirkungen grundsätzlich in Frage stellte.
Von den damaligen Kämpfen der italienischen ArbeiterInnen gegen die Zerstörung ihres Lebens sind inzwischen nur noch Institutionen übriggeblieben. Mit der Einrichtung von arbeitsmedizinischen Diensten und anderen Gesundheitseinrichtungen hat der Staat auf die Aktionen und Forderungen der ArbeiterInnen geantwortet – und ihnen damit die Sache aus der Hand genommen. Mit dem Niedergang der Bewegung ist es dem Staat so Weise gelungen, den ArbeiterInnen dieses Wissen wieder zu enteignen und ihr antikapitalistisches Handeln an staatliche Stellen zu delegieren. In den Händen von Institutionen wird solches Wissen dann zum Mittel, um die Arbeiter besser zu kontrollieren und/oder auszusortieren (siehe Wildcat 55). Der Staat benutzt die »Errungenschaften« der Arbeiterklasse, um ihre Ausbeutung abzusichern und sogar zu verschärfen.
In dem Aufsatz wird die Bedeutung der unterstützenden Wissenschaftler hervorgehoben, aber ständig daran erinnert, daß sie sich auf die Erfahrungen der ArbeiterInnen beziehen müssen, daß die Arbeiterklasse Subjekt der Kritik sein muß und diese nicht an noch so wohlmeinende Wissenschaftler delegieren kann. Das ist wichtig festzuhalten, denn in dem Buch »Arbeitsschutz und Umweltgeschichte«, dem wir den Aufsatz entnommen haben, taucht dies an kaum einer anderen Stelle auf. Im Gegenteil: die ArbeiterInnen kommen in den anderen Aufsätzen in erster Linie als Opfer und Betroffene vor. Neben einer durchaus richtigen Kritik an den Institutionen, die aber ohne praktische Vorschläge zu ihrer Zerstörung von Arbeiterseite bleibt, finden sich in dem Buch so haarsträubende Bewertungen wie: »Die Arbeitsmedizin hat in unserem Lande viel Gutes bewirkt. ...« Es versteht sich, daß wer das schreibt, mit dieser Arbeitsmedizin seine Brötchen verdient. In der Einleitung des Buches wird der Ökologiebewegung vorgehalten, daß »zuallererst die Lohnabhängigen den umweltzerstörenden Schadstoffen ausgesetzt sind«, und daß sie Ökologie als Gattungsfrage und nicht als Klassenfrage betrachtet. Da die meisten AutorInnen des Buchs aber die ArbeiterInnen auch nur als Opfer sehen und nicht von der Klasse als handlungsfähigem Subjekt ausgehen, Flüchten sie sich dann am Schluß in die bekannten grünen Phrasen von der »sozialen, demokratischen und ökologischen Umgestaltung der Produktion«.

Der nebenstehende Text stammt von Sergio Bologna und Luigi Mara, aus dem Buch **Arbeitsschutz und Umweltgeschichte**, herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Volksblatt Verlag Köln. Wir haben einige Abschnitte ausgelassen, wo es um die Form der Datenerhebung, eine konkrete Untersuchung über den Zusammenhang von Lärm und Herzkrankheiten und um die Tätigkeit der Zeitschrift *Sapere* geht, die zwar von »bereits etablierten Intellektuellen« getragen wurde, die sich aber ständig auf die Erfahrungen der ArbeiterInnen bezogen. Da die Zeitschrift auch die Haltung von KPI und Gewerkschaften kritisierte, wurde sie damals als »linksextremistisch« gebrandmarkt. Unsere Kürzungen haben wir mit »...« gekennzeichnet.

* Zum Thema »Öko-Junta: Ökologische Argumente zur Errichtung eines Weltregimes« haben das *Anti Atom Büro* (Am Ölpfad 25, 46 Dortmund) und die *Aktion gegen Atomanlagen* (Lüner Höhe 2, 4708 Kamen) eine kleine Broschüre herausgegeben, die sich genauer mit den ökologischen Argumenten für eine neue Weltherrschaft und neue innenpolitische Repressionsmaßnahmen beschäftigt. Leider besteht sie fast nur aus Zitaten und Orwell'schen Einschätzungen. Sie ist aber wichtig, um diese Diskussion zu beginnen.]

Arbeiterwiderstand gegen die physische Zerstörung von Menschen und Umwelt im Italien der 70er Jahre

Die Geschichte des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Zerstörung des Menschen und der Umwelt in den 70er Jahren und die damit zusammenhängende Geschichte der kritischen Wissenschaft, der alternativen Medizin und Psychiatrie in Italien lassen sich am besten an den Erfahrungen einer Betriebsgruppe in der chemischen Fabrik des Montedison-Konzerns in Castellanza – 25 Kilometer von Mailand entfernt – beschreiben.

Bezüglich des Techniker-Anteils an der Belegschaft nahm der italienische Chemie-Sektor einen Mittelplatz zwischen den mit hochqualifizierten Arbeitskräften ausgestatteten Industrien und den Industrien der Massenarbeiter ein. In den chemischen Betrieben war Ende der 60er Jahre der Einfluß der Kämpfe der Mailänder Techniker und der Arbeiter der Autoproduktion (Pirelli, Fiat) entsprechend stark. Für Castellanza spielte die Geschichte der lokalen Kommunisten, die eine »harte« Richtung vertraten, eine wichtige Rolle.

Einige militante Arbeiter waren schon während der 60er Jahre in die damalige »Unfall-Kontroll-Kommission« des Betriebes eingetreten, die nur beratende Funktion hatte und in der drei Vertreter der Arbeiter 20 Vertretern der Betriebsleitung gegenübersaßen. Sie stellten folgende Forderungen:

* Kontrolle des Gesundheitszustandes der Arbeitnehmer;
* Überwachung der gesetzlichen Arbeitsschutzmaßnahmen bei den kleinen Fremdfirmen, die für Montedison Arbeiten durchführten;
* Strafanzeige, wenn diese Unternehmen die Vorschriften nicht beachteten.

Alle diese Forderungen wurden von der Betriebsleitung abgelehnt. Wichtig bei diesem ersten gescheiterten Vorstoß war der Versuch, ein Bündnis mit den Leiharbeitern herzustellen.

Als sich 1969 die Kräfteverhältnisse im Betrieb zugunsten der Arbeitnehmer verschoben, stellten die Vertreter des inzwischen neugewählten Betriebsrats neue Forderungen auf... [Aber] bis zu diesem Zeitpunkt gingen die Forderungen meist in Richtung systemimmanenter Rationalisierung und Verbesserung.

Der qualitative Sprung kam, als der Betriebsrat selbst die Reorganisation des Arbeitsschutzes übernahm. Voraussetzung dafür war Fachwissen. Mit Unterstützung durch Wissenschaftler, Ärzte und Medizinstudenten wurde die aktuelle internationale Literatur ausgewertet und eine ganze Reihe von Informationen über die in der Produktion entstehenden Schadstoffe gesammelt und unter den Arbeitern verteilt. Zu den wichtigsten Giften wurden Informationskarten angelegt. Die erste dieser Informationskarten betraf das Quecksilber, das in der Melamin-Abteilung in großen Mengen verarbeitet wurde. Die toxikologischen Aspekte und die Symptome der Vergiftung wurden detailliert beschrieben. Dadurch sollten die Arbeiter zur Selbst-Anamnese und zur Beurteilung der Risiken ihres Arbeitsplatzes befähigt werden. Wissenschaftliche Ausdrücke und Kenntnisse, die früher zur Sprache der Macht und der Entfremdung gehört hatten, wurden nun Selbstschutzinstrumente. Der Objektivität des Kapitals wurde die Subjektivität der Arbeiter gegenübergestellt. Den standardisierten Verträglichkeitsbegriffen der berüchtigten MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatzkonzentration) wurden andere Kriterien nach der Prämisse »Null-Risiko« gegenübergestellt. Das Risiko sollte nicht unter Kontrolle gehalten, sondern einfach abgeschafft werden.

... Zudem erfassen MAK-Werte nicht die individuelle Situation der Arbeiter. Damit ist nicht nur die psychophysische oder psychosomatische Verfassung gemeint, sondern vor allem die gesamte persönliche Arbeitsbiographie. Für welchen Zeitraum hatte der einzelne Arbeiter Schadstoffe eingeatmet, durch die Haut absorbiert? Wieviele Lärmstunden hatten sein Nervensystem erschüttert? Vor diesem Hintergrund erweisen sich die MAK-Kriterien als fragwürdig; jeder einzelne hat seine eigene Geschichte und seine eigenen Toleranzgrenzen. Doch wer ermittelt und schreibt diese Geschichte? ... Die Arbeiter von Montedison erkannten die Notwendigkeit, eine breite Untersuchung der Belegschaft mit medizinstatistischen Methoden und eine detaillierte Analyse der für jeden Arbeitsplatz existierenden Risikofaktoren anzugehen. ...

In dem Montedison-Werk von Castellanza (ca. 1400 Arbeiter) schuf die Belegschaft daraufhin einen eigenen Ausschuß zur Bekämpfung des Gesundheitsrisikos, die Gruppe für Verhütung und Umwelthygiene (Gruppo di prevenzione e igiene ambientale, GPIA), die aus Arbeitern, Technikern und Angestellten der verschiedenen Abteilungen sowie einigen externen Experten bestand. Die Teilnehmerzahl schwankte zwischen 25 und 30; die Initiative war offen für alle Betroffenen und Interessierten. Träger der allgemeinen gewerkschaftspolitischen Verantwortung auf Betriebsebene war aber das Betriebsratskollektiv, das aus 117 Mitgliedern bestand. Es handelte sich um eine basisdemokratische Organisation, die sich weigerte, ein leitendes Führungskomitee zu benennen und diesem – wie es in den meisten italienischen Betrieben üblich war – ihre Machtbefugnisse zu übertragen. Diese Komitees standen unter der Kontrolle der Partei- und Gewerkschaftsbürokratien und gerieten häufig in Konflikt mit den basisdemokratischen, abteilungsnahen Vertretungen der Belegschaft.

Das Betriebsratskollektiv kontrollierte die Arbeit der GPIA. Es stützte sich auf ein Netz von abteilungsnahen Zellen, die sogenannten »homogenen Arbeitnehmergruppen« (Gruppi operai omogeni); das waren Leute, die ähnlichen Arbeitsbedingungen und damit ähnlichen Risikofaktoren unterlagen.

Die 1972/73 vorgenommene Massenuntersuchung aller Arbeiter der Montedison-Werke von Castellanza konnte nur mit harten Kämpfen gegen den Widerstand der Betriebsleitung durchgesetzt werden. Es dauerte 28 Monate, in denen mehrfach gestreikt wurde, bis der Konzern auf die Forderungen der Arbeitnehmer einging. Diese Zeit wurde von der GPIA genutzt, um die Untersuchung so anzulegen, daß weder ein »neutraler« noch ein »befreundeter« Experte sie ohne die entscheidende aktive Beteiligung der Betroffenen hätte durchführen können. Die hinzugezogenen Techniker und Experten mußten dem Erhebungskatalog, der von den Betroffenen nach einer von der GPIA entwickelten Methode selbst aufgestellt wurde, folgen, und nicht umgekehrt. Ein Vertreter der GPIA erklärte auf einer Versammlung: »Der Schlüssel muß immer bei den Betroffenen bleiben«.

...

Sevesos unbekannte Geschichte

Es gibt Veröffentlichungen über diese Öko-Katastrophe »vor Tschernobyl«. Dabei wird aber die Rolle des »Wissens der Arbeiterklasse« entweder total verschwiegen oder ungenügend analysiert.

Die Dioxin-Wolke ging von dem Reaktor der Abteilung B der Fabrik ICMESA am Samstag, dem 10. Juli 1976 gegen 12.30 Uhr, aus. Die Produktion lief noch zehn Tage weiter, bis die Betriebsleitung endlich zugab, daß eine sehr gefährliche Substanz aus dem Reaktor ausgetreten sei und die Gegend verseucht sein könne. Während dieser Tage gab es ein Massensterben von Tieren aller Art, und viele Menschen zeigten gesundheitliche Beeinträchtigungen. Nach den ersten Nachrichten hatten Mitglieder der GPIA von Castellanza, das etwa 50 Kilometer von Seveso entfernt liegt, versucht, mit Arbeitern der ICMESA Kontakt aufzunehmen. Die Angst der Arbeiter bildete jedoch eine Barriere gegenüber der Außenwelt. Nur mit großer Mühe und Vorsicht gelang es den Leuten von Castellanza, zunächst unzusammenhängende Informationen zu sammeln und zu einem Mosaik zusammenzufügen. Das Ziel war, zu erfahren, was in dem Reaktor passiert war und warum, was und mit welchen Verfahren produziert wurde, welche Substanzen kombiniert wurden und welche Störfälle bei solchen Verfahren eintreten können, damit die »sehr gefährliche Substanz« benannt werden konnte. Nachdem die Barriere des Schweigens gebrochen war, bestand die größte Schwierigkeit im mangelnden Wissen der Betroffenen. Es zeichnete sich ein dramatisches Bild der Arbeitsbedingungen bei der ICMESA ab. »Wenn eine Birne der Beleuchtungsanlage unserer Abteilung kaputt war«, erzählte ein ICMESA-Arbeiter, »mußte man erstmal Dampf unter Druck austreten lassen, um die giftigen Rauchwolken, die sich ständig unter dem Dach sammelten, zu entfernen, bevor einer von uns mit einer Leiter die Birne wechseln durfte«. Die Fluktuation der Arbeiter war sehr hoch, und sie mußten ständig die Abteilungen wechseln, so daß kein »Gedächtnis« und nur wenig Wissen über den Produktionsprozeß entstehen konnte. Vor allem durften sie keine Fragen stellen. Drohungen und »schwarzer Lohn« waren die Mittel der Betriebsleitung, um die Komplizenschaft der Arbeiter zu gewinnen. Das alles geschah in einem Land und in einer Zeit mit einer beispielhaft entwickelten, betriebsnahen gewerkschaftlichen Organisation. ICMESA gehörte dem Konzern Hoffmann-La Roche. Lukas Hoffmann, einer der größten Aktionäre, war stellvertretender Vorsitzender des *World Wildlife Fund*. Die ICMESA war eine kleine Fabrik: 153 Arbeiter und drei leitende Angestellte, ein Drittel der Arbeiter war über 55 Jahre alt, viele hatten bereits gesundheitliche Schäden in anderen Fabriken erlitten und sahen die Einstellung bei ICMESA als letzte Chance an, ihre Rente abzusichern. Der Unfall ereignete sich an einem Samstag, als in dem Betrieb nur ein paar Leute der Instandhaltung und einige Leiharbeiter anwesend waren.

... Es stellte sich heraus, daß die ICMESA bestimmte Phasen des Produktionszyklus des Trichlorphenols übersprungen hatte, um die Produktivität zu steigern. War darauf die exothermische Reaktion zurückzuführen, die Dioxin erzeugt hatte?

Während der mühseligen wissenschaftlichen »oral history«-Arbeit hatten die Arbeiter der ICMESA und des Montedison-Werks von Castellanza zusammen mit einem Teil der betroffenen Bevölkerung und Experten des Redaktionskollektivs von *Sapere* ein *»technisch-wissenschaftliches Volkskomitee«* gegründet, um fundierte Information zu vermitteln, jede Maßnahme der Behörden nachzuprüfen und eventuell alternative Vorschläge zu entwickeln.

Viele Ärzte und Sozialarbeiter, die mit diesem Komitee sympathisierten, leisteten in den ersten Wochen, in denen totale Konfusion herrschte, unbezahlt wichtige Basisarbeit. Diese war umso wichtiger, als die Behörden sich lediglich von den Informationen, die ICMESA veröffentlichte, leiten ließen. Erwähnenswert ist besonders die Rolle der im April 1989 an Krebs gestorbenen Journalistin Neva Agazzi Maffii, die als erste eine wissenschaftlich kritische Dokumentation über Dioxin erstellt und diese den Betroffenen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Trotz dieser wertvollen Arbeit blieben alle Experten, Wissenschaftler, Ärzte und Sozialarbeiter des *Volkskomitees* vom staatlichen Krisenmanagement ausgeschlossen. Die Regierungsparteien, vor allem die Democrazia Cristiana, und die Behörden griffen nicht nur mit großer Verspätung ein (die Evakuierung eines Teils der Bevölkerung begann erst zwei Wochen nach der Katastrophe), sondern ihre Notmaßnahmen vergrößerten noch die Schädigung der Umwelt und der Bevölkerung.

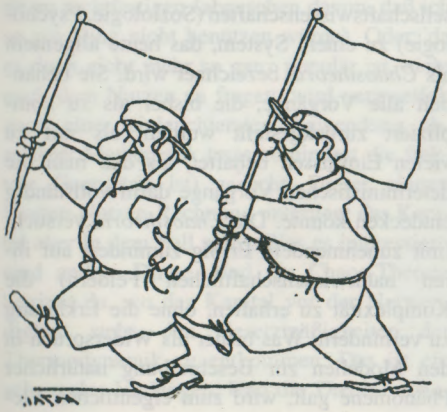
Im Dezember 1976 erschien die Sondernummer von *Sapere* zum Thema Seveso, wo die gesamte Gegeninformation veröffentlicht und erstmals der Produktionsablauf der ICMESA detailliert beschrieben wurde. ... Der Prozeß gegen die Verantwortlichen zog sich jahrelang hin und endete 1987 mit einem fast allgemeinen Freispruch. Trotz dieser Niederlage bleibt Seveso ein Meilenstein im ökologischen Bewußtsein unserer Zeit und ein Ansatzpunkt der internationalen Gesetzgebung für die öffentliche Kontrolle der Herstellung gefährlicher Produkte.

Die Veränderung der Instandhaltungsarbeiten und der Kampf gegen das Leiharbeitersystem

Der Unfall von Seveso hat die These bestätigt, daß ohne eine bewußte und autonome Organisation der Arbeiterklasse die Gefahr von gesundheitlichen und ökologischen Schäden bei der Produktion gefährlicher Stoffe größer wird, und daß Selbstschutz auf seiten der Arbeiter Verhütung des Risikos für die Umwelt bedeutet. Zum Selbstschutz brauchen die Arbeiter vor allem kontinuierliche umfassende Informati-

onen. Dies kann auch in gut organisierten Betrieben wie in Castellanza sehr schwierig werden, wenn die Firma immer größere Teile des Produktionszyklus dezentralisiert oder von verschiedenen Leiharbeiterfirmen durchführen läßt.

Wie bei anderen chemischen Betrieben in Italien stand auch bei dem Montedison-Werk von Castellanza der festen Belegschaft eine große, ständig schwankende Zahl von Leiharbeitern gegenüber. Sie führten Instandhaltungs-, Reparatur- und Reinigungsarbeiten durch und wechselten häufig. Sie wurden – wie die Gruppe von Castellanza feststellte – in den Armenhäusern oder den Hauptbahnhöfen großer Städte rekrutiert. Sie erhielten keine Ausbildung, und niemand warnte sie vor den bestehenden Gefahren. Sie kamen und gingen ohne Kontakte mit der Stammbelegschaft, so daß sie nicht selten auch die Rolle von Streikbrechern spielten. Ihre gesundheitliche Gefährdung war groß. So stellte die GPIA zum Beispiel fest, daß bei den Reinigungsarbeiten der inneren Reaktorleitungen für die Herstellung von Formaldehyd die Arbeiter von herunterfallenden giftigen Rückständen des Verarbeitungsprozesses gefährdet waren. Daher machte sie der Betriebsleitung den Vorschlag, diese Gefahr durch eine einfache mechanische Einrichtung zu beseitigen. Das zeigt die solidarische Haltung der Stammbelegschaft den Leiharbeitern gegenüber, eine Haltung, die sich in der Verteilung von Informationsmaterial über Sicherheitsprobleme fortsetzte und bis zum Streik führte. Es wurde durchgesetzt, daß diese Arbeiter in der Kantine essen und den Betriebsarzt in Anspruch nehmen konnten. Um den Widerstand der Betriebsleitung gegen diese Forderungen zu brechen, kauften die 117 Betriebsratsmitglieder mit Geldern der Selbsthilfekasse Essensmarken, verteilten sie unter diesen Arbeitern und bedienten sie am Tisch in der Kantine. Mehrmals wurden die Obleute der Leiharbeiterfirmen wegen der gesetzwidrigen Rekrutierungsmethoden vom Betriebsrat bei der Arbeitsjustiz oder beim Arbeitsinspektor angezeigt. Diese Initiativen basierten nicht allein auf menschlicher und klassenspezifischer Solidarität. Da die Arbeiten der Leiharbeiter besonders risikoträchtig waren, hing von ihrer richtigen Durchführung die Sicherheit aller Arbeiter ab. Die Geschichte der chemischen Industrie ist die Geschichte von Unfällen bei Instandhaltungsarbeiten.



1978 spitzte sich die Auseinandersetzung mit der Betriebsleitung zu, weil diese die feste Belegschaft in den Instandhaltungsschichten reduzieren wollte. Die Kampfform war dabei der »umgekehrte Streik« (sciopero alla rovescia): Die feste Belegschaft übernahm gegen den Willen und die Arbeitsplanung der Betriebsleitung die Instandhaltungsarbeiten, die sie selber plante und durchführte.

Es sollte der letzte wichtige Kampf gegen die Ausgliederungstendenzen vor den großen Massenentlassungen sein. Entscheidend wurde die radikale Wende in der Politik der KPI und der Gewerkschaften. Seit 1976 waren die Aktionen und die Anschläge der bewaffneten Gruppen in Italien häufiger und blutiger geworden. In den Reihen der KPI und der Spitze der Gewerkschaft wurde die Bekämpfung des »roten Terrors« zur wahren Besessenheit. Die KPI-nahen Richter führten die Verhaftungskampagne von 1979, die hauptsächlich gegen Intellektuelle und Dozenten der »operaistischen« Richtung ging. Das war jedoch nur der erste Schritt. In einem zweiten Schritt kamen KPI und Gewerkschaftsführung zu der Überzeugung, die basisdemokratische Organisationen der Arbeiter – die Betriebsräte – mit ihren »harten« Kampfformen seien Motor der sozialen und antikapitalistischen Gewalt und Rekrutierungsfeld des Terrorismus.

Aufgrund dieser Beurteilung erteilte die Gewerkschaftsführung ihre Zustimmung zu den Ausgliederungsplänen der großen Konzerne wie Fiat und Montedison und zu den Säuberungsaktionen gegen alle militanten Arbeiter. Die Entlassungslisten wurden nach gesundheitspolitischen Kriterien aufgestellt: Betroffen waren durch die Arbeit Verschlissene und Aktivisten. Eine ganze Generation von Arbeiterkadern, auch diejenigen, die sich besonders um die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen gekümmert hatten, fielen der Säuberung zum Opfer.

In den folgenden Jahren wurde das Thema Arbeitsschutz von den italienischen Gewerkschaften nicht mehr aufgegriffen. Die Wende manifestierte sich auch in der chemischen Industrie. In Castellanza wurde der Kern der Gruppe, die die Initiative gegen das Gesundheitsrisiko und die physische Zerstörung der Menschen getragen hatte, 1982 entlassen. Die Gewerkschaft unterstützte die vom Betriebsratskollektiv mit der vollen Zustimmung der Belegschaft beschlossenen Abwehrkämpfe nicht mehr und schloß die basisdemokratische Organisation der Arbeiter aus ihren Reihen aus. Trotzdem wurden die Entlassungen vom Arbeitsrichter für ungültig erklärt, und die Betroffenen durften wieder an ihren Arbeitsplatz zurück. Das Wechselspiel zwischen Entlassung und der vom Arbeitsrichter angeordneten Wiedereinstellung wiederholte sich mehrmals. An die Stelle der vielen Leiharbeiterfirmen für Instandhaltungsarbeiten trat die der roten Genossenschaftszentrale angehörende *Manutencoop* (Cooperativa di manutenzione, Genossenschaft für Instandhaltungsarbeiten), die einen Teil der früheren Leiharbeiter als »Assoziierte« eingliederte, um sie dann 1984, als sich die sozialpolitische Situation wieder beruhigt hatte, zu entlassen. Alle Vorteile, die die Leiharbeiter in Castellanza durch die Unterstützung der Stammbelegschaft gewonnen hatten, sind inzwischen verlorengegangen. Ende 1988 gab es im Montedison-Werk nicht weniger als 72 Leiharbeiterfirmen.

Infolge dieser Umstrukturierung, die es in ähnlicher Form auch in anderen Betrieben gab, nahmen in den chemischen Fabriken in den 80er Jahren die schweren Unfälle und Umweltschäden wieder zu.

Der Kampf gegen das von chemischen Anlagen ausgehende Risiko hat daher einen neuen Aufschwung genommen. Die Akteure sind dieselben geblieben, aber die Rollen sind anders verteilt. Anfang 1989 gab es drei große Konfliktzentren:

* Massa Carrara, wo ein Montedison-Werk jahrelang Pestizide lagerte und das ganze Gebiet verseuchte. Obwohl sich bei einer Volksabstimmung die große Mehrheit der Bevölkerung für die Schließung des Betriebs aussprach, weigerte sich das Werk, die Produktion einzustellen.
* Das Dorf Cengio im Bormida-Tal (Piemont), wo ein weiteres Montedison-Werk (Farbenproduktion) das Fluß- und Grundwasser verseucht und einen Teil der Agrikultur zerstört hatte. Die Bevölkerung, unterstützt von ihren Gemeindeverwaltungen und der lokalen Kirche, verlangte die Schließung des Betriebs.
* Manfredonia an der südlichen Adriaküste; hier hatten sich in den letzten Jahren mehrere schwere Unfälle in einem Chemie-Betrieb ereignet. Die große Mehrheit der Bevölkerung wurde gegen den Bau eines neuen Kraftwerks aktiv.

In all diesen Zentren der Auseinandersetzung stellt sich die Chemie-Gewerkschaft mit einem Teil der Arbeiter gegen die Kritiker. Die neue grüne Bewegung sieht darin eine Bestätigung ihrer These, daß die Arbeiterklasse reaktionär sei. Aber in Wirklichkeit ist die momentane Spaltung zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung Ergebnis der großen Säuberungskampagne Anfang der 80er Jahre.

...

»Energie wird weder geschaffen noch vernichtet – sie wird lediglich umgewandelt. Nichts geht verloren – aber es wird für 'konstruktive' mechanische, thermische, chemische und biologische Zwecke unbrauchbar. (...) Obgleich die Menge der Energie in einem geschlossenen System grundsätzlich erhalten bleibt, sagt das noch nichts über ihre Verfügbarkeit.«
(Bernd Guggenberger *Zwischen Ordnung und Chaos* FAZ 2.2.1991)

Die Apokalypse des Kapitals in den 70er Jahren: es war keine Arbeit mehr zu entdecken. Die Arbeiterklasse wurde immer fauler. *»Der gegenwärtige Zustand des Kapitals ist erledigt, nicht nur, weil er seine 'Energie' verloren hat, sondern weil da zuviel 'Chaos' ist, zuviel unkontrolliertes Verhalten, zuviel Wünsche und nicht genug Arbeit.«* (Midnight Notes Collective *Arbeit Entropie Apokalypse* in: TheKla 12)

Die Midnight Notes liefern schon das Stichwort für die 80er Jahre: Chaos. Aber das wurde dann leider nicht das Chaos der Revolution, der sich entwickelnden Arbeiterkämpfe, des Siegs der Entropie. Sondern das Kapital boomte, und Chaos wurde zum Schlachtruf der Naturwissenschaft, die ihren Anspruch auf sämtliche Bereiche der gesellschaftlichen Wissenschaften ausdehnte. Nicht allein, daß sie den Entropiesatz (wie der 2. Hauptsatz der Thermodynamik allgemein genannt wird) nun umdreht. Die *Chaostheorie* entwickelte sich zum volkswirtschaftlichen Ansatz, der die Zusammensetzung der Arbeiterklasse – das »dynamische System Arbeiterklasse« – erklärt, und zum betriebswirtschaftlichen Ansatz, der endlich erklären soll, wie die Arbeiterklasse überhaupt produziert. (Tom Peters *Thriving on Chaos. Handbook for a Management Revolution* Harper & Row, 1988. Das Buch heißt nicht umsonst so: Peters fordert, daß sich das Management auf das »natürliche Chaos« in der Produktion und in der Volkswirtschaft, vor allem auf einem globalen Markt, einzulassen hat. Er will nur Richtlinien geben, wie aus diesem Chaos dann doch noch Mehrwert rauszuholen ist.)

Es ist keine zufällige zeitliche Parallele, daß mit dem Einsetzen des Booms in den 80er Jahren die ersten Anerkennungen der *Chaostheorie* in den offiziellen Naturwissenschaften einhergehen. Ilya Prigogine erhält schon 1977 den Nobelpreis für seine Theorie dynamischer Systeme, die einen ersten Angriff auf den Entropiesatz darstellte. Benoît Mandelbrot, der »Erfinder« der fraktalen Geometrie, wird 1988 von der U.S. National Academy of Sciences ausgezeichnet. Zur selben Zeit beginnen Veröffentlichungen über *Fraktale*, *Chaostheorie* und *Fuzzy Logic* die Buchläden zu überschwemmen, und die sogenannten Fraktalgeneratoren dringen auf die Festplatte jedes Computerfreaks, der etwas auf sich hält, vor.

Vom Wärmetod zum Chaos

Der lange Kampf des Kapitals gegen den 2. Hauptsatz der Thermodynamik

Früher bejubelten die ML-Parteien *»die Entwicklung der Produktivkräfte«*,ohne ihre kapitalistische Prägung zu diskutieren. Und ich habe den Eindruck, daß unterschwellig bei vielen von uns das Schlagwort von der *»Abschaffung der Arbeit«* auf ähnliche Vorstellungen abhebt – statt auf den Klassenkampf, die Entwicklung der Autonomie der Arbeiterklasse. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist immer eine kapitalistische, und somit auch die Wissenschaft, die diese betreibt. Auch die Wissenschaft, die nicht direkt kapitalistische Technologie produziert.

Die Naturwissenschaft scheint ein gern akzeptiertes Rückzugsgebiet zu sein, wenn man nicht mehr weiter weiß (ich kann selber ein Lied davon singen...). Wer sich ganz abgeschrieben hat, stürzt sich eben auf Capra und Konsorten, wedelt mit dem Fähnchen der Esoterik. Wer den Bezug zur Realität und seine Hoffnungen noch nicht ganz aufgegeben hat, dem bietet sich ein ganz neues Gebiet in den jüngsten Entwicklungen der Naturwissenschaft. Der gestandene postmoderne Linke und der Zeitgeist-Yuppie haben endlich ein gemeinsames Gesprächsthema. *Chaostheorie* ist angesagt. Schon der Name löst einen Sympathieschub aus. Sie übt vernichtende Kritik an den Ansätzen der bisherigen Naturwissenschaft, so scheint es, verurteilt ihren plumpen Determinismus aufs Schärfste, spricht endlich aus, daß sich die Komplexität der Natur und der Gesellschaft nicht mit einfachen Wenn-Dann-Regeln erklären läßt. Anstatt Gleichgewicht und Statik, jetzt Dynamik, Veränderung und Bewegung.

Aber sicher ist die *Chaostheorie* nicht als letztes Rückzugsgebiet der intellektuellen Linken entstanden. Sie ist sehr real. Denn daß das klassische Weltbild von Newton am Ende ist, zeigt sich täglich bei den Problemen, zu denen der Naturwissenschaft nur die überkommenen Theorien einfallen, die nur wieder eine neue Technologie produzieren, die dieselben Nachwirkungen mit sich bringt wie die vorhergehende. Die *Chaostheorie* will ganz andere Wege gehen – sagt sie.

Was dabei rauskommt, sind dann aber doch nur neue Regeln für dieselbe Gesellschaft. Des Kaisers neue Kleider sind zwar diesmal wirklich vorhanden, aber der Kaiser ist geblieben. Wenn das Kapital erfolgreich in einen neuen Zyklus der Akkumulation nicht nur eintreten, sondern ihn auch zu Ende führen will, muß es neue Formen der »Natur«-wie der Menschenbeherrschung finden. Insofern ist die *Chaostheorie* sehr real.

Die entscheidenden Begriffe in der naturwissenschaftlichen Diskussion sind *Selbstorganisation* und *Selbstähnlichkeit*. Und *Chaos-Theorie* heißt es auch nur in den populärwissenschaftlichen Büchern, der genaue Begriff ist *Theorie dynamischer Systeme*. Genau das Gegenteil dessen, was die Schlagworte suggerieren: nicht die Unordnung, sondern die Ordnung, nicht die Dynamik, sondern das geordnete System, nicht die Bewegung, sondern die Organisation, nicht die Komplexität, sondern die Ähnlichkeit sind die Kernpunkte.

Ilya Prigogine legte die Grundlagen für einen völlig neuen Ansatz in der Naturwissenschaft. Er entdeckte in chemischen Prozessen, die normalerweise als irreversibel (nicht umkehrbar) gelten, Vorgänge, die zu geordneten Strukturen führen, also nicht zu einem chemisch und thermodynamisch stabilen Gleichgewicht. Also: Selbstorganisation unbelebter Materie, die gleich als Mittel verstanden wurde, den Übergang zum Leben zu erklären. Dieser Ansatz dehnte sich auf sämtliche Bereiche der Natur- und Gesellschaftswissenschaften aus. Die *Theorie dynamischer Systeme* soll vor allem einen Erklärungsansatz liefern, der die chaotischen und nicht vorhersagbaren Bewegungen in der Gesellschaft begreifbar macht.

Daß die »Chaosforscher« sehr wohl wissen, in welche Richtung sie forschen, formuliert etwa Prigogine so: *»um das Auftreten von kohärenten Strukturen, also die Entstehung von Ordnung aus dem Chaos zu beschreiben, müssen wir eine neue, verfeinerte Beschreibung der zeitlichen Aufeinanderfolge einführen, die zur zeitlichen Entwicklung des Systems führt. Für die Stabilisierung der dissipativen Strukturen benötigen wir ... wiederum eine große Zahl von Freiheitsgraden. Das ist der Grund, weshalb dann eine deterministische Beschreibung vorherrscht«*[1]

Ausgehend von diesen Ansätzen in der Chemie und Biologie vereinigten sich verschiedene neuere Entwicklungen in bisher getrennten Bereichen der Naturwissenschaft (Mathematik, Physik, Biologie, Chemie) und der Gesellschaftswissenschaften (Soziologie, Psychologie) zu einem System, das heute allgemein als *Chaostheorie* bezeichnet wird. Sie behandelt alle Vorgänge, die bisher als zu kompliziert zurückgestellt wurden, als mit zu vielen Einflüssen behaftet, als daß man die deterministischen Vorgänge darin vollständig entdecken könnte. Die *Chaostheorie* versucht (mit zunehmendem Erfolg zumindest auf ihren naturwissenschaftlichen Feldern) die Komplexität zu erhalten, ohne die Erklärung zu verhindern. Was bisher als Widerspruch in den Modellen zur Beschreibung natürlicher Phänomene galt, wird zum eigentlichen Ele-

ment der *Chaostheorie:* höchste Komplexität der Vorgänge mit einer Unzahl von Parametern, aber deterministisch erklärbar (Prigogine: große Zahl von Freiheitsgraden – deterministische Beschreibung).

Am bekanntesten wurden die Modelle der Mathematik (seltsamerweise, ist doch die Mathematik diejenige Wissenschaft, die bisher jedem völlig verhaßt war). Sie produzierte diese Bildchen, die als Fraktale bezeichnet werden. *»Ein Fraktal ist eine geometrische Figur, in der sich das gleiche Motiv in stets kleinerem Maßstab wiederholt. Früher waren Fraktale mathematische Kuriositäten (...) Fraktale sind durch eine Art eingebauter 'Selbstähnlichkeit' gekennzeichnet (...) Der Begriff Fraktal hat schon bei vielen Anwendungen seinen Nutzen erwiesen. Dabei ergibt sich häufig die Notwendigkeit, den Begriff der Selbstähnlichkeit zu erweitern, in dem bei einer Reihe von Ähnlichkeitstransformation kleine Veränderungen, sogenannte Störungen, angebracht werden. Wenn wir in einem mathematisch regelmäßig gebildeten Baumfraktal zufällige Störungen anbringen, dann kann etwas entstehen, was einem wirklichen Baum, einer Koralle oder einem Schwamm ähnlich sieht.«*[2] Damit wird aber nicht nur der Begriff *Selbstähnlichkeit,* sondern auch die *Selbstorganisation* eingeführt. Hier entstehen durch Zufälligkeit natürliche Strukturen, oder zumindest Modelle, die natürliche Strukturen erklären. Unter *Selbstorganisation* wird dabei folgendes verstanden: *»... die Dynamik und Höherentwicklung, die Ausdifferenzierung und die Hierarchisierung von Systemen (...) die Entstehung von Ordnung und deren Ausdifferenzierung in immer komplexere Strukturen.«*[3] Und das ist dann natürlich nicht mehr auf die Mathematik beschränkt.

Das soll zur Erklärung, was *Chaostheorie*nun eigentlich ist, genügen. Wer genaueres wissen will, muß sich durch einen Berg naturwissenschaftlicher Hard-Core-Literatur quälen, die einiges an Mathematik voraussetzt.

Die *Chaos-Theorie* ist tatsächlich behilflich, Wetterphänomene besser zu erfassen, chaotische Bewegungen zu beschreiben, sogar in der Geographie hat sie schon Anwendungen gefunden[4]. Sich auf diese (scheinbar offensichtlichen) Nutzanwendungen zurückzuziehen, erscheint mir aber wie der Versuch, die bemannte Weltraumfahrt mit der Teflon-Pfanne zu rechtfertigen (abgesehen davon, daß ich so ein Ding nicht benutzen würde). Oder: da es doch nicht mehr so ganz populär ist, nicht nach dem Nutzen zu fragen, wird verzweifelt nach einer einleuchtenden Anwendung abstrakter Mathematik (was zumindest die fraktale Geometrie ist) gesucht. Dieser platten Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegt das Kapital aber in dem Fall nicht. Was es interessiert, sind andere Dinge. Und die Chaos-Theorie beginnt da, wo das Kapital vor der Notwendigkeit steht, den Gesetzmäßigkeiten der Thermodynamik zu entkommen. Das ist ein sehr reales Verlangen. Und die *Theorie dynamischer Systeme* befriedigt es sehr real, ist nicht nur ein neuer Mythos des Kapitals. Auch wenn viele ihrer Teilbereiche und Einzeltheorien sehr mystisch anmuten.

Die klassische Physik beschreibt Gleichgewichtszustände. (Auch die vollständige Entropie ist ein Gleichgewichtszustand!) Das Kapital steht aber gerade vor dem Problem, daß es nie mit Zuständen, die sich im Gleichgewicht befinden, zu tun hat. Bei Strafe des eigenen Untergangs muß es eine Dynamik entwickeln, die die Arbeiterkämpfe in die Entwicklung des Kapitals lenken. Arbeiterkämpfe entwickeln für das Kapital produktive Arbeit, zwingen es auf eine neue Stufe der Ausbeutung produktiver Arbeit, damit auf eine neue Stufe der Akkumulation. Das scheinbare Chaos dieser Entwicklung zu durchschauen, ist die Aufgabe der *Theorie dynamischer Systeme.*

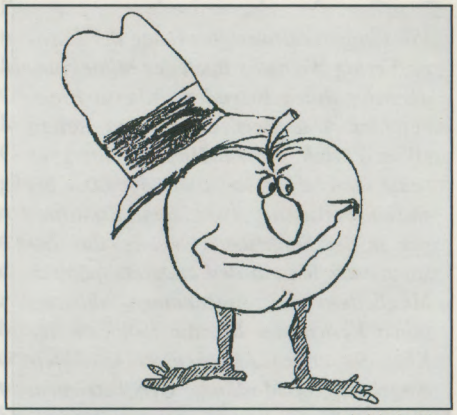
Entstehung von Ordnung aus dem Chaos bedeutet für das Kapital nichts anderes als den Versuch, verwertbare Arbeit aufzuspüren. Wo sich Strukturen spontan herausbilden, lassen sie sich auch verwerten – man muß sie nur entdecken. Die Naturwissenschaft ist der Spurenleser im Chaos. Das Kapital versucht, eine neue Dynamik zu erreichen, die die Arbeiterkämpfe gegen die Arbeit in verwertbare Arbeit transformiert. Von der abstrakten Theorie der Gewinnung von Arbeit aus chaotischen Strukturen bewegt sich die Wissenschaft in volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Gefilde.[5]

Sie betrachtet die Arbeiterklasse als »dynamisches System mit der Fähigkeit zur Selbstorganisation«, deren einzelne Abschnitte durch Selbstähnlichkeit auf das Ganze und alle anderen Abschnitte verweisen. Das führt zu einem neuen kapitalistischen Begriff der Arbeiterklasse auf drei Ebenen:

* der Organisation verwertbarer Arbeit;
* der Entwicklung der Klassenkämpfe als Entwicklung des Kapitals;
* der Organisation der Produktion am konkreten Produktionsort – als Organisation eines begrenzten Abschnitts der Klasse.

Zur Organisation verwertbarer Arbeit ist ja schon genug gesagt – der Wärmetod hat seinen Schrecken verloren. Die Lernprozesse der Arbeiterklasse zu verstehen, ihre politische Zusammensetzung zu ergründen, soll das Kapital befähigen, ihre Kämpfe vorwegzunehmen. Das Chaos der kapitalistischen Produktion ist heute schon sprichwörtlich, das Kapital versteht nicht, wie die Arbeiterklasse überhaupt produziert. Also auf der betrieblichen Ebene: wieso kommt hinten aus der Fabrik überhaupt was raus? Um das zu verstehen, werden neue Formen des Kommandos über neue Formen produktiver Arbeit installiert – und das in einem Prozeß, der die Erfahrungen aller Abschnitte der Arbeiterklasse einbezieht, da die Arbeiterklasse selbst über alle Erfahrungen verfügen kann.

Das Kapital versucht nicht mehr, das Chaos zu bekämpfen. Der nächste Schritt nach der



Apfelmännchen

Akzeptierung der Arbeiterkämpfe als auslösendes Moment der Entwicklung des Kapitals ist die Akzeptierung des Chaos als neues Kommando- und Verwertungsprinzip.

Das mittlere Management bekommt eine neue Aufgabe zugewiesen – nicht mehr alles unter Kontrolle zu halten, was sie eh nie getan haben, sondern Kontrollbefugnisse abzugeben, die das »produktive Chaos« behindern.

Auf der untersten Ebene muß der kapitalistische Techniker begreifen, daß die Produktions- und Steuerungsmaschinen, die dieser dynamisierten Produktion und Herrschaft entsprechen, nicht mehr nach einer einfachen binären Logik funktionieren. Die sogenannte *»unscharfe Mengenlehre«,* die Zustände zwischen Wahr und Falsch zuläßt, erobert den Maschinenpark. *»Ziemlich viel«* wird zu einem exakten mathematischen Begriff, der Produktionssteuerungen nach den Methoden der statistischen Qualitätskontrolle erst zuläßt. Und was sollte besser die Kontrolle der Produkte ermöglichen, wo die Kontrolle der Produktion selbst zu einem »chaotischen Unternehmen« geworden ist?[6]

Wenn man über den Tellerrand der Naturwissenschaft hinausblickt, ist die *Chaostheorie* eine Reaktion auf die Arbeiterklasse, ein Versuch, ihre Dynamik vorwegzunehmen. Was die Klasse daraus macht, ist nochmal was ganz anderes...

Anmerkungen:

1 Ilya Prigogine *Vom Sein zum Werden. Zeit und Komplexität in den Naturwissenschaften* Piper 1979, S.162

2 Hans Lauwerier *Fraktale* Wittig 1989, S.9-11. Das Buch ist eine gute Einführung in die mathematische Theorie der Fraktale. Zusätzlich sind einige Computerprogramme abgedruckt, die Fraktale produzieren.

3 Andres Dress, Hubert Hendrichs, Günter Küppers *Selbstorganisation. Die Entstehung von Ordnung in Natur und Gesellschaft* Piper, 1986, S.7. (Der Titel sagt alles.)

4 Die Länge einer Küste z.b. läßt sich mit herkömmlichen Mitteln nicht genau bestimmen. Je höher die Auflösung der Abbildung desto »länger« wird die Küste. Hier bieten die mathematischen Modelle der Fraktale Abhilfe.

5 Selbst Benoît Mandelbrot, Mathematiker und Techniker, kümmert sich in seinem Buch *Die fraktale Geometrie der Natur* (1987) um ökonomische Modelle: *Preisänderungen und Skaleninvarianz in der Ökonomie* S.350-356.

6 *»Fuzzy Logic«* ist die Realisation der *»unscharfen Mengenlehre«* in konkreten elektronischen Schaltungen und Mikrochips. Vgl. CT' März 1991, S. 188ff. – dort auch Beispiele aus der Steuer- und Regeltechnik.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der Europa-Verlag Wien das Buch des Mitbegründers der Roten Brigaden, Alberto Franceschini: Das Herz des Staates treffen *(Wien-Zürich 1990). Hier schildert er seine Geschichte von Ende der 60er bis zu seinem Ausstieg 1983: seine Erfahrungen in der Studentenbewegung, das Zusammentreffen mit den anderen späteren Mitgliedern des sogenannten »historischen Kerns« der BR, die Kritik an der KPI, die ersten Aktionen gegen Abteilungsleiter von Mailänder Großbetrieben, die erste Entführung. Seit seiner Verhaftung 1974 geht es um die Kämpfe im Knast, Aufstände mit selbstgebasteltem Sprengstoff... Kernpunkt seiner Erzählung ist die Entführung Moros kurz vor dessen Wahl zum Regierungschef – der Wendepunkt der BR-Geschichte. Hilflos stellen sie im Knast die politischen Fehler der Genossen draußen fest und wissen nicht, wie sie eingreifen sollen (»Die Genossen haben eine Atombombe in der Hand und gehen mit ihr um wie mit einem Knallfrosch«). Die BR fordern die Freilassung von politischen Gefangenen (darunter Franceschini). In Verhandlungen mit Vertretern von Parteien fordert der »historische Kern« der BR-Gefangenen (Franceschini, Curcio usw.) nur noch eine Geste vonseiten des Staates: Schließung des Sonderknasts Asinara. Dann wären sie in der Gerichtsverhandlung aufgetreten und hätten ihre Genossen draußen aufgefordert, Moro freizulassen. Doch eine bestimmte Fraktion der Christdemokratie brauchte offenbar Moros Tod, um den »Historischen Kompromiß« (Koalition von Christdemokraten und Kommunisten) zu verhindern und tat alles, um ein Eingehen auf die Forderungen und damit die Freilassung Moros zu sabotieren.*

Im Sommer 1990 erschien in der französischen Zeitschrift Le Brise-Glace *eine Diskussion mit Franceschini, in der er auf einige Punkte näher eingeht. Daraus drucken wir im folgenden Auszüge ab.*

Arbeitermacht und bewaffneter Kampf

Das Buch von Franceschini ist eines der ganz wenigen "Aussteiger-Bücher", die es sich zu lesen lohnt. Auch bei den ganzen Ex-KPlern (Arthur Koestler, Manes Sperber usw.) war das Problem immer, daß sie richtige Kritiken an ihren KP's brachten und trotzdem auf dem falschen (reaktionären) Dampfer waren. Franceschini wird nicht reaktionär, aber er verwickelt sich in interessante Widersprüche: Zunächst baut er mit anderen eine Avantgarde-Partei auf, und heute beklagt er sich darüber, daß die Arbeiter ihre Gewalt an die BR delegiert hätten... Revolutionäre Politik muß solche vorhandenen Delegierungstendenzen immer bekämpfen – die BR lebten davon.
Im Gegensatz zu Italien gab es in der BRD bis heute keine politische Debatte über das Scheitern bestimmter Formen des bewaffneten Kampfs. Wenn das überhaupt noch stattfinden soll, dann wäre vielleicht heute mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und der Aufdeckung von Verbindungen zwischen bewaffneten Gruppen und Stasi eine Chance dafür. Vielleicht kann das folgende dazu einige Anregungen geben.
[...] sind Kürzungen oder Ergänzungen von uns;
(...) sind Kürzungen oder Ergänzungen von Brise-Glace.

LBG: Warum hast du eher eine persönliche Faktengeschichte der Roten Brigaden geschrieben statt einer allgemeineren?

Alberto Franceschini: Das wäre so oder so meine Geschichte geworden, eine extrem subjektive Rekonstruktion. Ich fühlte mich auch nicht im Recht, über ein so komplexes Phänomen zu schreiben. Allein die Geschichte der BR schreiben zu wollen, wäre arrogant.

Du hättest es mit anderen zusammen machen können.

Darüber haben wir seit 80/81 in Palmi [moderner Superknast, wo ein Großteil der BR inhaftiert war] diskutiert: wir wollten eine kollektive Geschichte unserer Organisation schreiben. Damals waren noch alle BR-Gefangenen zusammen... Wir hatten mehrere Pläne zu entwerfen versucht, aber das hat sogleich große Kontroversen unter uns ausgelöst. Uns wurde klar, daß es über die Generationen hinweg verschiedene *Rote Brigaden* gegeben hatte. Dasselbe Ereignis, z.B. die Sossi-Entführung, wurde ganz unterschiedlich interpretiert. Wir, die sie durchgeführt hatten, verstanden sie auf eine Weise; die, die nach uns kamen, haben sie auf eine andere Weise erlebt... Wir hätten nicht die Geschichte der BR schreiben können. Man hätte drei oder vier schreiben müssen.[...]

Zweitens interessierte es mich persönlich nicht, eine Geschichte der *Roten Brigaden* zu schreiben. Ich bin aus diesen Jahren der Politik raus und ich verspürte eine Art Ablehnung der Politik. Außerdem hatte ich keine Lust, ein politisches Bild von den *Roten Brigaden* zu vermitteln. Dieses Bild hatten bereits alle verbreitet: Ich weiß nicht, wie viele Journalisten und Historiker schon ihre Geschichte der BR geschrieben hatten. Ich wollte vor allem vermeiden, mich auf ihre Ebene zu begeben. Ich wollte in meine Erinnerungen eintauchen, die Beziehungen zwischen einigen Individuen am Beginn unserer Geschichte wiederfinden. Als Titel hatte ich zuerst vorgesehen: *Meine Roten Brigaden.* Den jetzigen Titel hat der Herausgeber verlangt. [...]

Ich habe das Buch in einem Zug geschrieben, in zwei Monaten. Ich habe beim Jahr 83 aufgehört, weil es danach zu aktuell war und mich noch betraf. Vor 83 hingegen, auch wenn dies noch relativ frisch ist, war es bereits ein Zeitalter weg. Das Buch zu schreiben, war wie mein eigenes Begräbnis, durch-

zuführen, meine Leiche zu begraben, den Teil von mir, der 1983 gestorben ist. Die folgende Periode des Ausstiegs betrifft mich noch sehr stark ... [...]

Als du mit dem bewaffneten Kampf angefangen hast, dachtest du da, daß die Revolution in Italien möglich sei?

Ich war davon überzeugt. Ich dachte, daß unsere Aktion wirklich einen Prozeß von sozialer Revolution auslösen würde. Das war eine Idee à la Che Guevara, die Fokus-Theorie. Mailand war unsere Sierra, unser Dschungel. Das haben wir übrigens selber gesagt. In dieser Hinsicht waren wir sehr religiös. Wir glaubten an die Kraft des Beispiels... »In Italien existieren seit langem revolutionäre Bedingungen sowie eine revolutionäre Klasse. Aber die Führer sind Verräter. Die Kommunistische Partei ist eine Verräterpartei, eine Partei von Feuerwehrleuten«, dieses Schema war damals sehr verbreitet.

Die guten Führer, das wart ihr?

Ja. Aber man mußte das den Massen durch persönliche Opfer beweisen. Wir waren die guten Führer, weil wir bereit waren, unser Leben zu opfern, im Unterschied zu den Führern der KP, die sich ein bürgerliches Leben aufbauten, indem sie ins Parlament gingen. Wir hatten die Theorie des »schwächsten Glieds« aufgegriffen. Wegen der Position Italiens mußte eine Revolution in diesem Land die Revolution in ganz Europa auslösen. Wir waren übrigens in Kontakt mit französischen und deutschen Genossen: in Frankreich mit der *Gauche Prolétarienne,* der *Nouvelle Résistance Populaire* und *Vive la Révolution.* Wir hatten enge Beziehungen mit ihnen bis 1972, bis zur Nogrette-Entführung [Personalchef von Renault]. Diese Entführung war mit der von Macchiarini, dem Leiter Staats-Unternehmens Siemens, koordiniert worden. Wir hatten uns gegenseitig über die beiden Projekte informiert. Wir hatten darüber diskutiert, ohne daß sie uns den Namen ihres Ziels gesagt hätten. Es gab also Beziehungen zu Franzosen und Deutschen über die Möglichkeiten von Fabrikinterventionen. [...]

In deinem Buch fällt auf, daß es eine klare Trennung zwischen der italienischen Gesellschaft und den BR nicht gab, und besonders zwischen der Partei und den BR und der Bewegung und den BR. Von außen wurden die BR als eine sehr geheime Organisation gesehen, abgeschnitten von der übrigen Gesellschaft. Das, was du sagst, entspricht dem nicht.

Ich habe das Buch geschrieben, um dieses Bild der BR, das die Presse aufgebaut hat, zu zerstören oder wenigstens in Frage zu stellen. Ich rede jetzt von der ersten Epoche, bis 1974-75, sogar bis 78. Die Leute von der Autonomia, Negri, Scalzone und die anderen, kannten uns alle. Sie trafen uns auf der Straße, wir verkehrten an denselben Orten. Wir waren Klandestine, aber Klandestine, die mitten unter den Leuten lebten, so wie ich es in meinem Buch beschreibe. Es wäre sehr leicht gewesen, uns festzunehmen, wenn die Macht es gewollt hätte.

Im Buch erzähle ich von der Spaltung zwischen uns und denen, die die Revolution, den bewaffneten Kampf als ultra-klandestine Aktivität sahen, sodaß sie aus der Bewegung verschwanden. Wir entstehen aus dem Bruch mit ihnen. Für uns war grundlegend, daß der bewaffnete Kampf in der Bewegung stattfindet. Für uns war er der »höchste Punkt« der Bewegung, aber blieb in ihrem Innern. Auch wenn wir persönliche Risiken auf uns nahmen und sehr wohl wußten, daß wir uns von einem Moment auf den anderen im Knast wiederfinden konnten, sagten wir: »Wenn ich eine politische Massenarbeit innerhalb der Bewegung mache, wird es hundert Personen geben, die meinen Platz einnehmen können; wenn ich mich in einer Wohnung einschließe, um den Terroristen zu spielen, bleibe ich in der Deckung.« [...] Wir haben uns immer gegen den Terrorismus und für die Massenarbeit entschieden; das war grundlegend, man mußte mitten unter den Leuten leben.

Scalzone und Negri z.B. wußten also nicht unbedingt, daß ihr Brigadisten wart, aber sie kannten eure Positionen.

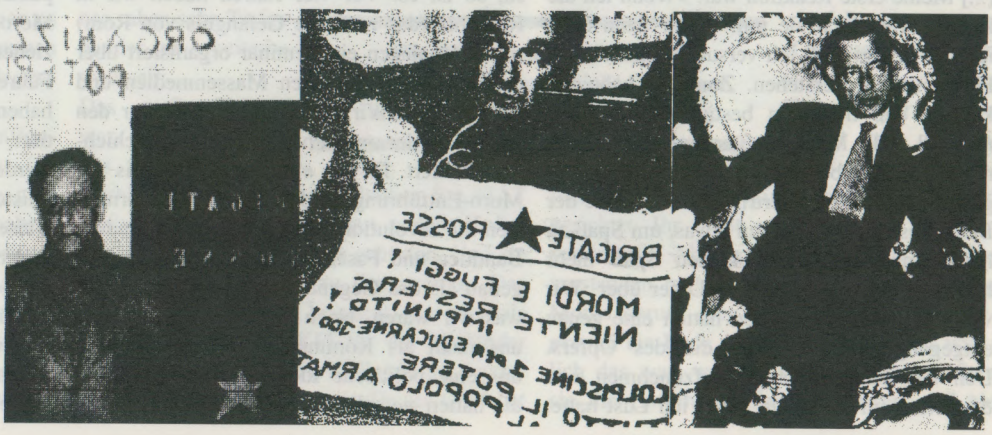
Genau. [...] Wir hatten permanente Beziehungen zu Negri, Scalzone und all den Genossen der Bewegung. Es gab eine kontinuierliche politische Debatte zwischen uns, über das, was wir tun wollten. [...] Zu Anfang waren wir wirklich sehr wenige – zehn, fünfzehn Personen – und wir machten fast alles. Zu meiner Zeit gab es nur zwei Kolonnen, in Mailand und in Turin. Dazu kamen einige Genossen in Venetien – in Padua und in Mestre – zu denen wir Kontakt hatten. In Genua kannten wir sehr wenig Leute. In Rom gab es die Organisation erst seit 1977. So waren wir bis 1974 nur 18-20 klandestine Militante. Und wir schätzten, daß auf einen Klandestinen zehn Nicht-Klandestine kamen. Auf zwanzig Klandestine kamen also zweihundert Mitglieder legaler Organisationen, die eng mit der klandestinen Organisation verbunden waren. Schließlich gab es ungefähr tausend Sympathisanten, auf die wir zählen konnten.

Die große Ausdehnung der Organisation kam mit der Moro-Entführung. Von da an gab es fünfzig Klandestine, tausend legale Genossen und vielleicht zehntausend Sympathisanten. Die Moro-Affäre hatte einen großen Sprung nach vorne ausgelöst. Sie hat all die Gruppen wie *Potere Operaio* in die Krise gestürzt, unter anderem wegen der Brutalität der Repression. Eine ganze Reihe von Genossen im Umkreis dieser Gruppen schlossen sich nun uns an. 1978 bis 1980 gab es schätzungsweise zehntausend Sympathisanten der *Roten Brigaden,* mit denen die Klandestinen in Verbindung waren und die ihnen halfen. Von 1980 an gab es eine neue Krise, und alles hat sich aufgelöst. Die Gründe dafür waren vielfältig. Am spektakulärsten war das Phänomen der *Pentiti* [wörtl. »Reumütige«, so wurden sie vom Staat bezeichnet und bezeichneten sie sich selber]: der »Verräter«, wie wir sagten.

Es gibt ein Geheimnis in diesem Phänomen... Wie erklärst du es dir?

Bis 1980 waren 300 Genossen im Knast. Darunter gab es nicht einen, der mit der Justiz zusammengearbeitet hätte. Alle, die verhaftet wurden, erklärten: »Ich bin ein Kriegsgefangener«, sagten ihren Namen, ihren Vornamen, und da hörte ihre Beziehung zur Justiz auf. Seit 1980 begann ein genau entgegengesetztes Phänomen, das für uns schrecklich war. Hunderte und Aberhunderte von Genossen wurden verhaftet... in einem Jahr waren es 1 500. Und davon wurden 1 200 bis 1 300 zu Verrätern, die mit der Justiz, mit den Carabinieri zusammenarbeiteten und andere verhaften ließen. Dies war das offensichtlichste Phäno-

"Der Chef!" (bzw.: "Der Kopf!" unübersetzbares Wortspiel)



men. Wir haben uns also nach dem Grund dieser Krise gefragt. [...] Meine These war: Wenn wir geschlagen wurden, dann nicht so sehr wegen der Verhaftungen, der gestiegenen Effizienz der Polizei, der *Pentiti*... Sondern weil es bei uns eine grundlegende Krise gibt, die der Reflex der Krise der italienischen Gesellschaft ist. Es gab einen Epochenwechsel von der agro-industriellen Gesellschaft der 60er/70er Jahre zur Gesellschaft, die man postmodern, amerikanisch, New-Yorker, Tertiärgesellschaft genannt hat. Dabei wurden das gesellschaftliche Subjekt und die Verhaltensweisen vollkommen umgewandelt; und auch die Vorstellungen der Leute über eine gesellschaftliche Veränderung haben sich gewandelt. Die revolutionäre Kultur, die wir bis dahin benutzt hatten, der Marxismus usw. das war alles nicht mehr gültig, nicht mehr zu gebrauchen.

Wir haben eine tiefe Krise durchgemacht, wie die ganze Linke. Die KP hat ihre erlebt, auf ihrer Stufe, aber sie war nicht extremistisch... Die Extremisten erleben die Dinge sehr viel schneller. Aber im Grunde genommen haben wir dieselbe Krise durchgemacht wie die italienische KP oder die KPF. Bis zum Ende sind wir Söhne der Partei geblieben. Wenn ich in meinem Buch von »Partisanen« rede, will ich zu verstehen geben, wie sehr wir an die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung gebunden waren.

Meiner Analyse nach war die italienische Gesellschaft dabei, sich radikal zu verändern. Und wir als Kinder eines Gesellschaftstyps, der dabei war zu verschwinden, waren auch zum Verschwinden verurteilt. Dies bedeutete nicht, daß wir mit dem Willen zur Veränderung Schluß gemacht hätten, daß wir nunmehr in der besten aller möglichen Welten lebten. Das bedeutete, daß wir nicht mehr Akteure der Veränderung waren, daß andere vielleicht unseren Platz einnehmen müßten. [...]

Das Phänomen der »Pentiti« war aus zwei Gründen sehr beeindruckend. Es wurde zu einer Massenbewegung, und es gab den Spruch: Wenn ein »Pentito« zu reden anfängt, hört er nicht mehr auf ...

Ja, ja. Es war, als würden sie ihr Gewissen befreien. Es erinnerte an eine Psychoanalyse. [...] Meine erste Reaktion war: »Wenn ich die kriege, bringe ich sie um.« Aber dann habe ich mir gesagt, daß ich versuchen mußte, das Phänomen zu verstehen. Zunächst habe ich kapiert, daß in einem bestimmten Moment nach 78 – die Moro-Entführung – der Terrorismus der BR bei der Jugend zu einer Mode geworden ist. Negri vertritt ja die Theorie der Bedürfnisse; die Leute tun etwas, um Spaß zu haben, und sobald sie keinen Spaß mehr haben, gehen sie ins andere Lager über. Wir von der ersten Generation hatten eine genau entgegengesetzte Theorie: die des Opfers. Den bewaffneten Kampf aufzunehmen war das letzte auf der Welt, wozu ich Lust hatte. Gewalt anzuwenden, war ein Opfer, das ich brachte. [...] Als ich mit einem der Jüngeren geredet habe, wurde mir klar, daß für sie der bewaffnete Kampf ein Bedürfnis war, so wie ins Kino zu gehen. Sie hatten das Bedürfnis, Gewalt auszuüben. Das war eine völlig andere Herangehensweise [...] Ich habe Leute kennengelernt, die hatten getötet, ohne sich klar zu machen, was sie da taten. Und als sie dann geschnappt wurden, haben sie sich davon distanziert, haben sie ausgepackt, auf die allerselbstverständlichste Art. Das war für sie fast etwas Natürliches. [...] Sie wollten ihre Kraft zur Schau stellen. Und als der Staat, indem er sie schnappte, ihnen bewies, daß er der Stärkere war, gingen sie auf seine Seite über. Sie hatten oft nicht mal Schwierigkeiten, sich mit den Carabinieri zu identifizieren.

Nach 78 haben die Medien uns als Kommunisten dargestellt...

[...] In den 70ern gab es für die Jungen keine Schule mehr, die war von der 68er Bewegung zerstört worden. Es gab die Theorie der garantierten Note [niemand bleibt mehr sitzen]. Du mußtest nicht mehr gegen einen Lehrer kämpfen, der dir auf den Sack ging. Die Eltern ließen die Kinder gewähren. Das war eine Generation, die niemand hatte, dem sie sich hätte widersetzen können. [...] Die Generation nach uns hatte keine Lehrer, keine bösen Lehrer, alles war sehr einfach. Selbst auf der Ebene des Strafsystems; sie machten drei, vier Jahre im Knast ab und kamen dann raus – auch die, die nicht abgeschworen hatten. 1982 traten neue Bestimmungen über die maximale Dauer der U-Haft in Kraft, und viele der Jungen kamen raus, obwohl sie [in erster Instanz] zu 30 Jahren oder Lebenslänglich verurteilt worden waren. [...]

Ziemlich faszinierend an der Geschichte ist, daß der bewaffnete Kampf und speziell die Roten Brigaden größtenteils durch die »Pentiti« geschlagen wurden. Und das Phänomen der »Pentiti« ist großteils den Medien zu verdanken. In einer bestimmten Phase entstand das Bild des Brigadisten, und Jugendliche identifizierten sich damit. Das war es, was die BR getötet hat.

Ja, so ist es. Vor vier Jahren haben wir in Rebibbia (das moderne Gefängnis von Rom) mit Journalisten ein Seminar organisiert über das Verhältnis zwischen Massenmedien und Terrorismus. Wir haben mit ihnen über den Gedanken der zwei Phasen unserer Geschichte diskutiert. Es gab eine erste Phase bis zur Moro-Entführung, in der wir für die Journalisten nie revolutionäre Kommunisten, sondern Banditen und Faschisten waren. Wir wurden genau als das Gegenteil von dem dargestellt, was wir waren. Nach 78 haben die Medien uns dann als Kommunisten dargestellt und uns eine politische Identität zuerkannt, aber die hatten sie selber aufgebaut.

Vor 78, als sie sagten, daß wir Faschisten seien, glaubten die Leute das nicht, weil sich das, was wir machten, zu sehr von dem unterschied, was die Faschisten machten. Das Bild, das sie von uns entwarfen, war also ineffektiv. 1978 gab es eine große Debatte über ein Interview von MacLuhan, im *Corriere della Sera* glaube ich, in dem er während der Moro-Entführung erklärt hatte, daß man, um die BR zu bekämpfen, »das Mikrofon abschalten« müßte, das heißt, in den Zeitungen nicht mehr darüber zu reden, das totale Schweigen zu praktizieren: denn die Terroristen lebten nur durch die Propaganda. Wenn Fernsehen und Zeitungen nicht mehr darüber redeten, würden die Terroristen von selbst verschwinden. Diese These wurde getauft »das Baby in der Muttermilch ersäufen«.

MacLuhan war nicht dumm, er hatte dies sicher als Provokation gesagt, um eine Diskussion anzufangen. Nun, man hat sich sehr intelligent dazu entschieden, darüber zu reden, aber in einer bestimmten Weise. Man hat sich entschieden, das Bild des Terroristen zu benutzen und daraus ein spezielles Bild zu konstruieren. Wenn man nicht mehr darüber geredet hätte, hätte man einen Raum freigelassen, den wir hätten besetzen können. Aber indem sie ständig darüber redeten, haben die Medien den ganzen Raum besetzt. Das war Kulturimperialismus im wahren Sinne des Wortes. Die Journalisten lieferten sich einen Wettstreit, wer überzeugender darstellen könne, daß wir Kommunisten seien. Genau so, wie sie vorher bemüht gewesen waren, uns als Faschisten darzustellen. Bald war die Unità, das Organ der KP, ganz allein mit ihrer Propaganda, daß wir Faschisten seien. Alle anderen schrien: »Nein, nein, das sind Kommunisten, das sind eure Kinder.«

Bei den Aktionen dachten wir daran, was die Zeitungen schreiben würden. Unser wirklicher Gesprächspartner war die Zeitung.

Dahinter stecken natürlich politische Spekulationen, aber es stimmt, daß wir die Kinder der KP waren. Sie fingen also an, uns eine politische Identität zuzuerkennen, aber darüber haben sie das Bild aufgebaut, das ihnen paßte. Nun, was ist passiert: Das Kapitel über Moro, das im Buch »Den Kaiser vom Pferd ziehen« heißt, hatte ich »Die historischen Führer« genannt, denn meiner Meinung nach haben wir es seit der Moro-Entführung akzeptiert, von den Medien vermittelte Figuren zu werden, wir haben es akzeptiert, die Rolle der »historischen Führer« zu spielen.

Diese Rolle war einfach zu spielen, denn sie war nahe an der Realität. Wenn sie uns sagten: »Ihr seid Kommunisten, ihr seid Revolutionäre«, dann konnten wir die Rolle des revolutionären Kommunisten spielen. Sie lieferten das Szenario. Und wir fingen an, diese Rolle in den Medien, vor den Gerichten zu

spielen, eine Art von Symbolen zu werden, Fahnen, die man hochhält. Das ist tragisch, aber das war in der Logik des Systems selbst; es war das, was das System von uns erwartete, und genau das haben wir getan. Wir im Knast genauso wie die draußen. Alle sind in ihre Rollen geschlüpft. Bei den Aktionen dachten wir daran, was die Zeitungen schreiben würden. Unser wirklicher Gesprächspartner war die Zeitung. Wir machten wirklich medienvermittelten Terrorismus.

Das war aber von Anfang an so. Ihr habt nach der Sossi-Entführung gesagt: »Es ist uns gelungen, die Mauer der Presse zu durchbrechen«.

Wir hatten immer dieses Problem: »die Mauer der Information niederzureißen«. Und wenn einem das gelingt, ist man von der Information gefangen. Man wird zu Figuren, die ihre Rolle rezitieren. Und die Jugendlichen, welche dieses Bild sehen, haben Lust, ihm zu ähneln. Es ist dasselbe Phänomen wie mit einer Rockgruppe, nur daß es hier, das ist das Tragische, um Leben und Tod geht.

Wir wurden selbst Medienfiguren...
... Faktoren der Vermarktung.

Wir haben zum Schluß des Seminars gesagt: »Der schlimmste Terrorismus ist der, der nach Moro aufkam, der der Morde, der der Pentiti«. Und den entsetzten Journalisten sagten wir: »Das sind die Terroristen, die ihr gewollt habt. Das sind nicht unsere Kinder, das sind eure Kinder. Kommt mit ihnen zurecht!«

Mit euren Avantgarde-Aktionen konntet ihr aber vorhersehen, daß ihr zu Symbolen werdet, oder nicht?

Ich kannte Situationisten aus der 68er Bewegung, z.B. Cesarano, der sich später umgebracht hat. Wir haben eingehend mit ihm geredet, als wir unsere ersten Aktionen gestartet haben. Wir hatten mit ihm ein Diskussionsverhältnis. Nach seinem Selbstmord wurden bei ihm unsere ersten Dokumente gefunden. Er schrieb ein Buch *Apokalypse oder Revolution,* das ich später, 1974, im Knast gelesen habe, wo er uns kritisiert und bereits sagt, daß wir das letzte Spektakel der Medien seien. Er hatte vollkommen Recht, wenn man es danach beurteilt, was dabei herausgekommen ist. Ich habe mich immer an seine Überlegungen erinnert...

Wir wurden bis ins Innere selbst Medienfiguren. Wir wurden bis zum letzten benutzt. Ich weiß nicht, ob es unter uns Infiltrierte gab, Leute von der Polizei, die uns benutzt haben, aber eins ist klar, wir wurden von den Zeitungen benutzt. Nach 78 wurden wir zu einer Variablen des Systems, des Informationssystems und also des politischen Systems. [...] Was wir nicht kapiert, nicht vorhergesehen hatten: In der Konsumgesellschaft ist die Information die grundlegende Ware. Und der Terrorismus ist von dem Standpunkt aus einer der größten Produzenten von Information, von Ware. Wir waren also Faktoren der Vermarktung. Wenn es uns nicht gegeben hätte, hätte uns das System erfinden müssen. [...]

Es scheint, daß ihr zur Umgestaltung der italienischen Gesellschaft beigetragen habt. Das merkwürdigste in dieser Geschichte der neuen Generation ist, daß ihr wie eine Täuschung funktioniert habt. Ihr habt alles zu euch hingezogen, was die Maschine während der Veränderung der Gesellschaft hätte kratzen können. Und ihr habt als Beispiel gedient.

Das große Unglück war, daß die Arbeiter uns gegenüber ein Verhältnis von Delegierung hatten.

Wir waren eine Art Katalysator, ein Enzym, Beschleuniger der tiefen gesellschaftlichen Prozesse. In zehn Jahren sind in Italien, dank uns, fünfzig Jahre vergangen. Die Gesellschaft ist heute völlig anders, sowohl in den Mentalitäten und Verhaltensweisen wie in der Produktion. [...]

... In Frankreich geht Kritik an den BR meistens in die Richtung zu sagen: »Die BR haben die revolutionäre Bewegung durch ihre stalinistischen Praktiken zerstört.« Wir – und einige andere – antworten, daß die BR existiert haben, weil die soziale Bewegung nicht fähig war, ihre eigene Gewalt durchzusetzen. Ich wüßte gerne deinen Standpunkt über eure Beziehungen zur Arbeiterklasse... Im Buch z.B. sprichst du von diesem Demozug in einer Fabrik, der stehenblieb, nachdem er losgegangen war, um sich einen der Chefs zu greifen... und du erzählst, daß ihr darauf für kurze Zeit diesen Typen entführt habt. Weißt du, wie die Arbeiter auf eure Aktion reagiert haben?

In der Tat haben nicht die *Roten Brigaden* das Ende der Arbeiterbewegung hervorgerufen, sondern das Ende der Arbeiterbewegung ist mit dem Ende der BR zusammengefallen. Wir waren niemals eine Massenbewegung, wir waren etwas Kleines, aber sehr Tiefgehendes im Arbeiterbewußtsein. ...

Die BR haben existiert, weil die soziale Bewegung nicht fähig war, ihre eigene Gewalt durchzusetzen.

Das große Unglück war, daß die Arbeiter uns gegenüber ein Verhältnis von Delegierung hatten. Bei FIAT wußten viele Arbeiter sehr gut, welche Kollegen zu den *Roten Brigaden* gehörten. Und sie hüteten sich wohl, sie zu denunzieren. Das hat Giuliano Ferrara bestätigt, der damals Verantwortlicher der KPI für die Mailänder Fabriken war. Statt ihre Kollegen zu denunzieren, sagten sie zu ihnen: »Dieser Chef hat die und die Schweinerei gemacht«. Sie wußten sehr gut, daß die Information zu den Richtigen gelangen und der Chef niedergeknallt wird. Die Haltung der Arbeiter war immer die, die Gewalt an uns zu delegieren. Sie hatten uns als heilige Beschützer. Das waren, wenn du willst, Opportunisten. Sie taten nichts, sie riskierten nichts, sie begnügten sich damit, Beschuldigungen zu verbreiten und für sie reichte das.

Es stimmt, daß die Fabriken zehn Jahre lang unregierbar waren. Hier sagt Agnelli die Wahrheit. Die Chefs bei FIAT waren eingeschüchtert. Die Arbeiter machten, was sie wollten, sie arbeiteten sehr wenig... Die Genossen haben mir erzählt, daß von 72 bis 79 alles gemacht wurde außer arbeiten. Und das unter anderem, weil wir auf die Chefs schossen. Wir waren eine Art Arbeitermafia.

Aber ich glaube nicht, daß wir das Ende der Arbeiterbewegung bewirkt haben; es war umgekehrt. Wir waren, in unserem kleinen Maßstab, ein Element, das der Arbeiterbewegung diente. Nicht der Partei und den Gewerkschaften, sondern den Kämpfen. Wir haben den Kämpfen sehr viel geholfen. Aber wir haben auch eine Reihe schrecklicher Fehler begangen...

Als die *Roten Brigaden* verschwunden waren, haben die Arbeiter nicht gesagt: »Jetzt müssen wir auf die Chefs schießen«, sondern »Oh, wenn die BR noch da wären...« Sie haben ihr Delegationsverhältnis verlängert gegenüber einer Phantomgruppe, einer Institution, die sie hätte verteidigen sollen.

Dann war da der schwere politische Fehler, wie die Moro-Entführung durchgeführt wurde. [..] Die unglaublichste Sache war es, daß Genossen Moro entführen, um der Christdemokratie den Prozeß zu machen. Dies ist eine sehr einfache Interpretation, da doch in Wirklichkeit der wahre Sinn der Entführung war, einen Schlag gegen den *Historischen Kompromiß* zu führen. Dies war der wirkliche politische Sinn. Wenn du die Flugblätter der Genossen von draußen nochmals liest, siehst du, daß ihnen nichts klar geworden ist. Man kann damit einverstanden gewesen sein oder nicht, aber dies war das Ergebnis der Operation. Wir im Knast hatten es plötzlich sehr wohl verstanden. Wenn du die Kommuniqués liest, die wir vor Gericht verlesen haben, wirst du sehen, daß wir folgendes sagten: »Genossen, es geht nicht darum, der Christdemokratie den Prozeß zu machen. Diese Aktion ist objektiv gegen den *Historischen Kompromiß* gerichtet. Ihr müßt eure Karte auszuspielen verstehen.« Aber es scheint, daß sie nichts verstanden hatten. Wenn es mit der Tötung Moros darum ging, dem *Historischen Kompromiß* ein Ende zu machen, wenn dies wirklich das war, was sie wollten, dann mußten sie die Entführung so durchführen, daß sie

gewisse Dinge erhalten. Stattdessen haben sie ein Projekt zerstört, ohne im Austausch dafür etwas zu kriegen.

Es wurde gesagt, daß die BR von den Feinden des Historischen Kompromisses in der Bourgeoisie manipuliert wurden...

Wenn ich darüber nachdenke, dann ist objektiv gesehen genau das passiert. Moro zu töten, war die schlimmstmögliche Entscheidung. Aber ab einem gewissen Moment war es unmöglich, es nicht zu tun. Wir waren in einer Sackgasse. Als ob man auf uns eingewirkt hätte, direkt oder über die Medien. Das könnte eine rein äußerliche Manipulation gewesen sein... Keine Sache von Spionen...

Es ist wohl so, daß die Polizei den Ort entdeckt hatte, wo Moro gefangengehalten wurde und es laufen ließ...

Das scheint sicher zu sein. Wenn sie gewollt hätten, hätten sie die Aktion stoppen können. Aber sie zogen es vor, sie ablaufen zu lassen und auf die Folgen der Ereignisse einzuwirken. Das hat sich jedesmal abgespielt, aber man kann es nie beweisen... Wir hatten immer das Gefühl, daß sie uns stoppen würden, wenn es ihnen paßte, daß sie uns auch früher hätten stoppen können. Warum haben sie uns also nicht gestoppt? Wir haben es nie verstanden. Die Frage kam mehrmals im Laufe der Moro-Affäre aufs Tapet... Die befragten Carabinieri rechtfertigten sich so: »Wir ließen sie an der langen Leine, um andere Leute zu fangen.« Es ist sehr schwierig, auf juristischer Ebene das Gegenteil zu beweisen.

Im Moro-Prozeß sagten viele Leute, daß es seltsame Sachen in dieser Affäre gab.

[...] Im allgemeinen rechtfertigen sich die Vertreter des Staates hauptsächlich damit, daß sie seine Ineffizienz geltend machten. Sie sagen: »Zur Zeit der Moro-Entführung haben wir viele Fehler gemacht.« [...] Aber ich vermute, daß ihre Ineffizienz Absicht war. Es war in Wirklichkeit eine große Effizienz. Es steckte viel Intelligenz hinter dieser Pseudo-Ineffizienz. Die Polizei und die Carabinieri haben unglaubliche Fehler gemacht... Es ist nicht zu glauben, daß Leute so dumm sind.

Es kommt sogar vor, daß Leute sehr dumm sind...

Aber der Verdacht kommt daher, daß dieselben Leute bei anderen Gelegenheiten sich als sehr intelligent erwiesen haben. Die Moro-Affäre ist sehr kompliziert... Es wird niemals gelingen, die Fäden zu entwirren, den roten Faden zu finden. Meiner Meinung nach – es handelt sich um eine Hypothese, die ich ausgehend von meiner politischen Analyse formuliere – handelte es sich um eine große Affäre, in die der Osten und der Westen verwickelt wurden, die westlichen und östlichen Geheimdienste. Zur Zeit der Entführung gefiel der Historische Kompromiß weder Kissinger noch Breschnew. Es gab also ein Spiel, in dem die einen gewähren ließen, die anderen so taten, als würden sie nicht sehen, wieder andere favorisierten die Hinrichtung. [...]

Ich bin überzeugt, daß eine Entführung wie die von Moro unmöglich durchzuführen war ohne die Zustimmung der Russen. Sie hätten die Operation sicher stoppen können. Ich glaube nicht, daß eine so umfassende Aktion enden kann ohne zumindest das Gewährenlassen der Geheimdienste. Das ist meine Meinung. [...]

Es gibt eine spezielle Erfahrung in der Geschichte des bewaffneten Kampfs in Italien: Nach der Niederlage der Bewegung und der großen Repressionswelle gelang es der *Kolonne Walter Alasia*, die BR-Struktur in Mailand zu reorganisieren. 1980/81 sind sie fast überall organisiert vertreten: im Krankenhaus, in den Klein- und Mittelbetrieben, vor allem aber bei Alfa Romeo, wo sie 1981 ihre bekannteste Aktion durchführen: sie entführen den Generaldirektor für die Arbeitsorganisation und erreichen, daß die Kurzarbeit für mehrere hundert Arbeiter zurückgenommen wird.

In den Jahren darauf werden sie durch massive Verhaftungen zerschlagen. In Italien erschien ein Buch mit den Prozeß-Erklärungen der Genossen. Wir haben es auf Deutsch übersetzt und unter dem Titel: *Walter Alasia - Fabrikguerilla in Mailand* herausgebracht. In ihren Erklärungen rekapitulieren die Genossen ihre eigene Geschichte: aufgewachsen in den Trabantenstädten der Peripherie Mailands, politisiert in den Bewegungen der siebziger Jahre, wurden die 77er Bewegung und ihr Ende für die meisten von ihnen zu einschneidenden Erfahrungen.

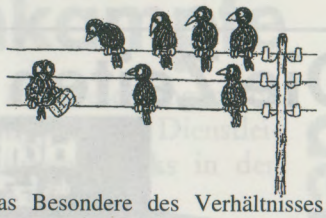
Im Anhang die Kritik des historischen Kerns der BR an der Walter Alasia: »bewaffneter Reformismus«.

»Wir waren natürlich klandestin – aber damit meine ich nicht Genossen, die den Bezug zur Legalität abgebrochen hatten, ... mit klandestin meine ich auch die, die wie zum Beispiel ich legal waren, in der Fabrik arbeiteten usw.«

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81
8 Mark plus 2 Mark für Versand

Kritik der 'Wilden Vögel'

am Papier zur Zwangsarbeit im Knast in der Wildcat 55



Unser erstes Problem mit dem Text ist, daß sich nach 5 Überarbeitungen und bald 6 Monaten wohl die Voraussetzungen geändert haben. Wir wissen nicht, ob die Diskussionen, die im vergangenen Oktober begonnen haben, überhaupt noch geführt werden und wenn, mit welchen Inhalten.
Zweitens hätten wir gerne Belege dafür, daß »die Arbeitskraft im Knast« (ihr meinet die Gefangenen, nicht?) »diszipliniert und frei verfügbar« ist. Die magischen 35 Millionen jedenfalls belegen das nicht, gerade wenn ihr an die Löhne und Profite vergleichbarer Betriebe mit 7000 Beschäftigten denkt. In diesem Zusammenhang: klar sind die Bedingungen im Knast extremer. Vergeßt darüber aber nicht, daß es auch im Knast individuelle Möglichkeiten gibt, sich der Arbeit zu entziehen und trotzdem über Einkommen zu verfügen. Die Varianten sehen nur teilweise anders aus als draußen.
Drittens: Die Zwangsarbeit hat bestimmt die Funktion, allen drinnen zu zeigen, daß es unmöglich ist, sich der Arbeit zu entziehen. Nach außen haben sich die Herrschenden vor einiger Zeit entschieden, Galeeren, Kettensträflinge und Steinbrüche abzuschaffen und die Zwangsarbeit zu verstecken.

Soviel zu eurem Vorspann. Der grundlegende Fehler an eurem Papier ist, daß es sich mit Werkzeugen, mit Kampfmethoden auseinandersetzt, ohne zu bestimmen, mit welchem Ziel. Solange es Lager, Knäste gibt, gibt es gute Gründe, dagegen zu revoltieren. Da es trotzdem nicht jeden Tag Revolten dagegen gibt, muß es bestimmte Voraussetzungen geben. Wir denken, daß das ähnlich abläuft wie draußen. So wird im Oktober eine Rolle gespielt haben, daß sich europaweit Gefangene für die Amnestie engagiert haben, daß sich eine Politszene in den Knästen hier angehängt hat und, daß es ein gerüttelt Maß an Vertrauen, Kontakten, Gemeinsamkeiten unter den Gefangenen gab, damit sie sich zu gemeinsamen Schritten entschlossen haben, die z.T. ganz andere Forderungen als Amnestie zum Ziel hatten.
Trotzdem war der Auslöser der Oktobergeschichten ein (Kassler) Amnestieaufruf und damit, wie die Butzbacher klargemacht haben, eine letztlich spalterische Forderung, egal wie viele dazu widersprüchliche Forderungen und Ziele (gegen Rassismus, gegen Knast im Knast, Isolation) in den Aktionen formuliert wurden.
Wir haben bereits in Ffm lang und breit darüber geredet, daß bestimmte Forderungen, nur weil sie scheinbar von vielen vertreten werden, dadurch nicht richtiger werden. Eher geht es darum, denen den Rücken zu stärken, die in solche Kämpfe Inhalte reintragen, die sich gegen das Regime und gegen spalterische Forderungen richten. Eine Diskussion über Kampfmethoden, über Werkzeuge aber läßt das außen vor.

Wenn wir es recht verstehen, soll das Papier transportieren, daß diese Gesellschaft auf Ausbeutung der Arbeitskraft beruht (und deshalb ein kollektiver Arbeitsstreik wesentlich erfolgreicher wäre als z.B. ein Hungerstreik, wobei ihr unzulässigerweise einer kollektiven Aktion individuelle gegenüberstellt): »die Produktion von Mehrwert durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise.« Diese Darstellung scheint uns so vereinfacht, daß sie falsch ist.
Klar, diese Gesellschaft beruht auf der kapitalistischen Produktionsweise, auf der Produktion von Mehrwert. Die Quelle dieses Mehrwerts, des gesellschaftlichen Reichtums ist aber nicht einfach die menschliche Arbeitskraft, sondern die besondere Fähigkeit dieser menschlichen Arbeitskraft, zu kooperieren und so erheblich produkiver zu sein. 5 Malocher, die zusammenarbeiten, schaffen ein Vielfaches dessen, was 5 isolierte Malocher erarbeiten. Das heißt, daß die Mehrwertproduzenten, die Arbeiter im Sinne der Produktion kooperieren müssen, aber möglichst vereinzelt sind, isoliert, wo es um ihre Bedürfnisse nach Luft, Licht, Lebensqualität, Vertrauen, Verständnis, Zuneigung geht.
Wer diese Kriterien nicht erfüllt, kann mit korrigierenden Eingriffen seitens des Staates des Kapitals, mit Repressalien rechnen, im extremsten Fall mit Aussonderung in eins der diversen Lager, wo die Voraussetzungen: Kooperationsfähigkeit und Isolierung wiederhergestellt werden sollen. Oder eben ab in den Ofen. Auch der Knast als eine dieser Institutionen soll beide Voraussetzungen wiederherstellen, beruht auf diesen Säulen: Kooperation und Vereinzelung, Arbeit und Isolation. In den Knästen der BRD bedient sich die Bourgeoisie zur Zurichtung der Gefangenen der Zwangsarbeit (aber z.B. nicht überall).
Die Reaktion der Herrschenden auf z.B. die Oktoberrevolten zeigt uns, was sie verletzt: gegen die Vereinzelung gesetzte Kollektivität! Gegen kollektive Aktionen setzten sie gigantische Verlegungen, um die Kollektivität zurückzuschrauben, egal, wie sie sich äußerte, ob als kollektive Dachbesetzung, kollektive Arbeitsniederlegung oder einfach, weil der Tauschkurs für Koffer in manchen Knästen bei 1:1 angelangt ist.
Das Besondere des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist, daß die Arbeiterin dem Kapital nicht gänzlich fremd gegenübersteht, sondern als variables Kapital, als (kooperierende) Arbeitskraft Teil des Kapitals ist, daß das Kapitalverhältnis eben eine Beziehung zwischen Menschen ausdrückt. Anders gesagt: das Kapitalverhältnis existiert solange, wie es Menschen gibt, die glauben, daß sie einen bestimmten Wert haben, statt zu begreifen, daß es Menschen gibt, die die unterschiedlichsten Bedürfnisse haben, und daß das wunderbar zusammenpassen kann. Anders gesagt: Der Knast existiert solange, wie es Leute gibt, die glauben, daß es gute Gründe dafür gibt, und daß es Kriterien dafür gibt und sie unter diese Kriterien nicht fallen; solange sie diese Kriterien in der Birne haben.
Wir sagen: neun von zehn fahren in den Knast ein auf Grund von Denunziation, wahrscheinlich noch viel mehr in die Klapse. Wir sagen: der Knast existiert vor allem in unseren Köpfen und erst danach in Mauern und Schließern.

Tariflohn für Gefangene?
Es gibt derzeit Freigänger. Die werden wie andere Malocher bezahlt und führen Teile ihrer Knete an die Anstalt ab, Teile erhalten sie frei raus. Die Herrschenden diskutieren derzeit, ohne daß es irgendwelchen Druck von außen gäbe, also ohne Zwang zur Kosmetik, über Tariflohn für Gefangene. Weshalb diskutieren sie das, wenn sich dadurch nix ändert? Vielleicht haben sie sich überlegt, daß die ArbeiterInnen im Knast, wie die draußen, über mehr Anreize, also über ein büschn mehr Luxus zu weit mehr Kooperation im Sinne der Produktion bereit sind. Von daher geben wir den Satz zurück: »Seien wir also vorsichtig mit solchen endgültigen Spekulationen.«

»Auch wir draußen kämpfen nicht für Tariflohn, sondern für mehr Lohn und weniger Arbeit«. Wir nicht! Wir haben kein Bock auf Maloche und wollen trotzdem gut leben. Soviel haben wir schon gelernt: es gibt verschiedene individuelle Varianten, sich der Arbeit zu entziehen, aber nur eine gesellschaftliche, kollektive.
Wenn wir uns der Arbeit entziehen, verweigern, gleich ob individuell oder kollektiv, ist eine Antwort der Kapitalisten darauf das Angebot: Mehr Lohn, weniger Arbeit.

Wilde Vögel 31.3.91
c/o K 82 e.V. Postfach 3905 – 75 Karlsruhe 1

Die Zeiten ändern sich

Umbruch in der ersten Welt,

★

Ende der zweiten Welt

★

...und die Folgen für den Trikont.

Zwei 'blätter' voll Analysen zum Thema Zusammen (incl. Porto) DM 12,– bei iz3w; Postfach 5328; 7800 Freiburg oder im Buchhandel

Die Rote Hilfe - Zeitung 2/91

Themen: Das neue Ausländergesetz in Aktion - Repression während des Golfkrieges; Prozeßeröffnung gegen Holger Deilke; Kronzeugen: 12 Jahre für Lotze, Diskussionsbeitrag; Nachlese: Startbahnprozeß; Betriebsrepression; Internationales

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Erscheinungstermin: 22.4.91

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

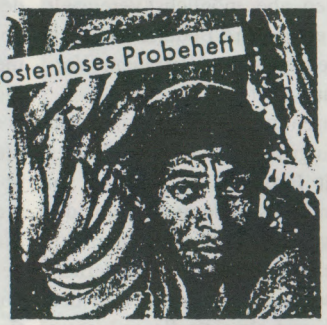
Mai/Juni 1991

Türkei Information

Einzelheft 3 DM Abo-Jährlich 25DM
Postfach 910843, 3 Hannover 91
Tel.: 0511/332144 / Fax: 318652
S. Hasselbring 'Sonderkonto'
Postgiroamt Hannover,
Kto.: 569725-304 BLZ: 25010030

Demokratie im Schatten des legalisierten Staatsterrors
+
Die neue Ordnung
+
Die "Amerikanische Lösung" der kurdischen Frage
+
"Solange Saddam an der Macht ist, gehen wir nicht zurück..." Reisebericht von Lotte Incesu
+
"This is a curdish city" Bericht von Stefan Horn
+
Gesetzestext zur Bekämpfung des Terrors vom 12.4.91
+
1. Mai 1991
+
Gewalt gegen Frauen
+
Die BRD bleibt deutsch-völkisch von Kai Weber

Die ila erscheint 10 mal jährlich seit über 13 Jahren mit Hintergrundinformation über Länder, Wirtschaft, soziale Prozesse sowie Kultur und Randthemen der lateinamerikanischen Gesellschaften. Außerdem regelmäßige Beilagen zu Mittelamerika.



Lateinamerika ist mehr als Elend Diktaturen und Bananen

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

atom

Nr. 35/Mai/Juni 91

Aus dem Inhalt :

*Schwerpunkt I: Diskussion
Während die Anti-AKW-Bewegung von immer stärkerer Auszehrung betroffen zu sein scheint, stellt sich die Atom-Industrie in neuem Licht dar. Nach Jahren der Stagnation herrscht in den Chefetagen wieder ein zunehmend optimistischer Ton. Atomaufschwung Ost Phönix aus der Asche?

*Schwerpunkt II: Wenn der Castor kommt...
Rollen bald die ersten hochradioaktiven Atomtransporte nach Gorleben? Castor: Klappe die Dritte - über Entsorgungsnöte, Nebenbestimmungen und drohenden Widerstand

*Tschernobyl: Was habt ihr mit dem Regen gemacht; Erinnerungen; Interview...

* Kriminalisierung: Das Urteil im Startbahnprozeß; Alexander Schubart-Prozeß

* Schwerpunkt III: Anti-Krieg
Der Golfkrieg geht - auch nach seinem Ende - weiter. Dabei zeigt er sich von nicht weniger grausamen Seiten.

*Spendenaktion: Medienprojekt für die Guerilla in El Salvador

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.2/91
(laufende Nr.38) enthält:

Kurdenverfolgung und kein Ende
von Ronald Ofteringer
★
Wer eine Krise braucht, produziert sie
von Philipp Agee
★
Krieg und Geschwindigkeit
von Ulrich Bröckling
★
Palästinenser im Dschungel des Mittelostens
von Adam Keller
★
Interview mit Primo Levi
★
Bagatellisierung des Holocaust durch jüdischen Historiker
von Hans Rustad
★
Doltschstunde zum Antifaschismus
von L.U.P.U.S.
★
Black Panther Treffen – 20 Jahre danach
von Jørgen Dragsdahl

Außerdem: Naziaktivitäten im Osten, Hools, Unruhen in Griechenland, "Sympathische Anarchisten" in Polen, Interview mit p.m., Rez. zu Cravan, zu Sexismus/Militarismus u.a. 72 S.
Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-
Red. Schwarzer Faden,
PF 1159,
7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264

Die Klassenkämpfe der 90er ...

Die Arbeiterklasse verändert ihr Gesicht. Riots von Jugendlichen in Frankreich, Hausbesetzungen von illegalen EinwanderInnen in Italien, Auflehnung und Kämpfe der Frauen in den sogenannten Dienstleistungsbranchen wie Einzelhandel, Banken oder Krankenhäusern, und auch schon Streiks in den modernen Fabriken wie bei Peugeot ... Aber was geschieht genau im Inneren der Klasse?
In den 80er Jahren, in einer Phase des Zurückweichens, hatten wir eine »Militante Untersuchung« in der Arbeiterklasse vorgeschlagen, um ein revolutionäres Projekt in der Metropole bestimmen zu können. Wir haben in dieser Zeit viel kapiert über die neuen Pläne des Kapitals, von der Organisation der Fabrik bis zur internationalen Geldpolitik, aber wir haben nicht die Punkte gefunden, an denen eine neue revolutionäre Subjektivität entsteht. Ganz im Gegensatz zum allgemeinen Zeitgeist sehen wir heute die Möglichkeit, die vielen verstreuten Erfahrungen in verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse zusammenzufassen, in den noch vereinzelten Kämpfen eine neue Tendenz zur Befreiung zu entdecken. Für uns sind das keine theoretischen Diskussionen über irgendein Subjekt, sondern in erster Linie die praktischen Erfahrungen und Versuche, die wir in den Betrieben und Klitschen machen. Im November wollen wir dazu ein **Treffen** machen, auf dem wir in Arbeitsgruppen diese Erfahrungen zusammentragen und über unsere Möglichkeiten eines wirksamen Eingreifens diskutieren können. Dazu haben wir auch ArbeiterInnen aus Europa eingeladen, weil klar ist, daß diese Diskussion schon längst nicht mehr im »nationalen« Rahmen geführt werden kann. In vielen Bereichen wie z.B. Banken, Krankenhaus, moderne Fabrik ist uns erst durch den Kontakt zu Leuten in anderen Ländern klar geworden, daß in ihnen grundlegende Umbrüche stattfinden, die sich hier meist nur abgeschwächt ausdrücken.
Wer Interesse hat, sich an diesem Treffen zu beteiligen, sollte sich bald bei uns melden und schreiben, in welchem Bereich sie/er arbeitet und auf welche Themen sie/er sich für das Treffen vorbereiten will.

In der Reihe TheKla veröffentlichen wir vergriffene theoretische Texte, Übersetzungen zum internationalen Klassenkampf, sowie Erfahrungsberichte und eigene Analysen.
Auswahl der Texte, Erscheinungsrhythmus, Zuschnitt des Materials bestimmen wir danach, was wir gerade für unsere eigene Praxis brauchen.

TheKla 10: Zerowork - Bd. 1 und 2 – Klassenkämpfe in den USA und weltweit in den 70er Jahren

TheKla 11: »Let's Get Organised« (Sept. 89) – Jobber-Aktionen in den verschiedensten Ausbeutungsbereichen wie Sklavenhändler, Sozi-Zwangsarbeit, Lager, Raffinerie, AKW-Baustelle und -Revision, Metallfabrik, Süßwarenfabrik, Putzkolonnen...

TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse — Soll und Haben in der Krise — Nachtflug; außerdem: Lordstown, produktive Sabotage »Arbeit, Entropie, Apokalypse« erschien 1980 in der amerikanischen Zeitschrift midnight notes. Es zeichnet die Entwicklung des Kapitalismus als Resultat der Klassenkämpfe nach: technische Zusammensetzung des Kapitals und damit der Arbeit; Ideologie einschließlich der Rolle der »Natur«wissenschaft und einer Auseinandersetzung mit ökologischen Theorien; Reproduktion der Ware Arbeitskraft und weibliche (Haus)-Arbeit ...

TheKla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus: Autonome Arbeiterkämpfe in Polen 1988/89; China: Massaker für die Reformen; Italien: Finis Terrae; Frankreich: Kritik der Koordinationen - Die Generation der Krankenschwestern; England: Die Klassenkämpfe der letzten zwei Jahre

TheKla 14 erschien im Mai 91: Ölwechsel – Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung – Die neuen »Enclosures« – Der Ursprung der Schuldenkrise – Die Schuldenkrise, Afrika und die neuen Enclosures – Die Krise der Arbeit/Energie und die Anti-AKW-Bewegung – Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf – Wie man eine passende Krise inszeniert – Der Golf, Versuchsfeld für die Kriege von Morgen

TheKla 10: 10 Mark – TheKla 11: 5 Mark – TheKla 12: 5 Mark – TheKla 13: 5 Mark – TheKla 14: 5 Mark –
jeweils zuzüglich 2 Mark Versandkosten, für Großbestellungen weniger
Bestellungen durch Überweisen auf Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109
Sisina, Postfach 360 527 1000 Berlin 36
Ein Problem, das uns bisher vom regelmäßigen Erscheinen abhielt, sind die leidigen Finanzen. Für uns ist der Verkauf der TheKla fast nicht abzuschätzen: von manchen TheKlas haben wir in drei Jahren keine 400 verkauft, von anderen innerhalb eines Jahres über 800, manche sind in der dritten Auflage ausverkauft. Wenn wir »seriös« kalkulieren wollten, müßten wir den Preis mehr als verdoppeln. Wir wollen aber am niedrigen »Abgabepreis« festhalten, damit die TheKlas auch Leute erreichen, die sonst selten oder nie »theoretische« Bücher lesen. Deshalb rufen wir Euch auf, die TheKla zu abonnieren. Sie wird in Zukunft 2-3 Mal im Jahr erscheinen. Wie lange wir den niedrigen Preis halten können, wissen wir nicht. Aber wer jetzt 24.- Mark überweist für ein »TheKla-Abo«, bekommt dafür die nächsten 4 Bände. Abos könnt Ihr rückwirkend bis zur TheKla 10 machen (dann kostet T10 11.-, T11 6.-, T12 6.- und T13 6.- Mark).
WeiterverkäuferInnen der Wildcat sollten sich überlegen, ob sie auch die TheKla vertreiben können. Ihr bezahlt 5 Mark pro Expl. + Porto.

Arbeiterkampf in Deutschland
Klassenkämpfe in Europa -
am Beispiel Italien und Frankreich
Jugendbanden, Arbeit und Islam
Ölarbeiterstreik im Iran
Klassenkampf und Ökologie
Vom Wärmetod zum Chaos
Bewaffneter Kampf in Italien
Knast: Kritik der "Wilden Vögel"